Gesetz=Sammlung

für die

Königlichen Preußischen Staaten.

--- Nr. 25.

Inhalt. Geseh, betreffend das Diensteinkommen der evangelischen Pfarrer, S. 155. — Kirchengeseh, betreffend das Diensteinkommen der Geistlichen der evangelisch-lutherischen Kirche der Provinz Hannover, S. 243. — Verordnung über das Jukrafttreten des Kirchengesehs, betreffend das Diensteinkommen der Geistlichen der evangelisch-lutherischen Kirche der Provinz Hannover, S. 260. — Geseh, betreffend das Diensteinkommen der katholischen Pfarrer, S. 260.

(Nr. 10010.) Gesetz, betreffend das Diensteinkommen der evangelischen Pfarrer. Bom 2. Juli 1898.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen 2c. verordnen, mit Zustimmung der beiden Häuser des Landtages der Monarchie, was folgt:

Artifel 1.

Die anliegenden Kirchengesetze, betreffend das Diensteinkommen der Geistlichen der evangelischen Landeskirche der älteren Provinzen, der evangelisch-lutherischen Kirche der Provinz Hannover, der evangelisch-lutherischen Kirche der Provinz Schleswig-Holstein, der evangelischen Kirchengemeinschaften des Konsistorialbezirks Lassel, der evangelischen Kirche des Konsistorialbezirks Wiesbaden und der evangelisch-reformirten Kirche der Provinz Hannover, werden, soweit erforderlich, staatsgesetzlich bestätigt.

Artikel 2.

Die Alterszulagekasse wird unter dem Namen "Alterszulagekasse für evangelische Geistliche" als selbständiger Fonds mit eigener Rechtspersönlichkeit nach Maßgabe der den anliegenden Kirchengesehen beigefügten Sahungen vertreten und verwaltet.

Schriftliche Willenserklärungen, welche für die Alterszulagekasse Rechte ober Verpflichtungen begründen, sind im Namen des Vorstandes von dessen Vorsitzenden oder seinem Stellvertreter unter Beidrückung des Amtssiegels zu unterzeichnen.

Die Kassengeschäfte der Alterszulagekasse werden durch die staatlichen Kassen unentgeltlich besorat.

Gefet . Samml. 1898. (Nr. 10010.)

Artifel 3.

Behufs Gewährung von widerruflichen Beihülfen an leistungsunfähige evangelische Kirchengemeinden, welche zur Aufbringung der Grundgehälter, Alterszulagekassenbeiträge und Zuschüffe für die beim Inkrafttreten dieses Gesetze bestehenden, bei der Alterszulagekasse versicherten Pfarrstellen Umlagen ausschreiben müssen, wird eine Summe von 6 508 903 Mark jährlich aus Staatsmitteln bereit gestellt. Der jährliche Antheil an dieser Summe wird bestimmt:

I. für die evangelische Landeskirche der älteren Provinzen	auf 277 237 Mark,
II. für die evangelisch-lutherische Kirche der Provinz Hannover auf	610 979
III. für die evangelisch-lutherische Kirche der Provinz Schleswig-Holstein auf	188 880 =
IV. für die evangelischen Kirchengemeinschaften des Konsistorialbezirks Cassel auf	664 513 =
V. für die evangelische Kirche des Konsistorialbezirks Wiesbaden auf	367 189 =
VI. für die evangelisch=reformirte Kirche der Provinz Hannover auf	100 105
Der Antheil der vorbezeichneten Landeskirchen an der durch die Vertheilung unter I bis VI nicht gedeckten Summe von wird in festen Beträgen von dem Finanzminister und dem Mini	300 000 Mark ster der geistlichen
Ungelegenheiten bestimmt.	vier O s or r

Der nach den vorstehenden Bestimmungen auf die evangelische Landestirche der älteren Provinzen entfallende Betrag wird durch eine von dem Finanzminister und dem Minister der geistlichen Angelegenheiten nach Benehmen mit dem Evangelischen Ober-Kirchenrath sestzusetzende Matrikel auf die einzelnen Kon-

sistorialbezirke vertheilt.

Desgleichen wird der auf die evangelisch-lutherische Kirche der Provinz Hannover entfallende Betrag auf die einzelnen Konsistorialbezirke durch eine von dem Finanzminister und dem Minister der geistlichen Angelegenheiten sestzusehende Matrikel vertheilt, wobei der Minister der geistlichen Angelegenheiten die Kirchen-behörden der evangelisch-lutherischen Kirche der Provinz Hannover anhört.

Eine Revision der hiernach festzustellenden Matrikeln kann von denselben Ministern nach Anhörung des Evangelischen Ober-Kirchenraths beziehungsweise der Kirchenbehörden der evangelisch-lutherischen Kirche der Provinz Hannover

vorgenommen werden.

Die jährlichen Ersparnisse an den hiernach auf die einzelnen Landeskirchen entfallenden Beträgen werden behufs Verwendung zu gleichen Zwecken in den betreffenden Landeskirchen in das nächste Jahr ohne Unrechnung auf die für die betreffende Landeskirche entfallende Jahresquote übertragen. Dabei verbleiben die

jährlichen Ersparnisse an den innerhalb der Landeskirchen zu I und II vertheilten Beträgen denjenigen Konsistorialbezirten, in denen die Ersparnisse eingetreten sind.

Dem Finanzminister und dem Minister der geistlichen Angelegenheiten ist alljährlich eine Nachweisung über die Verwendung der Theilbeträge und der Ersparnisse vorzulegen.

Artifel 4.

Ueber die Bewilligung, die Verfagung, den Widerruf und die Kürzung von Beihülfen beschließt die in den anliegenden Kirchengesetzen hierzu berufene Kirchenbehörde auf Grund eingehender Prüfung der Leistungsfähigkeit der Gemeinden. Bei dieser Prüfung sind neben der Steuerkraft auch die vorhandene Velastung zu öffentlichen Zwecken und die gesammte wirthschaftliche und kirchliche Lage der Gemeinde zu berücksichtigen.

Alrtifel 5.

Behufs Gewährung von Beihülfen für neu zu errichtende Pfarrstellen an leistungsunfähige evangelische Kirchengemeinden, welche zur Aufbringung der Grundgehälter, Alterszulagekassenbeiträge und Zuschüffe Umlagen ausschreiben müssen, wird ein Betrag von 600 000 Mark jährlich aus Staatsmitteln bereit gestellt.

Die Bewilligung der Beihülfen hat zur Voraussetzung, daß die Kirchenbehörde auch ihrerseits Mittel für diesen Zweck zur Verfügung stellt und die Kirchengemeinde nach Maßgabe ihrer Leistungsfähigkeit zu den Lasten der Neugründung beiträgt. Die Bewilligung erfolgt durch den Finanzminister und den Minister der geistlichen Angelegenheiten.

Die jährlichen Ersparnisse an dem nach Absatz 1 bereit gestellten Betrage

fließen in die allgemeinen Staatsfonds zurück.

Artikel 6.

Die Beiträge der Kirchengemeinde für das Grundgehalt, die Alterszulagekaffenbeiträge, die Zuschüffe und Miethsentschädigungen können im Wege des Verwaltungszwangsverfahrens beigetrieben werden.

Das Konsistorium stellt die Höhe der fälligen Beiträge fest.

Artifel 7.

Die in den §§. 12, 19 zu Nr. 2 bis 4 und den §§. 22, 26 der Satzungen der Alterszulagekasse bezeichneten Beschlüsse des Verwaltungsausschusses beziehungs-

weise Kirchengesetze bedürfen der Genehmigung des Staatsministeriums.

Die Beschlüsse der Kirchenbehörde im Falle der Artikel 4 und 6 Absatz 2 bedürfen der Zustimmung des Regierungspräsidenten beziehungsweise des Polizeipräsidenten in Berlin. Bei erhobenem Widerspruch oder auf Beschwerde entscheidet der Minister der geistlichen Angelegenheiten.

(Nr. 10010.) 34*

Auf Anordnungen der Kirchenbehörde über Gewährung von Zuschüffen und Miethsentschädigungen sinden die Vorschriften der Kirchenverfassungsgesetzt, betreffend die Zwangsetatisirung, Anwendung.

Artifel 8.

Gegen die Entscheidung des Vorstandes der Alterszulagekasse darüber, ob und in welcher Versicherungsklasse eine Pfarrstelle zu versichern ist, sowie gegen die Entscheidung der Kirchenbehörde über die Lebernahme der Stelleneinkunfte

seitens des Stelleninhabers findet der ordentliche Rechtsweg nicht statt.

Die in allgemeinen ober besonderen Gesetzen begründeten Rechte des Pfarrvermögens oder einzelner Theile desselben, insonderheit steuerliche Vorrechte oder sonstige Privilegien, welche mit dem Stellenvermögen oder den Einkünften der Pfarrstelle verknüpft sind, bleiben bestehen, auch wenn das Stellenvermögen oder die Einkünfte der Pfarrstelle auf Grund der Vorschriften der anliegenden Kirchengesetze sich nicht mehr im Nießbrauche des Stelleninhabers besinden.

Wegen der Ansprüche der Geistlichen auf das Grundgehalt, die Alterszulagen, die Zuschüffe und Miethsentschädigungen sowie wegen der Entschädigungen (§. 16 der Satungen) finden die Bestimmungen des ersten Abschnitts des Gesetzes, betreffend die Erweiterung des Rechtsweges, vom 24. Mai 1861 (Gesetze

Samml. S. 241) entsprechende Anwendung.

Artifel 9.

Mit der Ausführung dieses Gesetzes werden der Finanzminister und der Minister der geistlichen Angelegenheiten beauftragt.

Artifel 10.

Dieses Gesetz tritt am 1. April 1899 in Kraft.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichen Insiegel.

Gegeben Travemunde an Bord M. D. "Johenzollern", den 2. Juli 1898.

(L. S.) Wilhelm.

Fürst zu Hohenlohe. v. Miquel. Thielen. Bosse. Frhr. v. Hammerstein. Schönstedt. Frhr. v. d. Necke. Brefeld. v. Goßler. Gr. v. Posadowsky. v. Bülow. Tirpig.

Kirchengesetz,

betreffend

das Diensteinkommen der Geistlichen der evangelischen Landeskirche der älteren Provinzen.

Vom 2. Juli 1898.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen 20.

verordnen, mit Zustimmung der Generalsynode für die evangelische Landeskirche der älteren Provinzen, was folgt:

§. 1.

Jeder in einem dauernd errichteten Pfarramt der evangelischen Landeskirche fest angestellte Geistliche, mit dessen Pfarrstelle bei Intrasttreten dieses Kirchengeses ein Stelleneinkommen von weniger als 4800 Mark verbunden ist, erhält ein Diensteinkommen, welches besteht:

a) in einem Grundgehalt,

b) in Alterszulagen,

c) in Dienstwohnung oder angemeffener Miethsentschäbigung.

a. Grundgehalt.

§. 2.

Das Grundgehalt ist im Voraus vierteljährlich zahlbar und beläuft sich für die am 1. Ottober 1897 bestehenden Pfarrstellen, je nachdem das Stellenseinkommen an diesem Tage betrug:

unter	3 600	Mark	(Rlaffe I)	auf	1 800 Mart,	
3 600 bis	3 899	ma do	(= II)	D. .01 .119.11	2 400 .	
3 900 =	4 199				3 000 =	
4 200 =	4 499			=		
4 500 =	4 799				4 200	

Das Grundgehalt für die in der Zeit nach dem 1. Oktober 1897 bis zum Infrafttreten dieses Kirchengesetzes errichteten Pfarrstellen ist nach den vorstehenden Bestimmungen auf Grund des am Tage der Errichtung vorhandenen Stellenseinkommens zu bemessen.

(Nr. 10010.)

6. 3.

Mit Genehmigung des Konfistoriums können neben dem Grundgehalt einer Pfarrstelle feste Zuschüsse dauernd bewilligt, auch können dem Stelleninhaber Ruschüsse auf Zeit ober auf die Amtsbauer gewährt werden.

Bei Pfarrstellen,

- 1) für welche ein Grundgehalt von 1 800 Mark nach ben örtlichen Berhältnissen als unauskömmlich zu erachten ist,
- 2) deren Verwaltung besonders schwierig oder anstrengend ist,

3) beren Besetzung aus sonstigen Gründen bei den Grundgehältern bes S. 2 nicht zu ermöglichen ist,

fann das Konfistorium unter Mitwirfung des Arovinzial-Synodalvorstandes nach Unhörung der Kirchengemeinde und des Kreis-Synodalvorstandes anordnen, daß ein Auschuß bis zum Betrage von 600 Mark zum Grundgehalt auf die Dauer oder auf Zeit gewährt werde.

b. Altersjulage. Todarf in einem dauern einem eine St. Stelle bei Infrastreren diese Rucker

Diejenigen Stelleninhaber, welche das fünfte Dienstjahr vollendet haben, erhalten Alterszulagen, welche die nach Makgabe des G. 2 normirten Grundgehälter in fünfjährigen, nach dem Dienstalter bemessenen Abschnitten um je 600 Mark steigern, dergestalt, daß sie unbeschadet der nach ben §§. 3 und 4 gemährten Zuschüffe zum Grundgehalt ein Diensteinkommen zu heziehen haben.

grien z	ulanul	e zum G	orunogegi	ill ein 2	Dienji	einto	mmen	zu ve	ziehen	naven:
in			inem Gr							
	vom '	vollendete	n 5. T	dienstjahr	e ab	nou				Mart,
	=	=	10.	5= 3	=	=			3 000	=
beläuft	A.T.	malfin i	15.	roid "Buro		-			3 600.	=
	-	pour of	20.		=	=			4 200	
	=	HILL I	25.	it inan	=	=			4 800	= ;
in	The state of the s		einem G							THEO STATE
	vom	vollendete	n 10. T	dienstjahr	e ab	nou		10 -0.01	3 000	Mart,
	= (008	15.	(11)=	=	=			3 600	=
			20.			= ()				=
	: = (1.20	25.	(7=	=	= ()	07.5.		4 800	= ;
aid 7 in			einem C							
	nou	vollendete	n 15. T	denstjahr	e ab	von	14.77	. 9900	3 600	Mark,
	magna	iaa Hung	20.	1 100	HITE B	9 4	MAP.	1119.11	4 200	
	=	=	25.	=						= 1

in Klasse IV bei einem Grundgehalte von 3 600 Mark: vom vollendeten 20. Dienstjahre ab von 4 200 Mark, 25. = = = 4800 = ; in Klaffe V bei einem Grundgehalte von 4 200 Mark: vom vollendeten 25. Dienstjahre ab von 4800 Mark.

6. 6. December 19d 19d ollofpungte 9id dun

Die Alterszulagen werden von der Alterszulagekasse für evangelische Geistliche gezahlt, welche als gemeinsame Einrichtung der im Gebiete des Preußischen Staats bestehenden evangelischen Landestirchen behufs Bersicherung der Alterszulagen errichtet wird.

Kur die Rechte und Pflichten der Alterszulagekaffe, der Geiftlichen, Pfarrstellen und Kirchengemeinden, sowie für die Organisation und Verwaltung der

Raffe find die anliegenden Satungen maßgebend.

and the constraint and the constraint of ming. I make a redoctated to the

Wei den under einem Alfarranni. 7000 andaren Grinseinden einstellen niber das

Die Dienstwohnung foll der Amtsstellung des Stelleninhabers und den

örtlichen Verhältniffen entsprechen.

Wo die örtlichen Verhältnisse es thunlich erscheinen lassen, ist als Zubehör der Dienstwohnung auch ein Hausgarten ohne Unrechnung auf das Grundgehalt bereit zu stellen. §. 8.

Ausnahmsweise kann mit Genehmigung des Konsistoriums statt der Dienstwohnung eine ausreichende Miethsentschädigung gewährt werden, welche in vierteljährlichen Beträgen im Voraus zu zahlen ift.

§. 9.

Ueber die Höhe der Miethsentschädigung, sowie über die Frage, ob und in welchem Umfange ein Hausgarten zu gewähren ift, beschließt die Rirchengemeinde. Der Beschluß bedarf zur Gültigkeit der Genehmigung des Konfistoriums. Romint kein gultiger Beschluß zu Stande, so entscheidet das Konfistorium nach Alnhörung des Kreis-Synodalvorstandes endgültig. tem ortsäblichen Werthe. Die ablie und Schaugebehangungen der lieber anderen ihr von Stenken und

Die Einziehung einer Dienstwohnung ober eines Hausgartens ift nur mit Genehmigung des Konfistoriums zulässig.

dan gedodnimila S. god mada S. 11. nesised manistrate and grassite

Hinfichtlich der Rosten der Unterhaltung der Dienstwohnung behält es bei ben bestehenden Vorschriften sein Bewenden. (Nr. 10010.)

d. Allgemeine Bestimmungen.

§. 12.

Die Kirchengemeinde hat vom Tage des Inkrafttretens dieses Gesetzes ab dem Stelleninhaber das Grundgehalt und die Zuschüsse (§§. 2, 3 und 4) sowie die Dienstwohnung oder die Miethsentschädigung (§§. 7, 8 und 9) zu gewähren und die Pfarrstelle bei der Alterszulagekasse nach Maßgabe ihrer Satzungen zu versichern.

Hingegen hört ber Nießbrauch bes Stelleninhabers am Stellenvermögen

vorbehaltlich der Bestimmungen des §. 13 auf.

Aus den Erträgen des Stellenvermögens, dessen Verwaltung der Kirchengemeinde zusteht, sind nach Entrichtung der darauf ruhenden Abgaben und Lasten, die Grundgehälter, die Beiträge zur Alterszulagekasse und die Zuschüsse zu bestreiten. Der Ueberschuß ist der Bestimmung des Stellenvermögens zum Besten des Pfarramtes zu erhalten. Die Verwendung zur Unterhaltung der Dienstwohnung oder zur Miethsentschädigung, besonders zu Reparaturen, deren Kosten der Stelleninhaber zu tragen hat, ist mit Genehmigung des Konsistoriums zulässig.

Bei den unter einem Pfarramte vereinigten Gemeinden entscheidet über das Verhältniß, in welchem sie zu den nach diesem Gesetze ihnen obliegenden Leistungen beizutragen haben, in Ermangelung vorhandener Bestimmungen oder rechtsgültiger Vereinbarungen das Konsistorium nach Anhörung des Kreis-Synodalvorstandes.

throughout day fun groundsind and Crisis

Dem Stelleninhaber steht bei Inkraftkreten dieses Gesetzes oder bei Uebernahme der Stelle die Besugniß zu, den Nießbrauch des ganzen Stellenvermögens
oder einzelner Theile desselben für die Amtsdauer gegen einen bestimmten, entweder
ein für allemal oder auf eine Reihe von mindestens 12 Jahren sestzusetznehmen Uebernahmepreis zu behalten oder zu übernehmen. Die Nachsolger des gegenwärtigen Stelleninhabers bedürfen dazu der Genehmigung des Konsistoriums,
welches vor seiner Entscheidung den Kreis-Synodalvorstand zu hören hat.

In solchen Fällen ist zur Verpachtung oder Vermiethung von Pfarrgrundstücken über den Zeitpunkt hinaus, bis zu welchem der Uebernahmepreis

festgesett ift, die Zustimmung der firchlichen Gemeindeorgane erforderlich.

Der Uebernahmepreis bestimmt sich bei den Stolgebühren nach dem sechsjährigen Durchschnitt oder nach einer anzustellenden Schätzung, im Uebrigen nach dem ortsüblichen Werthe. Die Höhe und Zahlungsbedingungen des Uebernahmepreises werden nach Anhörung der Betheiligten und des Kreis-Synodalvorstandes von dem Konsistorium festgesetzt.

§. 14.

Wegen der Auseinandersetzung zwischen dem Stelleninhaber und der Kirchengemeinde finden die Vorschriften, welche über die Auseinandersetzung zwischen dem Stelleninhaber und dem Amtsnachfolger gelten, mit der Maßgabe

Anwendung, daß, wenn eine Einigung nicht erzielt wird, nach Anhörung des Kreis-Synodalvorstandes das Konsistorium endgültig entscheidet.

§. 15.

Auf besonderen Rechtstiteln oder auf öffentlichem Recht beruhende Berspflichtungen Dritter gegenüber der Pfarrstelle bleiben bestehen.

§. 16.

Das Kirchengesetz findet keine Anwendung auf diejenigen Pfarrstellen, welche bei der Alterszulagekasse nicht versichert sind.

S. 17.

Die nach dem Inkraftkreten dieses Kirchengesetzes neu errichteten Pfarrstellen, deren Einkommen unter 4 800 Mark beträgt, unterliegen den Vorschriften dieses Kirchengesetzes mit der Maßgabe, daß ein Grundgehalt von 1 800 Mark bereit zu stellen ist.

§. 18.

Im Falle der späteren Erhöhung des Stelleneinkommens einer Pfarrstelle auf 4800 Mark und darüber verbleibt es bei der Anwendung dieses Kirchengesetes. Bei einer späteren Berminderung des Stelleneinkommens unter 4800 Mark hat die Kirchengemeinde eine Besoldung von 4800 Mark zu gewähren, sofern die Stelle nicht zur Versicherung bei der Alterszulagekasse zugelassen wird (§. 11 der Sahungen). In letzterem Falle sinden die Vorschriften dieses Kirchengesetes auf diese Pfarrstelle Anwendung.

§. 19.

Die Höhe des Stelleneinkommens wird das erste Mal für den 1. Oktober 1897 ermittelt und festgesetzt.

Im Bedarfsfalle fann fpater eine erneute Westsetzung stattfinden.

Für die Berechnung des Stelleneinkommens sind die für die Alterszulagekaffe geltenden Grundsätze maßgebend.

§. 20.

Ueber die jeweilige Höhe des Stelleneinkommens beschließt die Kirchengemeinde. Die Festsehung erfolgt durch das Konsistorium nach Anhörung des Stelleninhabers und des Vorstandes der Kreissynode.

Die Herabsehung des Stelleneinkommens ist nur mit Genehmigung des

Konfistoriums zuläffig.

§. 21.

Behufs Gewährung von Beihülfen an folche Gemeinden, welche zur Aufbringung der Grundgehälter, Zuschüffe und Alterszulagekassenbeiträge für beim Infrafttreten dieses Kirchengesetzes bestehende und bei der Alterszulagekasse versicherte Pfarrstellen Umlagen ausschreiben müssen, wird ein von dem Konsistorium

zu verwaltender Zuschußfonds gegründet, in welchen die vom Staate für diesen Zweck gewährte Summe fließt.

Ueber die Gewährung der Beihülfen beschließt das Konsistorium unter

Mitwirfung des Provinzial-Synodalvorstandes.

Uebergangs- und Schlußbestimmungen.

§. 22.

Hinsichtlich ber Berechnung eines Nuhegehalts (Emeritenantheils), der Berechnung der Beiträge zum Pensionssonds und der Pfründenabgabe (§§. 4, 12, 13, 14, 19 des Kirchengesetes vom 26. Januar 1880 — Kirchliches Gesetzund Berordnungsbl. S. 37 beziehungsweise des Ergänzungsgesetzes vom 16. März 1892 — Kirchliches Gesetzund Berordnungsbl. S. 49) bleibt der bisherige Rechtszustand bis auf Weiteres bestehen.

§. 23.

Bei denjenigen Pfarrstellen, welche den Vorschriften dieses Kirchengesets unterliegen, stehen im Falle einer Sterbe- und Gnadenzeit während des Sterbe- monats und des darauf folgenden Monats den Erben, nächst diesen, sowie während einer weiteren Gnadenzeit von sechs Monaten — den Hinterbliebenen — die Fortsehung des Nießbrauchs der Dienstwohnung und des Hausgartens beziehungsweise die Miethsentschädigung, sowie das Grundgehalt der Stelle, die Alterszulagen, die Zuschüsse und die nach §. 16 der Sahungen dem Geistlichen gewährte Entschädigung zu.

Soweit die Ausnahme des S. 13 Platz greift, treten die Erben und Hinterbliebenen bis zum Ablauf der Sterbe- und Gnadenzeit in die Rechte und

Pflichten des Stelleninhabers ein.

Diesenigen Verpflichtungen, welche nach den §§. 4 Absatz 2, 5 und 6 des Kirchengesetzes vom 18. Juli 1892, betreffend die Sterbe- und Gnadenzeit bei Pfarrstellen (Kirchliches Gesetz- und Verordnungsbl. 1893 S. 1), den zum Bezug der Stelleneinkünfte Verechtigten auserlegt sind, liegen den Erben und den Hinterbliebenen beziehungsweise den vom Konsistorium bezeichneten Verechtigten (§. 2 Absatz a. a. D.) ob.

§. 24.

Die Bestimmungen bes §. 3 ber Satzungen bezüglich der Zusammensetzung bes Verwaltungsausschuffes und des §. 24 bezüglich der Gewährung von Tagezgeldern und Reisetostenvergütungen sinden, vorbehaltlich des Zustandesommens übereinstimmender Kirchengesetze der am Pfarr Wittwen und Waisensonds betheiligten Landeskirchen, auf den gemäß Kirchengesetz vom 31. März 1895 — Kirchliches Gesetz und Verordnungsbl. S. 17 — gebildeten Pfarr Wittwenzund Waisensonds Anwendung.

§. 25.

Die Proving Westfalen und die Rheinproving bleiben von den Vorschriften Diefes Gesetzes zunächst ausgenommen. Die Einführung des Gesetzes erfolgt in diesen Provinzen, sobald deffen Annahme von beiden Provinzialspnoden oder von einer derfelben beschlossen wird, durch kirchliche, vom Landesberrn zu erlassende Berordnung, welche in der dem §. 6 der General-Synodalordnung entsprechenden Form zu verfünden ift.

6. 26.

Der Zeitpunkt, mit welchem dieses Kirchengesetz in Kraft tritt, wird durch Königliche Verordnung bestimmt.

S. 27.

Der Evangelische Ober-Kirchenrath wird mit der Ausführung dieses Kirchengesetzes beauftragt.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigebrucktem Königlichen Insiegel.

Gegeben Travemunde an Bord M. D. "Hohenzollern", den 2. Juli 1898.

(L. S.) Wilhelm.

Barthaufen.

Sahungen,

betreffend

die Allterszulagekasse für evangelische Geistliche der im Gebiete des Preußischen Staats vorhandenen evangelischen Landesfirchen.

§. 1.

Die Allterszulagekaffe für evangelische Geistliche bildet eine gemeinsame Einrichtung der im Gebiete des Preußischen Staats vorhandenen evangelischen Landeskirchen behufs Versicherung der Zahlung von Alterszulagen an Geistliche. Sie wird unter dem Namen "Allterszulagekasse für evangelische Geistliche" von einem Vorstande und einem Verwaltungsausschusse als selbständiger Konds verwaltet.

6. 2.

Der Vorstand der Alterszulagekasse besteht aus dem Vorsitenden, einem im Falle seiner Behinderung eintretenden Stellvertreter und vier Mitgliedern. (Nr. 10010.) 35*

Der Vorsigende, sein Stellvertreter und die übrigen Mitglieder des Vorstandes werden vom Könige ernannt.

§. 3.

Der Verwaltungsausschuß wird auß 55 von den obersten Synoden der betheiligten Landeskirchen auß ihrer Mitte auf die jedesmalige Dauer der Synodalperiode zu wählenden Synodalbeputirten gebildet.

Es haben zu wählen:

Die Gewählten bleiben so lange Mitglieder des Verwaltungsausschusses, bis eine Neuwahl erfolgt ist. Für den Fall, daß die Gewählten die Synodalangehörigkeit verlieren, oder behindert sind, an den Verathungen des Verwaltungsausschusses theilzunehmen, werden ebensoviele Stellvertreter gewählt, welche in einer bei der Wahl zu bestimmenden Neihenfolge einberusen werden.

§. 4.

Die Kirchengemeinden sind verpflichtet, die dauernd errichteten Pfarrsstellen, welche

- a) am 1. Oktober 1897 ein Stelleneinkommen von weniger als 4800 Mark hatten,
- b) später mit einem Stelleneinkommen von weniger als 4800 Mark errichtet sind oder werden,

bei der Allterszulagekaffe behufs Gewährung von Allterszulagen zu versichern.

§. 5.

Die Versicherung erfolgt

bei einem Stelleneinkommen

unter 3600 Mark in Klasse I, von 3600 bis 3899 = = = II, = 3900 = 4199 = = = III, = 4200 = 4499 = = = IV, = 4500 = 4799 = = = = V

Bei den am 1. Oktober 1897 bestehenden Pfarrstellen ist das an diesem Tage vorhandene Stelleneinkommen, bei den in der Zeit vom 1. Oktober 1897 bis zum Intrasttreten der Kasseneinrichtung errichteten Pfarrstellen das am Tage der Errichtung vorhandene Stelleneinsommen zu Grunde zu legen.

Pfarrstellen, welche mit oder nach dem Intrafttreten der Kasseneinrichtung errichtet werden, sind in Klasse I zu versichern. Die Versicherungspflicht mehrerer dauernd verbundener Pfarrämter bemißt sich nach der Gesammtsumme des

Stelleneinkommens.

§. 6.

Der Versicherungspflicht unterliegen nicht die Pfarrstellen der Militär- und Anstaltsgeistlichen, ferner solche Pfarrstellen,

a) welche mit einem anderen Amte als einem kirchlichen dauernd verbunden sind und deren Inhaber nach den bisherigen Bestimmungen Aufbesserungs- und Alterszulagen aus Staatsfonds zu erhalten nicht berechtigt waren,

b) beren Inhabern durch befondere Gehaltsregulative oder ähnliche Einrichtungen am 1. Oktober 1897 mindestens dieselben Bezüge, wie

durch das Kirchengeset und diese Satungen, zugesichert find.

Unterliegen die letteren Pfarrstellen, ungeachtet bestehender Regulative ober entsprechender anderer Einrichtungen, der Versicherungspflicht, so ist die Versicherungsklasse nach dem Mindestbetrage des Gehalts zu bestimmen.

§. 7.

Die Alterszulagekasse zahlt den Inhabern der bei ihr versicherten Pfarrstellen Alterszulagen von je 600 Mark in fünfjährigen, nach dem Dienstalter bemessenen Abschnitten, dergestalt, daß gewährt werden:

					Translate Mar			
in	Klasse I	voin	vollendeten	5.	Dienstjahre	ав	600 2	Mark,
		-	. =	10.	=	=	1 200	=
		3		15.	=		1800	=
		=		20.			2400	=
		=		25.		=	3000	= ;
in	Klasse II	=		10.			600	=
		=	-	15.		=	1 200	
				20.	s .	=	1800	=
and the same of th			=	25.		=	2 4 0 0	= }
in	Klasse III	=	,	15.		=	600	=
		=	=	20.		=	1 200	=
		=	=	25.	=	=	1800	= ;
in	Rlasse IV	,		20.	=	=	600	
		=	16 19 F 1110	25.		=	1 200	= ;
in	Rlasse V	3		25.		·	600	= .
(Nr. 10010.)								

S. 8.

Der Bezug der vierteljährlich im Voraus zu zahlenden Alterszulagen beginnt mit dem Ablaufe desjenigen Monats, in welchem die erforderliche Dienstzeit vollendet wird.

Im Falle des Todes des Geistlichen wird die Alterszulage für den Sterbemonat, den darauf folgenden Monat und bis zu weiteren sechs Monaten an die jenigen Bezugsberechtigten gewährt, welche von dem zuständigen Konsistorium als solche bezeichnet werden.

S. 9.

Die Kirchengemeinden haben für jede versicherte Alterszulage von 600 Mark je 300 Mark Alterszulagekassenbeiträge jährlich an die Alterszulagekasse zu entrichten, dergestalt, daß der Jahresbeitrag beträgt:

in	Rlasse	I	 	 	 		 . 1.1	 		1	500	Mart,
		II	 	 	 		 	 	.1133	1	200	=
=											900	=
5	E STEELS										600	
-	. dfodb	V	 ***		 	6.	 		•		300	115

§. 10.

Der Vorstand der Alterszulagekasse entscheidet endgültig, ob die gesetzlichen Voraussetzungen für die Versicherungspflicht vorliegen.

S. 11.

Falls das Stelleneinkommen einer Pfarrstelle, welches sich auf 4800 Mark ober darüber belief, durch Ereignisse, welche von der Entschließung der Betheiligten unabhängig sind, unter den Betrag von 4800 Mark sinkt, ist der Borstand ermächtigt, auf Antrag der Kirchengemeinde die Versicherung zuzulassen.

§. 12.

Ju Uebrigen bleibt es der Beschlußfassung des Verwaltungsausschusses überlassen, zu bestimmen, ob und unter welchen Bedingungen weitere freiwillige Versicherungen von Alterszulagen zuzulassen sind.

§. 13.

Für die Ermittelung des Stelleneinkommens sind folgende Grundfätze maßgebend:

1) zum Stelleneinkommen sind alle Einnahmen und Nutzungen zu rechnen, welche dem Geistlichen in Rücksicht auf sein kirchliches Almt während der Amtsdauer zusließen, einschließlich der aus Kirchensteuern auftommenden Beträge und der aus der Kirchenkasse oder von sonstigen Dritten gewährten Zuschüsse;

2) der Ertrag der zur Stelle gehörigen Grundstücke ist, wenn sie verpachtet sind, nach dem laufenden Pachtzins mit Einschluß des ortspällichen Werths vertragsmäßiger Nebenleistungen, bei fürzeren Verpachtungen und Selbstbewirthschaftung nach dem Durchschnitt des Ertrages der letzen sechs Wirthschaftsjahre in Ansatz zu bringen.

Naturalbezüge an Getreide, sowie sonstigen Früchten und Erzeugnissen werden nach dem sechsjährigen Durchschnitt der Marktpreise des nächsten Marktportes berechnet; Holzbezüge nach der Forsttage des nächsten Königlichen Forstreviers.

Stolgebühren und Accidenzien werden nach dem fechsjährigen Durchschnitt

berechnet.

Wo die vorstehend erwähnten Einzelbeträge nicht mit Sicherheit zu ermitteln sind, ist der Durchschnittsbetrag durch Schätzung festzustellen.

S. 14.

Bei der Berechnung des Stelleneinkommens bleiben außer Ansaty:

1) die Dienstwohnung nebst Hausgarten, sowie die an ihrer Stelle ge-

währte Miethsentschädigung,

2) die staatlichen, bisher aus dem Fonds Kapitel 124 Titel 2 des Staatshaushalts-Etats den Geistlichen gewährten Ausbesserungs- und Alterszulagen,

3) Nebeneinnahmen für geiftliche Bedienung der Korrettions-, Irren-, Kranken- und ähnlichen Anstalten, für die Militärseelsorge, sowie für

Lehrthätigkeit an Unterrichtsanstalten,

4) das Einkommen aus vorübergehender gleichzeitiger Verwaltung einer anderen Pfarrstelle,

5) freiwillige Gaben.

§. 15.

Von dem Stelleneinkommen find abzusetzen:

1) die aus demselben auf Grund spezieller rechtlicher Verpflichtung dauernd zu leistenden Zahlungen, insbesondere die Abgaben und Lasten, welche auf den zur Stelle gehörigen Grundstücken ruhen,

2) die bei Erhebung der Stelleneinkunfte unvermeidlichen Kosten und

Berlufte,

3) die Fuhrkosten der Geistlichen zu Gottesdiensten und anderen Amtshandlungen, soweit sie bisher aus dem Stelleneinkommen zu bestreiten waren.

§. 16.

Die beim Inkrafttreten dieser Kasseneinrichtung im Amte besindlichen Inhaber derjenigen Pfarrstellen, welche bei der Alterszulagekasse zu versichern sind, hat die Alterszulagekasse für die Berluste schadlos zu halten, welche ihnen in ihrem Einkommen dadurch erwachsen, daß die Einkünste der Pfarrstelle auf die Kirchengemeinde übergehen.

(Nr. 10010.)

Für die Verechnung des Einkommens und die Höhe der hiernach zu bemeffenden Entschädigung sind die Bestimmungen der §§. 13 bis 15 mit der Maßgabe entscheidend, daß vorübergehende Belastungen der Stellen, insbesondere die Pfründenabgaben, vom Zeitpunkt des Wegfalls in Betracht kommen.

Die Entschädigungen werden vom Vorstande festgesetzt und so lange gezahlt, bis der gegenwärtige Stelleninhaber durch anderweite Verbesserung ein dem früheren mindestens gleiches Gesammtdiensteinkommen erreicht, oder bis er seine

bisherige Stelle verläßt.

Stirbt der berechtigte Geiftliche vorher, so finden die Vorschriften des S. 8

Absatz 2 Anwendung.

Die Geistlichen sind verpflichtet, von jeder Verbesserung ihres Gesammtbiensteinkommens dem Vorstande durch Vermittelung des zuständigen Konsistoriums Mittheilung zu machen.

§. 17.

Hinsichtlich der Berechnung des Dienstalters der Geistlichen sind die zur Zeit bei der Verwaltung des Pfarr-Wittwen- und Waisensonds maßgebenden Grundsätze so lange entscheidend, als nicht auf dem in diesen Satzungen vor- geschriebenen Wege eine Abanderung erfolgt.

§. 18.

Der Vorstand vertritt die Alterszulagekasse und führt die laufenden Geschäfte derselben. Er sorgt durch Vermittelung der zuständigen Kirchenbehörde für die Sinziehung der Kassenbeiträge der Gemeinden und für die Auszahlung der Alterszulagen. Er stellt den Stat der Alterszulagekasse auf und legt allsährlich dem Verwaltungsausschusse die Rechnung über das abgelausene Rechnungsziahr zur Abnahme vor.

§. 19.

Der Verwaltungsausschuß, welcher sich auf Einladung des Vorstandes alljährlich mindestens einmal versammelt, wählt aus seinen Mitgliedern seinen Vorsitzenden und dessen Stellvertreter. Seine Veschlüsse werden nach Stimmenmehrheit der erschienenen Mitglieder gefaßt, wobei im Falle der Stimmengleichheit die Stimme des Vorsitzenden entscheidet.

Der Berwaltungsausschuß, welcher seine Geschäftsordnung selbständig

regelt, hat zu beschließen:

1) über Feststellung des Etats und Abnahme der Rechnung der ab-

gelaufenen Rechnungsperiode,

2) über Erhöhung der den Geiftlichen zu gewährenden Alterszulagen und Abkürzung der Steigerungsperioden, wobei in erster Linie auf Bereitstellung von Zulagen an Geistliche unter fünf Dienstjahren auf Stellen der Klasse I Bedacht zu nehmen ist,

3) über die Erhöhung oder Verminderung der von den Kirchengemeinden zu entrichtenden Kaffenbeiträge, wobei es zuläffig ist, die Kaffenbeiträge

nach den Berficherungsklaffen verschieden abzustufen,

4) über Abanderung der Grundfabe, betreffend die Berechnung des Stellen-

einkommens und des Dienstalters der Geiftlichen,

5) über wichtige Angelegenheiten der Verwaltung der Allterszulagekasse, welche ihm von dem Vorstande zur Beschlußfassung vorgelegt oder innerhalb des Ausschusses angeregt werden.

§. 20.

Die Mitglieder des Vorstandes können an den Verhandlungen des Verwaltungsausschuffes mit berathender Stimme theilnehmen und müssen jederzeit gehört werden.

Die Beschlüffe des Verwaltungsausschuffes bedürfen, abgesehen von der Nechnungsabnahme, zu ihrer Gültigkeit der Zustimmung des Vorstandes.

§. 21.

So lange eine Landestirche nicht durch Kirchengesetz der Alterszulagekaffe angeschlossen ist, sind die auf sie bezüglichen Vorschriften dieser Satzungen als ruhend zu behandeln.

S. 22.

Darüber, ob und unter welchen Bedingungen der Anschluß an die Alterszulagekasse auch anderen landeskirchlichen Gemeinschaften gestattet werden kann, beschließt der Verwaltungsausschuß.

S. 23.

Die Legitimation der in den Verwaltungsausschuß gewählten Synodalvertreter erfolgt durch eine Bescheinigung, welche von der zuständigen Kirchenbehörde auszustellen und durch Vermittelung des Vorstandes dem Verwaltungsausschusse vorzulegen ist.

§. 24.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses erhalten Tagegelder und Neisekostenvergütung aus der Alterszulagekasse nach den für die Staatsbeamten der vierten Nangklasse gegenwärtig geltenden gesetzlichen Bestimmungen, vorbehaltlich anderweiter Normirung durch den Verwaltungsausschuß. Dieselde trägt auch die Kosten der Zusendung der Alterszulagen an die bezugsberechtigten Geistlichen.

Den obersten Synoden der an der Alterszulagekasse betheiligten Landesfirchen sind die von dem Verwaltungsausschusse abgenommenen Rechnungen über die Verwaltung der Kasse durch die Vermittelung der zuständigen Kirchenbehörden

mitzutheilen.

§. 25.

Der Vorstand regelt die näheren Modalitäten wegen Einziehung der Kassenbeiträge, sowie Auszahlung der Alterszulagen und Entschädigungen.

§. 26.

Abanderungen dieser Satungen sind nur durch übereinstimmende Kirchengesetze der betheiligten Landeskirchen zulässig.

Kirchengesetz,

betreffend

das Diensteinkommen der Geistlichen der evangelisch-lutherischen Kirche der Provinz Hannover.

Dom 2. Juli 1898.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen 2c., was folgt:

S. 1.

Jeder in einer dauernd errichteten Pfarrstelle der evangelisch-lutherischen Kirche der Provinz Hannover fest angestellte Geistliche hat auf ein Diensteinkommen nach Maßgabe der nachstehenden Bestimmungen Anspruch.

§. 2.

Dauernd vereinigte Pfarrstellen gelten im Sinne dieses Gesetzes als eine Pfarrstelle.

Auf Pfarrgehülfenstellen findet dieses Gesetz keine Anwendung, auch wenn

fie dauernd errichtet find.

§. 3.

Bei denjenigen Pfarrstellen, deren Stelleneinkommen am 1. Oktober 1897, beziehungsweise falls sie erst später errichtet werden, zur Zeit der Errichtung der Pfarrstelle weniger als 4800 Mark betrug beziehungsweise beträgt, steht unter Wegfall des Nießbrauchs des Stelleninhabers die Verwaltung des Stellenvernögens der Kirchengemeinde zu.

Der Kirchenvorstand hat über das in eine besondere Pfarrkasse fließende

Stelleneinkommen eine getrennte Rechnung zu führen.

Die Kirchengemeinde hat dagegen dem Stelleninhaber das Grundgehalt und die Zuschüffe (§§. 8 bis 10), sowie die Dienstwohnung und einen Hausgarten, beziehungsweise eine Miethsentschädigung (§§. 13 ff.) zu gewähren und die Pfarrstelle bei der Alterszulagekasse (§§. 11 und 12) nach Maßgabe der Satungen dieser Kasse zu versichern.

Aus der Pfarrkasse sind nach Entrichtung der auf dem Stellenvermögen ruhenden Abgaben und Lasten die Grundgehälter, die Beiträge zur Alterszulage-

taffe und die Zuschüffe zu bestreiten.

Die Aufbringung der hiernach nicht gedeckten Mittel erfolgt, unbeschadet einer nach §. 6 begründeten Berpflichtung, durch Zahlung der Kirchenkasse, soweit diese dazu ausreicht und vorausgeset, daß nicht im Falle der Unzulänglichkeit Dritte ganz oder theilweise für sie einzutreten haben, sonst durch Leistungen der Kirchengemeinde (vergl. jedoch §. 23 des Gesches). Ein in Folge des Wegfalls des Nießbrauchs des Stelleninhabers erzielter Ueberschuß ist, soweit er nicht zur Ansammlung eines zur eventuellen Deckung jener Leistungen bestimmten Reservessonds ersorderlich ist, der Bestimmung des Stellenvermögens zum Besten des Pfarrdienstes in der Gemeinde zu erhalten. Die Verwendung zur Unterhaltung der Dienstwohnung oder zur Miethsentschädigung ist mit Genehmigung des Konsistoriums zulässig.

Die für den Fall des Bestehens eines Patronatsverhältnisses im §. 35 der Kirchenvorstands- und Synodal-Ordnung vom 9. Oktober 1864 und im §. 23 des Kirchenvorstandsgesehes vom 14. Oktober 1848 gegebenen Vorschriften

bleiben unberührt.

Ueber das Verhältniß, in welchem dauernd vereinigte Kirchengemeinden zu den Leistungen beizutragen haben, entscheidet bei Mangel einer Vereinbarung zwischen den betheiligten Kirchenvorständen das Konsistorium nach Anhörung des Bezirks Synodalausschusses.

§. 4.

Auf die in Folge des Aufhörens des Nießbrauchs des Stelleninhabers erforderliche Auseinandersetzung zwischen diesem und der Kirchengemeinde finden die Vorschriften Anwendung, welche über die Auseinandersetzung zwischen dem Stelleninhaber und dem Amtsnachfolger gelten.

§. 5.

Dem Inhaber einer unter §. 3 fallenden Pfarrstelle steht die Befugniß zu, die der Pfarrstelle gebührenden Naturalgefälle und Accidenzien (Stolgebühren und Opfer) ganz oder theilweise selbst zu beziehen. Accidenzien müssen fortbezogen werden in dem Fall, daß und so lange als an derselben Gemeinde ein anderer

Geistlicher steht, welcher Accidenzien derfelben Art persönlich bezieht.

Auch kann der Stelleninhaber einzelne Pfarrgrundstücke in eigene Nutung nehmen, wenn und soweit sich für ihn das Bedürfniß ergiebt, zur Beschaffung der nothwendigen Lebensmittel oder zur Gespannhaltung behuss besserer kirchlicher Bersorgung der Gemeinde Grundstücke selbst zu bewirthschaften. Jedoch steht dem zeitigen Stelleninhaber beim Inkrafttreten des gegenwärtigen Gesetzes die Besugniß zu, die bisher von ihm bewirthschafteten Grundstücke für seine Amtsbauer zu behalten.

Der auf die Leistungen der Gemeinde an Grundgehalt und Zuschüssen in Anrechnung zu bringende Uebernahmepreis bestimmt sich bei den Accidenzien nach (Nr. 10010.) dem sechsjährigen Durchschnitt eventuell nach einer anzustellenden Schähung, im Uebrigen nach dem ortsüblichen Werth. Eine erneute Festsetzung des Uebernahmepreises kann von fünf zu fünf Jahren von der Kirchenregierung, dem Stellensinhaber und dem Kirchenvorstande verlangt werden.

Auf Anrufen von Betheiligten entscheidet nach Anhörung des Bezirks-

Synodalausschuffes das zuständige Konfistorium endgültig.

S. 6.

Auf besonderen Nechtstiteln oder auf öffentlichem Nechte beruhende Verspflichtungen Dritter werden durch das gegenwärtige Gesetz nicht berührt.

S. 7.

Die in einer dauernd errichteten Pfarrstelle der evangelisch-lutherischen Kirche der Provinz Hannover fest angestellten Geistlichen, mit deren Pfarrstelle am 1. Oktober 1897 beziehungsweise — im Falle späterer Errichtung — zur Zeit der Errichtung ein Stelleneinkommen von weniger als 4800 Mark verbunden ist, erhalten ein Diensteinkommen, welches aus den im §. 3 Absah 3 festgestellten Bezügen und den Leistungen der Alterszulagekasse besteht.

a. Grundgehalt.

§. 8.

Das vierteljährlich zahlbare Grundgehalt beläuft sich für die am 1. Ottober 1897 bestehenden Pfarrstellen, je nachdem das Stelleneinkommen an diesem Tage betrug:

u	nter	3600	Mark	(Rlasse	T)	auf	.e.casile	1800	Mark.
3600	bis	3899		(=		=	0.00	2400	=
		4199		(= I					
		4499		(= I	and the				
				(=					

Das Grundgehalt für die in der Zeit nach dem 1. Oktober 1897 bis zum Inkrafttreten des gegenwärtigen Kirchengesetzes errichteten Pfarrstellen ist nach den vorstehenden Bestimmungen auf Grund des am Tage der Errichtung vorhandenen Stelleneinkommens zu bemessen.

S. 9.

Mit Genehmigung des Konsistoriums können neben dem Grundgehalt einer Pfarrstelle seste Zuschüsse dauernd bewilligt, auch können dem Stelleninhaber Zuschüsse auf Zeit oder auf die Amtsdauer gewährt werden.

§. 10.

Bei Pfarrstellen,

1) für welche ein Grundgehalt von 1800 Mark nach den örtlichen Verhältnissen als unauskömmlich zu erachten ist,

- 2) beren Berwaltung besonders schwierig oder anstrengend ist,
- 3) deren Besetzung aus sonstigen Gründen bei den Grundgehältern des S. 8 nicht zu ermöglichen ist,

kann das Konsistorium nach Anhörung des Kirchenvorstandes und des Bezirks-Synodalausschusses anordnen, daß ein bis zum Betrage von jährlich 600 Mark zu bemessender Zuschuß zum Grundgehalt auf die Dauer oder auf Zeit gewährt werde.

Bei dauernd vereinigten Pfarrstellen (§. 2 Absatz 1) treten behufs Abgabe der erforderlichen Erklärung die mehreren Kirchenvorstände zu einem gemeinschaftlichen Kirchenvorstand zusammen.

b. Altersjulagen.

§. 11.

Diesenigen Stelleninhaber, welche das fünfte Dienstjahr vollendet haben, erhalten Alterszulagen von je 600 Mark zu den nach Maßgabe des §. 8 normirten Grundgehältern in fünfjährigen nach dem Dienstalter bemessenen Abschnitten dergestalt, daß sie ein Diensteinkommen zu beziehen haben:

in	Klasse I	bei ein	em	Grundgehalte	e vo	n 1800	Mark:		
	vom voll	endeten	5.	Dienstjahre	ab	von		2400	Mark,
		=	10.		=			3000	=
	anti-Amah	15/19	15.	distribution in	=	ptumis.	dalma en	3 600	=
	note thin	offic tife	20.	philipping of		offen :		4200	- 11
								4800	= ;
in				Grundgehalt					
	vom voll	endeten	10.	Dienstjahre	ab ·	von		3 000	Mart,
	-	-	15.		=			3600	don't mi
		=	20.		5	=		4200	=
								4800	= ;
in	Klasse II	I bei ei	nem	Grundgehal	te v	on 300	0 Mark:		
				Dienstjahre				3600	Mart,
			20.	11 40 = 111000			13912. 9.0.	4 200	
	=	=	25.	=	=	=		4800	= ;
in				Grundgehal					
	vom voll	endeten	20.	Dienstjahre	ab !	von		4 200	Mart,
	=		25.	= 11919	=			4800	= ;
in	Klasse V	bei eir	nem	Grundgehalt	e vo	n 4200	Mark:	1	
	llov mov	endeten	25.	Dienstjahre	ab ·	von		4800	Mark.
ie a	uf Grund	der L	sestin	imungen in	den	66.9	und 10 c	newährte	en Zu-

Die auf Grund der Bestimmungen in den §§. 9 und 10 gewährten Zuschüsse bleiben für den Anspruch auf Bezug der Alterszulagen außer Betracht. (Nr. 10010.)

§. 12.

Die Alterszulagen werden von der Alterszulagekasse für evangelische Geistliche gezahlt, welche als gemeinsame Einrichtung der im Gebiete des Preußischen Staates bestehenden evangelischen Landeskirchen behufs Versicherung der Alterszulagen errichtet wird.

Für die Rechte und Pflichten der Alterszulagekasse, der Geistlichen, Pfarrstellen und Kirchengemeinden, sowie für die Organisation und Verwaltung der

Raffe find die anliegenden Satzungen maßgebend.

c. Dienstwohnung.

§. 13.

Die Dienstwohnung soll der Amtsstellung des Stelleninhabers und den örtlichen Verhältnissen entsprechen.

Ausnahmsweise kann statt derselben mit Genehmigung des Konfistoriums

eine angemessene Miethsentschädigung gewährt werden.

Wo es nach den örtlichen Verhältnissen möglich ist, soll als Zubehör der Dienstwohnung auch ein Hausgarten ohne Anrechnung auf das Grundgehalt dem Stelleninhaber bereit gestellt werden.

§. 14.

Alls Miethsentschädigung ist in vierteljährlichen Beträgen eine Geldsumme zu gewähren, welche eine ausreichende Entschädigung für die nicht gewährte Dienst-wohnung darstellt.

§. 15.

Ueber die Höhe der Miethsentschädigung, sowie über die Frage, ob und in welchem Umfange ein Hausgarten zu gewähren ist, beschließt der Kirchen-vorstand. Der Beschluß unterliegt der Genehmigung des Konsistoriums. Stimmt das Konsistorium nicht zu, so ist die vorherige Anhörung des Bezirks-Synodal-ausschusses erforderlich.

Bei dauernd vereinigten Pfarrstellen (§. 2 Absatz 1) treten behufs Fassung des Beschlusses die mehreren Kirchenvorstände zu einem gemeinschaftlichen Kirchen-

vorstand zusammen.

§. 16.

Die Einziehung einer Dienstwohnung ober eines Hausgartens ist nur mit Genehmigung des Konsistoriums zulässig.

S. 17.

Hinsichtlich der Tragung der Kosten für die Unterhaltung der Dienstwohnung behält es bei den bestehenden Borschriften sein Bewenden.

§. 18.

Das gegenwärtige Kirchengesetz sindet, insoweit es nicht selbst Ausnahmebestimmungen trifft, keine Anwendung auf diejenigen Pfarrstellen, welche bei der Alterszulagekasse nicht versichert sind.

§. 19.

Die nach dem Inkrafttreten des gegenwärtigen Kirchengesetzs neu errichteten Pfarrstellen, deren Einkommen unter 4800 Mark beträgt, unterliegen allen Vorschriften dieses Kirchengesetzs. Für sie ist ein nach den Abstufungen des §. 8 zu bemessendes Grundgehalt von mindestens 1800 Mark, unbeschadet der in den §§. 9 und 10 vorgesehenen Erhöhung durch Zuschüsse bereit zu stellen.

§. 20.

Eine nach dem 1. Oftober 1897 eingetretene Erhöhung des Stelleneinkommens einer Pfarrstelle auf 4800 Mark oder darüber, sowie die Erhöhung des Einkommens einer erst später errichteten Stelle über das bei ihrer Errichtung vorhanden gewesene Stelleneinkommen auf 4800 Mark oder darüber hat auf die Unwendung des gegenwärtigen Kirchengesehes keinen Einfluß (vergl. §. 21).

Bei einer späteren Verminderung des Stelleneinkommens unter 4800 Mark hat die Kirchengemeinde eine Besoldung von 4800 Mark zu gewähren, sofern die Stelle nicht zur Versicherung bei der Alterszulagekasse zugelassen wird (§. 11 der Satungen). In letterem Falle sinden die Vorschriften des gegenwärtigen Kirchengesetes auf diese Pfarrstelle Anwendung.

S. 21.

Die Höhe des Stelleneinkommens wird das erste Mal für den 1. Oktober 1897 ermittelt und festgesetzt. Im Bedarfsfalle kann später eine erneute Festsfehung stattsinden.

Für die Berechnung des Stelleneinkommens find die für die Alterszulage-

fasse geltenden Grundsätze maßgebend.

Gehaltserhöhungen, welche für eine Pfarrstelle bis zum Inkrafttreten des gegenwärtigen Gesehes mit rückwirkender Kraft auf den 1. Oktober 1897 bewilligt werden, sind als Theile des am 1. Oktober 1897 vorhandenen Stelleneinkommens zu berechnen.

S. 22.

Ueber die jeweilige Höhe des Stelleneinkommens beschließt der Kirchenvorstand. Die Festsehung erfolgt durch das Konsistorium nach Anhörung des Stelleninhabers und des Bezirks-Synodalausschusses.

Bei dauernd vereinigten Pfarrstellen (S. 2 Absatz 1) treten behufs Fassung des Beschlusses die mehreren Kirchenvorstände zu einem gemeinschaftlichen Kirchenvorstand zusammen.

Die Herabsehung des Stelleneinkommens ist nur mit Genehmigung des

Konsistoriums zulässig.

(Nr. 10010.)

S. 23.

Behufs Entlastung solcher Gemeinden, welche zur Aufbringung der Grundgehälter, Zuschüffe und Alterszulagekassenbeiträge für beim Inkrafttreten des gegenwärtigen Gesehes bestehende und bei der Alterszulagekasse versicherte Pfarrstellen Umlagen ausschreiben müssen, wird ein von dem Konsistorium zu verwaltender Zuschußfonds gegründet, in welchen die vom Staate für diesen Zweck gewährte Summe fließt.

Ueber die Gewährung der Beihülfen beschließt das Konsistorium.

Das Candeskonsistorium hat dem ständigen Ausschuß der Landessynode über die gewährten Beihülfen alljährlich eine Nachweisung zu geben.

§. 24.

Behufs Entlastung solcher Gemeinden, welche zur Aufbringung der Grundgehälter, Zuschüsse und Alterszulagekassenbeiträge für neu zu gründende Pfarrstellen Umlagen ausschreiben müssen, wird ein landestirchlicher Hülfskonds gegründet, für welchen alljährlich eine Umlage von einem Prozent der von den Mitgliedern der evangelisch-lutherischen Kirche der Provinz Hannover zu zahlenden Staatseinkommensteuer erhoben wird.

Die Erhebung der Umlage erfolgt nach dem von der Landesspnode mit Genehmigung der Kirchenregierung hierfür festzusetzenden Fuße und bis zu dem Zeitpunkte, wo solche Festsetzung erfolgt, nach dem Kuße, welcher für die nach dem Kirchengesetze, betreffend die Errichtung eines Landeskirchenfonds zur Abtellung kirchlicher Nothskände, vom 30. Mai 1894 zu erhebende Kirchensteuer gilt.

Der landeskirchliche Hülfskonds wird durch das Landeskonfistorium nach Maßgabe eines von ihm unter Mitwirkung des ständigen Ausschusses der Landesschnode (§. 66, Ziffer 2, letzter Satz, der Kirchenvorstands und Synodal-Ordnung vom 9. Oktober 1864) aufzustellenden Regulativs verwaltet.

§. 25.

Das Kirchengeset, betreffend die Berbesserung ungenügend dotirter Pfarrstellen der evangelisch-lutherischen Kirche der Provinz Hannover, vom 22. Dezember 1870 (Gesetz-Samml. 1871 S. 6), das Kirchengeset, betreffend die weitere Berbesserung ungenügend dotirter Pfarrstellen der evangelisch-lutherischen Kirche der Provinz Hannover, vom 4. Juli 1876 (Gesetz-Samml. S. 275) und das das letztere Gesetz abändernde Kirchengesetz vom 4. März 1894 (Gesetz-Samml. S. 21) werden aufgehoben.

Die gemäß SS. 3 und 4 des Kirchengesetzes vom 4. Juli 1876 ange- sammelten Pfarrkapitalien fallen dem Bermögen der Pfarrstelle zu.

§. 26.

In Betreff der Emeritirungsordnung für die evangelisch-lutherische Kirche der Provinz Hannover vom 16. Juli 1873 (Gesetz-Samml. S. 386) und der dieselbe abändernden Kirchengesetze vom 2. Februar 1876 (Gesetz-Samml. S. 32),

- 30. Juni 1882 (Geset Samml. S. 330) und 19. Februar 1894 (Geset Samml. S. 15) werden folgende Bestimmungen getroffen:
 - 1) Die nach Maßgabe des gegenwärtigen Kirchengesetzes gewährten Grundgehälter, Zuschüsse und Alterszulagen sowie die nach §. 16 der Satungen der Alterszulagekasse zu zahlenden Entschädigungen gelten als anrechnungsfähige Diensteinnahme im Sinne der Emeritirungsordnung und der dieselbe abändernden Kirchengesetze.

Die Dienstwohnung und der als Zubehör gewährte Hausgarten beziehungsweise die Miethsentschädigung werden mit 10 Prozent der sonstigen Diensteinnahme bis zum Höchstbetrage von 360 Mark be-

rechnet.

- 2) Als dauernd mit der Pfarrstelle verbundene Einnahmen im Sinne des §. 12 Absatz 1 der Emeritirungsordnung vom 16. Juli 1873 gelten bei fünftig eintretenden Emeritirungen der den Vorschriften des gegen-wärtigen Gesehes unterworfenen Geistlichen nur die Grundgehälter, die zu dem Grundgehalte einer Pfarrstelle dauernd bewilligten sesten Zuschüffe und die Dienstwohnung beziehungsweise Miethsentschädigung.
- 3) Bei den unter das gegenwärtige Gesetz fallenden Pfarrstellen sindet ein Eintreten des Emeritirungsfonds nach §. 12 Absatz 6 der Emeritirungsvordnung und nach Artikel VI des Kirchengesetzes vom 19. Februar 1894 nicht mehr statt.
- 4) Die jährliche Abgabe an den Emeritirungsfonds (h. 14 Mr. 1 der Emeritirungsordnung, Artikel 3 des Kirchengesetzes vom 2. Februar 1876 und Artikel 4 des Kirchengesetzes vom 30. Juni 1882) ist für alle Geistlichen, welche den Vorschriften des gegenwärtigen Gesetzes unterliegen, fortan nach Prozenten der anrechnungsfähigen Diensteinnahme, soweit dieselbe in 100 Mark aufgeht, zu berechnen und beträgt:
 - a) bei einer Diensteinnahme bis zu 2399 Mark 15/16 Prozent,
 - b) bei einer Diensteinnahme bis zu 3 599 Mark 14/16 Prozent,
 - c) bei einer Diensteinnahme von 3600 Mark oder darüber $1^{14}/_{16}$ Prozent.
- 5) Die Bestimmungen im Artisel 3 Absatz 2 des Kirchengesetzes vom 30. Juni 1882 wegen Reservirung der dort bezeichneten Restzahlungen der Dienstnachfolger, sowie die in demselben Artisel und in Artisel VI des Kirchengesetzes vom 19. Februar 1894 gegebenen Vorschriften über die besondere Verwendung der beim Emeritirungssonds angesammelten Kapitalien kommen allgemein in Wegfall.
- 6) Das Landeskonsistorium wird ermächtigt, den durch Beiträge der Bezirkssynodalkassen aufzubringenden jährlichen Zuschuß zum Emeristirungsfonds (h. 14 Ziffer 3 der Emeritirungsordnung vom 16. Juli 1873, Artikel 4 des Kirchengesets vom 30. Juni 1882) für das beim

Infrafttreten bes gegenwärtigen Gesethes laufende Rechnungsiahr und für die beiden nächstfolgenden Rechnungsjahre soweit zu erhöhen, als es nach Berwendung fämmtlicher laufenden Ginnahmen zur Bestreitung ber laufenden Ausgaben etwa erforderlich ift. Dagegen kommt die bem Landeskonsistorium im Schluffat des Artikels 3 Absatz 2 des Rirchengesetes vom 30. Juni 1882 und im Schluffat bes Artifels VI bes Kirchengesetes vom 19. Februar 1894 beigelegte Befugniß in Wegfall.

7) Die nach S. 10 Absatz 4 der Emeritirungsordnung vom 16. Juli 1873 ben zum Genusse ber Gnadenzeit Berechtigten während beren Dauer obliegenden Leistungen für die Unterhaltung eines Kollaborators fommen für die unter das gegenwärtige Gesetz fallenden Pfarrstellen

in Wegfall.

S. 27. Bei benjenigen Pfarrstellen, welche den durch das gegenwärtige Kirchengesetz gegebenen Vorschriften unterliegen, stehen im Falle einer Enabenzeit während bes Sterbemonats, sowie während einer weiteren Gnadenzeit von fechs Monaten ben nach Maßgabe bes Kirchengesethes, betreffend die Gnadenzeit in der evangelischlutherischen Kirche der Proving Hannover, vom 16. Juli 1873 (Geset Samml. C. 393) berechtigten Hinterbliebenen die Fortsetzung des Nießbrauchs der Dienstwohnung und des Hausgartens beziehungsweise die Miethsentschäbigung sowie das Grundgehalt der Stelle, die Alterszulagen, die Zuschüffe und die nach §. 16 ber anliegenden Satzungen zu zahlenden Entschädigungen zu.

Soweit nach den Bestimmungen des angeführten Kirchengesetzes vom 16. Juli 1873 die Gnadenzeit nach Inhalt und zeitlicher Ausdehnung abweichend bemeffen war, treten die Bestimmungen bei denjenigen Pfarrstellen, welche den burch das gegenwärtige Kirchengesett gegebenen Vorschriften unterliegen, außer Kraft.

Sind beim Tode eines Pfarrgeiftlichen, Superintendenten oder Generalsuperintendenten, feine zum Genuffe ber Gnadenzeit berechtigte Sinterbliebenen vorhanden, so treten seine gesetzlichen Erben, soweit sie seine Hausgenossen waren, für die Dauer des Sterbe. und des darauf folgenden Monats an die Stelle ber Gnadenzeitberechtigten. Diese Bestimmung gilt auch bei denjenigen Stellen, welche im Uebrigen ben Vorschriften bes gegenwärtigen Kirchengesetzes nicht unterliegen.

§. 28.

Die im S. 5 Ziffer 1 bis 3 des Kirchengesetzes, betreffend die Wahlen der Pfarrer in der evangelisch-lutherischen Kirche der Provinz Hannover, vom 22. Dezember 1870 (Gefet = Samml. 1871 S. 1) und in den Kirchengesetzen, betreffend die Abanderung dieses Gesetzes, vom 5. Juli 1876 (Gesetz-Samml. S. 277), 28. Juni 1882 (Gefet = Samml. S. 329) und 18. Juni 1894 (Gefet = Samml. S. 133) enthaltenen Bestimmungen werden allgemein burch die Vorschrift ersett, daß

1) in Städten und anderen Ortschaften, deren ortsanwesende Bevölkerung nach der jeweilig letten allgemeinen Volkszählung mehr als 10 000 Seelen beträgt, auf Pfarrstellen von 4800 Mark Jahresertrag ober darüber nur folche Geistlichen und Kandidaten, welche das 35. Lebensjahr,

2) im Uebrigen auf Pfarrstellen von 4 800 Mark Jahresertrag oder barüber nur folche, welche das 45. Lebensjahr,

3) auf Pfarrstellen mit einem Grundgehalt von 4 200 Mark nur solche, welche das 40. Lebensjahr,

4) auf Pfarrstellen mit einem Grundgehalt von 3 600 Mark nur solche, welche das 35. Lebensjahr zurückgelegt haben,

gewählt werden dürfen.

S. 29.

In den Fällen der §§. 3, letzter Absatz, 4, 9, 10, 13, 15, 16 und 22 steht den Betheiligten gegen die Entscheidung des Konsistoriums eine binnen vier Wochen nach Zustellung der betreffenden Verfügung des Konsistoriums zu erhebende Beschwerde an das Landeskonsistorium zu, welches endgültig entscheidet.

§. 30

Die Bestimmungen des §. 3 der Satungen bezüglich der Zusammensetzung des Verwaltungsausschusses und des §. 24 bezüglich der Gewährung von Tagesgeldern und Reisekostenvergütungen sinden, vorbehaltlich des Zustandekommens übereinstimmender Kirchengesetz der am Pfarr-Wittwens und Waisensonds des theiligten Landeskirchen, auf den gemäß Kirchengesetzen vom 31. März 1895 (Gesetz-Samml. S. 137 und 100) gebildeten Pfarr-Wittwens und Waisensonds Unwendung.

S. 31.

Der Zeitpunkt, mit welchem dieses Kirchengesetz in Kraft tritt, wird durch Königliche Verordnung bestimmt.

§. 32.

Das Landeskonsistorium wird mit der Ausführung dieses Kirchengesetzes beauftragt.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichen Insiegel.

Gegeben Travemunde an Bord M. D. "Hohenzollern", ben 2. Juli 1898.

(L. S.) Wilhelm.

Bosse.

(Nr. 10010.) 37°

Satungen,

betreffend

die Alterszulagekasse für evangelische Geistliche der im Gebiete des Preußischen Staats vorhandenen evangelischen Landeskirchen.

§. 1.

Die Alterszulagekasse für evangelische Geistliche bildet eine gemeinsame Einsichtung der im Gebiete des Preußischen Staats vorhandenen evangelischen Landeskirchen behufs Versicherung der Zahlung von Alterszulagen an Geistliche. Sie wird unter dem Namen "Alterszulagekasse für evangelische Geistliche" von einem Vorstande und einem Verwaltungsausschusse als selbständiger Fonds verwaltet.

S. 2.

Der Vorstand der Alterszulagekasse besteht aus dem Vorsitzenden, einem im Falle seiner Behinderung eintretenden Stellvertreter und vier Mitgliedern. Der Vorsitzende, sein Stellvertreter und die übrigen Mitglieder des Vorstandes werden vom Könige ernannt.

§. 3.

Der Verwaltungsausschuß wird aus 55 von den obersten Synoden der betheiligten Landesfirchen aus ihrer Mitte auf die jedesmalige Dauer der Synodalperiode zu wählenden Synodaldeputirten gebildet.

e) die Bezirkssynode der evangelischen Kirche des Konsistorialbezirks Wiesbaden....

Die Gewählten bleiben so lange Mitglieder des Verwaltungsausschusses, bis eine Neuwahl erfolgt ist. Für den Fall, daß die Gewählten die Synodalangehörigkeit verlieren, oder behindert sind, an den Berathungen des Verwaltungsausschusses theilzunehmen, werden ebensoviele Stellvertreter gewählt, welche in einer bei der Wahl zu bestimmenden Reihenfolge einberusen werden.

S. 4.

Die Kirchengemeinden sind verpflichtet, die dauernd errichteten Pfarrstellen, welche

a) am 1. Oftober 1897 ein Stelleneinkommen von weniger als 4800 Mark

hatten

b) oder später mit einem Stelleneinkommen von weniger als 4800 Mark errichtet sind oder werden,

bei der Allterszulagekaffe behufs Gewährung von Alterszulagen zu versichern.

§. 5.

Die Versicherung erfolgt unter Zugrundelegung des Stelleneinkommens in der Weise, daß bei den am 1. Oktober 1897 bestehenden Pfarrstellen das an diesem Tage vorhandene Stelleneinkommen, bei den in der Zeit vom 1. Oktober 1897 bis zum Inkrafttreten der Kasseneinrichtung errichteten Pfarrstellen das am Tage der Errichtung vorhandene Stelleneinkommen zu Grunde gelegt wird, dergestalt, daß die Versicherung erfolgt:

bei einem Stelleneinkommen

	unter	3600	Mark	in	Rlaffe	I,
	3 600 bis					
	3900 =		=		=	
=	4200 =	4499			100 = 100	
	4500 =	4799	-		7	

Pfarrstellen, welche mit oder nach dem Intrasttreten der Kasseneinrichtung errichtet werden, sind in Klasse I zu versichern.

Die Versicherungspflicht mehrerer dauernd verbundener Pfarrämter bemißt sich nach der Gesammtsumme des Stelleneinkommens.

§. 6.

Der Versicherungspflicht unterliegen nicht die Pfarrstellen der Militärund Anstaltsgeistlichen, ferner solche Pfarrstellen,

a) welche mit einem anderen Amte als einem firchlichen dauernd verbunden sind, und deren Inhaber nach den bisherigen Bestimmungen Ausbesserungs- und Alterszulagen aus Staatsfonds zu erhalten nicht berechtigt waren,

b) deren Inhabern durch befondere Gehaltsregulative oder ähnliche Einrichtungen am 1. Oftober 1897 mindestens dieselben Bezüge, wie durch

das Kirchengesetz und diese Satzungen, zugesichert sind.

(Nr. 10010.)

Unterliegen die letteren Pfarrstellen, ungeachtet bestehender Regulative oder entsprechender anderer Einrichtungen, der Versicherungspflicht, so ist die Versicherungsklasse nach dem Mindestbetrage des Gehalts zu bestimmen.

the ber Mille in belimmenben. 71. Lentidae embernien wert Die Alterszulagekasse zahlt den Inhabern der bei ihr versicherten Pfarrstellen Alterszulagen von je 600 Mark in fünfjährigen nach dem Dienstalter bemeffenen Abschnitten, bergeftalt, daß gewährt werden:

in Klasse I	nom not	Tonsoton	5 0	in Stinting	· r		200	-
is I all Maria		achiveten	10.2		av.	1. 208	600	Mart,
		=		=	= .		1200	=
eniger alls 480	W NOW H	Same Tr	15.	· ·	= .		1800	=
		=	20.	J. 111311112		101001 1	2400	
	=	=	25.	303371 33		111 191401		= ;
in Klasse II	100000	Hen B	10.	(C) Thurs				100 11
w stempt 11								=
		=	15.	=	= .		1200	=
	of peup	of Sunr	20.	mi intoli	n = nre		1800	=
	of cololla	1=7021	25.	= 11110				= ;
in Klasse III	1 =110 1101	300	15.					
milstracity m						madrag		mand
	21/08313	pandhia		R= 1911 - 111	= 11.	ulng.n	1200	1591
m start anna	C= 110 111	it in the	25.	-pungua	= 0.	engly labor	1800	9=1;
in Klasse IV	=	=	20.	lata pin	rembil	7017.919	600	minin
	=	=	25.	encinfost		.trestries		
in Klasse V	16/57 111	1/1/19						= ;
in simile			25.	ATHI	= .		600	= .
			2006 8					

S. 8.

Der Bezug der vierteljährlich im Boraus zu zahlenden Allterszulagen beginnt mit dem Ablaufe desjenigen Monats, in welchem die erforderliche Dienstzeit vollendet wird.

Im Falle des Todes des Geiftlichen wird die Alterszulage für den Sterbemonat — den folgenden Monat — und bis zu weiteren fechs Monaten an diejenigen Bezugsberechtigten gewährt, welche von dem zuständigen Konfistorium als solche bezeichnet werden.

S. 9.

Die Kirchengemeinden haben für jede versicherte Alterszulage von 600 Mark je 300 Mark Alterszulagekaffenbeiträge jährlich an die Alterszulagekaffe zu entrichten, bergeftalt, bas ber Jahresbeitrag beträgt:

1	ar co T			U	
in	sunne 1				1500 Mark,
-	TI			1.20	1 000 2011111,
	, 11			 	1200 201111,
=	: 111				900 =
	111		****	 · 4000.00 . 60	900 =
=	= 1V	balle san		0.10.11	COO
	TT			 	600 =
=	= V		. Albahamas	d. dun. gij	200
				· · · · · · · · · · · · · · · · · · ·	300 = .

S. 10.

Der Vorstand der Alterszulagekasse entscheidet endgültig, ob die gesetzlichen Voraussetzungen für die Versicherungspflicht vorliegen.

S. 11.

Falls das Stelleneinkommen einer Pfarrstelle, welches sich auf 4800 Mark und darüber belief, durch Ereignisse, welche von der Entschließung der Betheisligten unabhängig sind, unter den Betrag von 4800 Mark sinkt, ist der Vorstand ermächtigt, auf Untrag der Kirchengemeinde die Versicherung zuzulassen.

S. 12.

Im Uebrigen bleibt es der Beschlußfassung des Verwaltungsausschusses überlassen, zu bestimmen, ob und unter welchen Bedingungen weitere freiwillige Versicherungen von Alterszulagen zuzulassen sind.

S. 13.

Für die Ermittelung des Stelleneinkommens find folgende Grundfähe maßgebend:

- 1) zum Stelleneinkommen sind alle Einnahmen und Nuhungen zu rechnen, welche dem Geistlichen in Nücksicht auf sein Pfarramt während der Almtsdauer zufließen, einschließlich der aus Kirchensteuern aufkommenden Beträge und der aus der Kirchenkasse oder von sonstigen Dritten gewährten Zuschüffe,
- 2) der Ertrag der zur Stelle gehörigen Grundstücke ist, wenn sie verpachtet sind, nach dem laufenden Pachtzins mit Einschluß des orts-üblichen Werths vertragsmäßiger Nebenleistungen, bei fürzeren Verpachtungen und Selbstbewirthschaftung nach dem Durchschnitt des Ertrages der letzen sechs Wirthschaftsjahre in Unsatzu bringen.

Naturalbezüge an Getreide sowie sonstigen Früchten und Erzeugnissen werden nach dem sechsjährigen Durchschnitt der Marktpreise des nächsten Marktortes berechnet, Holzbezüge nach der Forstage des nächsten Königlichen Forstreviers.

Stolgebühren und Accidenzien werden nach dem fechsjährigen Durchschnitt

berechnet.

Wo die vorstehend erwähnten Einzelbeträge nicht mit Sicherheit zu ermitteln sind, ist der Durchschnittsbetrag durch Schähung festzustellen.

S. 14.

Bei der Berechnung des Stelleneinkommens bleiben außer Ansah:

1) die Dienstwohnung nebst Hausgarten, sowie die an ihrer Stelle gewährte Miethsentschädigung,

(Nr. 10010.)

2) die staatlichen, bisher aus dem Fonds Kapitel 124 Titel 2 des Staatshaushalts-Stats den Geiftlichen gewährten Aufbefferungs- und Alterszulagen,

3) Nebeneinnahmen für geiftliche Bedienung der Korrektions-, Irren-, Rranken- und ähnlichen Anstalten, für die Militärseelsorge, sowie für

Lehrthätigkeit an Unterrichtsanstalten,

4) das Einkommen aus vorübergehender gleichzeitiger Verwaltung einer anderen Pfarrstelle,

5) freiwillige Gaben.

S. 15.

Bon bem Stelleneinkommen find abzusetzen:

- 1) die aus demselben auf Grund spezieller rechtlicher Verpflichtung dauernd zu leistenden Zahlungen, insbesondere die Abgaben und Lasten, welche auf ben zur Stelle gehörigen Grundftuden ruben,
- 2) die bei Verwaltung der Stelleneinkünfte unvermeidlichen Kosten und Verlufte,
- 3) die Fuhrkosten der Geistlichen zu Gottesdiensten und anderen Amtshandlungen, soweit sie bisher aus dem Stelleneinkommen zu bestreiten waren.

S. 16.

Die beim Inkrafttreten dieser Kaffeneinrichtung im Ante befindlichen Inhaber derjenigen Pfarrstellen, welche bei der Alterszulagekasse zu versichern sind, hat die Alterszulagekasse für die Verluste schadlos zu halten, welche ihnen in ihrem Einkommen dadurch erwachsen, daß die Einkunfte der Pfarrstelle auf die Rirchengemeinde übergeben.

Für die Berechnung des Einkommens und die Höhe der hiernach zu bemessenden Entschädigung find die Bestimmungen der §§. 13 bis 15 mit der Maßgabe entscheidend, daß vorübergehende Belastungen der Stellen, insbesondere die Pfründenabgaben, vom Zeitpuntte des Wegfalls in Betracht kommen.

Die Entschädigungen werden vom Borstande festgesetzt und so lange gezahlt, bis der gegenwärtige Stelleninhaber durch anderweite Verbefferung ein dem früheren mindestens gleiches Gesammtdiensteinkommen erreicht, oder bis er seine bisherige Stelle verläßt.

Stirbt der berechtigte Geistliche vorher, so finden die Vorschriften des §. 8

Albsat 2 Anwendung.

Die Geistlichen sind verpflichtet, von jeder Berbesserung ihres Gesammtdiensteinkommens dem Vorstande durch Vermittelung des zuständigen Konfistoriums Mittheilung zu machen.

S. 17.

Hinfichtlich der Berechnung des Dienstalters der Geistlichen sind die zur Zeit bei der Verwaltung des Pfarr-Withven- und Waisenfonds maßgebenden Grundfätze so lange entscheibend, als nicht auf dem in diesen Satzungen vorgeschriebenen Wege eine Abanderung erfolgt.

§. 18.

Der Vorstand vertritt die Alterszulagekasse und führt die laufenden Geschäfte derselben. Er sorgt durch Vermittelung der zuständigen Kirchenbehörde für die Einziehung der Kassenbeiträge der Gemeinden und für die Auszahlung der Alterszulagen. Er stellt den Stat der Alterszulagekasse auf und legt alljährlich dem Verwaltungsausschusse die Rechnung über das abgelausene Rechnungsjahr zur Abnahme vor.

§. 19.

Der Verwaltungsausschuß, welcher sich auf Einladung des Vorstandes alljährlich mindestens einmal versammelt, wählt aus seinen Mitgliedern seinen Vorsitzenden und dessen Stellvertreter. Seine Veschlüsse werden nach Stimmenmehrheit der erschienenen Mitglieder gefaßt, wobei im Falle der Stimmengleichheit die Stimme des Vorsitzenden entscheidet.

Der Verwaltungsausschuß, welcher seine Geschäftsordnung selbständig regelt, hat zu beschließen:

- 1) über Feststellung des Etats und Abnahme der Rechnung der abgelaufenen Rechnungsperiode,
- 2) über Erhöhung der den Geiftlichen zu gewährenden Alterszulagen und Abkürzung der Steigerungsperioden, wobei in erster Linie auf Bereitstellung von Zulagen an Geistliche unter 5 (fünf) Dienstjahren auf Stellen der Klasse I Bedacht zu nehmen ist,
- 3) über die Erhöhung oder Verminderung der von den Kirchengemeinden zu entrichtenden Kassenbeiträge, wobei es zulässig ist, die Kassenbeiträge nach den Versicherungsklassen verschieden abzustufen,
- 4) über Abanderung der Grundsätze, betreffend die Berechnung des Stelleneinkommens und des Dienstalters der Geistlichen,
- 5) über wichtige Angelegenheiten der Berwaltung der Alterszulagekasse, welche ihm von dem Vorstande zur Beschlußsassung vorgelegt oder innerhalb des Ausschusses angeregt werden.

§. 20.

Die Mitglieder des Vorstandes können an den Verhandlungen des Verwaltungsausschusses mit berathender Stimme theilnehmen und müssen jederzeit gehört werden.

Die Beschlüsse des Verwaltungsausschusses bedürfen, abgesehen von der Rechnungsabnahme, zu ihrer Gültigkeit der Zustimmung des Vorstandes.

S. 21.

So lange eine Landesfirche nicht durch Kirchengesetz der Alterszulagekaffe angeschlossen ift, sind die auf sie bezüglichen Borschriften dieser Satzungen als rubend zu behandeln.

Darüber, ob und unter welchen Bedingungen der Anschluß an die Alterszulagekaffe auch anderen landeskirchlichen Gemeinschaften gestattet werden kann, beschließt der Verwaltungsausschuß.

§. 23.

Die Legitimation der in den Berwaltungsausschuß gewählten Synodalvertreter erfolgt durch eine Bescheinigung, welche von der zuständigen Kirchenbehörde auszustellen und durch Bermittelung des Vorstandes dem Berwaltungsausschuffe vorzulegen ist.

\$. 24. discheres gradienting and summits and Die Mitglieder des Berwaltungsausschuffes erhalten Tagegelder und Reisekostenvergütung aus der Alterszulagekasse nach den für die Staatsbeamten der vierten Rangklasse gegenwärtig geltenden gesetzlichen Bestimmungen, vorbehaltlich anderweiter Normirung durch den Verwaltungsausschuß. Dieselbe trägt auch die Kosten der Zusendung der Alterszulagen an die bezugsberechtigten Geistlichen.

Den oberften Synoden der an der Alterszulagekaffe betheiligten Landes= firchen sind die von dem Verwaltungsausschuffe abgenommenen Rechnungen über die Berwaltung der Kaffe durch die Bermittelung der zuständigen Kirchenbehörden mitzutheilen.

S. 25.

Der Borftand regelt die näheren Modalitäten wegen Ginziehung der Raffenbeiträge, sowie Auszahlung der Alterszulagen und Entschädigungen.

§. 26.

Abanderungen biefer Sahungen find nur durch übereinstimmende Rirchengesetze der betheiligten Landeskirchen zuläffig.

Kirdjengesetz,

betreffend

das Diensteinkommen der Geistlichen der evangelisch-lutherischen Kirche der Provinz Schleswig-Holstein.

Vom 2. Juli 1898.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen 2c. verordnen, mit Zustimmung der Gesammtspnode der evangelisch-lutherischen Kirche der Provinz Schleswig-Holstein, für diese Kirche was folgt:

S. 1. deligiones of the

Jeder in einem dauernd errichteten Pfarramt der evangelisch-lutherischen Kirche der Provinz Schleswig-Holstein fest angestellte Geistliche, mit dessen Pfarrsstelle bei Inkraftkreten dieses Kirchengesches ein Stelleneinkommen von weniger als 4800 Mark verbunden ist, erhält ein Dienskeinkommen, welches besteht:

a) in einem Grundgehalt,

b) in Allterszulagen,

(Nr. 10010.)

c) in Dienstwohnung ober angemeffener Miethsentschäbigung.

Das Recht des für ein Pfarramt ernannten Geistlichen auf das aus demselben sließende Diensteinkommen beginnt mit dem Tage, mit welchem er die Verwaltung der Stelle überninmt. Ist der Ernannte disher Inhaber einer anderen Pfarrstelle der evangelisch-lutherischen Kirche der Provinz Schleswig-Holstein gewesen, so hört sein Necht auf das Diensteinkommen aus dieser Stelle erst mit dem nämlichen Tage auf. Auf Hülfspredigerstellen, auch wenn sie dauernd errichtet sind, sindet dieses Gesetz keine Anwendung.

a. Grundgehalt.

§. 2.

Das Grundgehalt, vierteljährlich im Voraus zahlbar, beläuft sich für die am 1. Oktober 1897 bestehenden Pfarrstellen, je nachdem das Stelleneinkommen an diesem Tage betrug:

unter 3600 Mark (Klasse I) auf minbestens 1800 Mark, 3600 bis 3899 = (= II) = 2400 = 3900 = 4199 = (= IV) = 3600 = 4500 = 4799 = (= V) = 4200 = .

Das Grundgehalt für die in der Zeit vom 1. Oktober 1897 bis zum Infrafttreten dieses Kirchengesetzes errichteten Pfarrstellen ist nach den vorstehenden Bestimmungen auf Grund des am Tage der Errichtung vorhandenen Stellenseinkommens zu bemessen.

§. 3.

Mit Genehmigung des Konfistoriums kann das Grundgehalt einer Pfarrstelle von den Gemeindeorganen durch seste Zuschüffe dauernd erhöht, auch können dem Stelleninhaber Zuschüffe auf Zeit oder auf die Amtsdauer gewährt werden.

S. 4.

Bei Pfarrstellen,

- 1) für welche ein Grundgehalt von 1800 Mark nach den örtlichen Berhältniffen als unauskömmlich zu erachten ist,
- 2) deren Berwaltung besonders schwierig oder anstrengend ist,
- 3) beren Besetzung aus sonstigen Gründen bei den Mindestgrundgehältern des S. 2 nicht zu ermöglichen ist,

kann das Konfistorium nach Anhörung der Gemeindeorgane und des Propsteis (Kreiss) Synodalausschusses anordnen, daß ein bis zum Betrage von 600 Mark zu bemessender Zuschuß zum Grundgehalt auf die Dauer oder auf Zeit zu geswähren ist.

b. Alterszulage.

§. 5.

Diejenigen Stelleninhaber, welche das fünfte Dienstjahr vollendet haben, erhalten Alterszulagen, welche die nach Maßgabe des §. 2 normirten Grundgehälter, unbeschadet der nach den §§. 3 und 4 gewährten Zuschüffe zum Grundgehalt in fünfjährigen, nach dem Dienstalter bemessenen Abschnitten um je 600 Mark steigern, dergestalt, daß sie ein Diensteinkommen zu beziehen haben:

in Klaffe I bei einem Grundgehalte von 1800 Mark:

				o contradiction of	r rr	11 1 000	winte:		
Dr	mod mo	endeten	5.	Dienstjahre	ab	von		2400	M .u.E
	•		15					3000	=
			10.	Fig. 10 delle	=	=		3600	. =
			au.		=			1900	
	o and	110000	25.	farrfiellen)		od and shor	TOPY	1000	
in 6	C.M. TT	r		CT4		*		4800	= ;
111 31	ralle 11	bet en	iem (Brundgehalt	e vi	n 2400	Marf.		阿拉 斯斯
· vo	m volle	moton	10	Dienstjahre		THE THE	an titte.		
		motten	10.	vientilinite	av	von		3000	Marf.
									=
	的音表		20.	(N		. 054		1000	
			25		1			4200	=
			20.	17 3	-	*		4800	= ;
* 65									- /

in Klaffe III bei einem Grundgehalte von 3 000 Mark:		
vom vollendeten 15. Dienstjahre ab von	3600	Mark,
20.	4 200	
25.		* j
in Klasse IV bei einem Grundgehalte von 3600 Mark:		220 6
vom vollendeten 20. Dienstjahre ab von	4 200	Mart,
25.	4800	- 1
in Klasse V bei einem Grundgehalte von 4200 Mark:	1000	on e
vom vollendeten 25. Dienstjahre ab von	4800	Wart.

S. 6.

Die Allterszulagen werden von der Allterszulagekasse für evangelische Geistliche gezahlt, welche als gemeinsame Einrichtung der im Gebiete des Preußischen Staates bestehenden evangelischen Landeskirchen behufs Versicherung der Allterszulagen errichtet wird.

Für die Rechte und Pflichten der Alterszulagekasse, der Geistlichen, Pfarrftellen und Kirchengemeinden, sowie für die Organisationen und Verwaltung der

Raffe find die anliegenden Satzungen maßgebend.

c. Dienstwohnung.

§. 7.

Die Dienstwohnung foll der Amtsstellung des Stelleninhabers und ben

örtlichen Berhältniffen entsprechen.

Wo die örtlichen Verhältnisse es thunlich erscheinen lassen, ist als Zubehör der Dienstwohnung auch ein Hausgarten ohne Anrechnung auf das Grundgehalt bereit zu stellen.

§. 8.

Ausnahmsweise kann mit Genehmigung des Konsistoriums statt der Dienstwohnung eine Miethsentschädigung gewährt werden, welche in einer vierteljährlich im Boraus zahlbaren Geldsumme zu bestehen hat und eine ausreichende Entschädigung für die nicht gewährte Dienstwohnung darstellt.

S. 9.

Ueber die Höhe der Miethsentschädigung, sowie über die Frage, ob und in welchem Umfange ein Hausgarten zu gewähren ist, beschließt die Kirchengemeinde. Der Beschluß unterliegt der Genehmigung des Konsistoriums nach vorheriger Anhörung des Propsteis (Kreis) Synodalausschusses.

§. 10.

Die Einziehung einer Dienstwohnung und eines Hausgartens ist nur mit Genehmigung des Konsistoriums zulässig.

(Nr. 10010.)

in Most nor stack of 11.00 proofs but til effolk m Hinsichtlich der Rosten der Unterhaltung der Dienstwohnung behält es bei den bestehenden Vorschriften sein Bewenden. Wenn und insoweit jedoch die Unterhaltung der Dienstwohnung und die Aufbringung, Berzinsung und Amortisation einer Ginlösungssumme beziehungsweise Garantiesumme für diefelbe nach dem bisherigen Recht dem Pfarrinhaber oblag, gelten diese Leistungen als Pflichten der Pfarrstelle im Sinne des g. 12 Absatz 1. Zur Bildung eines Fonds behufs Unterhaltung des Pfarrhauses, sowie zur Tilgung der Einlösungsbeziehungsweise Garantiesumme darf das Pfarrvermögen in diesen Fällen dauernd verwendet werden. Die Höhe des hiernach angemessenen, nach den örtlichen Verhältniffen zu ermittelnden Betrages ift von dem Konsistorium nach Anhörung des Kirchenvorstandes endgültig festzuseten. Der dadurch entstehende Zinsverlust ist bei den, auf Grund dieses Gesetzes für den Stichtag des 1. Oktober 1897 anzustellenden Berechnungen in Abzug zu bringen. sandly no sunndingly kinded sads. 12.10.8 nabilihansa tedandalad astonis

Der Nießbrauch des als besonderen Pfarrfonds gemäß der für denselben zu beschließenden Ordnung zu verwaltenden Stellenvermögens der im §. 2 genannten Pfarrstellen geht mit allen damit verbundenen Rechten und Pflichten

auf die Kirchengemeinde über.

Die Kirchengemeinde hat bem Stelleninhaber dagegen, vorbehaltlich der ihr gemäß S. 22 im Falle ber Leiftungsunfähigkeit zu gewährenden Beihülfe, das Grundgehalt und die Zuschüffe (§§. 2, 3 und 4) sowie die Dienstwohnung und einen Hausgarten beziehungsweise eine Miethsentschädigung (§§. 7, 8 und 9) zu gewähren, und die Pfarrstelle bei der Allterszulagekasse nach Maßgabe ihrer Satungen zu versichern.

§. 13. Dem Inhaber einer unter S. 2 fallenden Pfarrstelle steht die Befugniß zu, nach Maßgabe der beschlossenen Ordnung (§. 12), mit Genehmigung des Propstei = (Rreis =) Synodalausschuffes, die auftommenden Accidenzien (Stolgebühren und Opfer) selbst zu beziehen und die der Pfarrstelle gebührenden Naturalgefälle ganz oder theilweise zu übernehmen. Auch kann derselbe nach Maßgabe der beschlossenen Ordnung (g. 12) mit Genehmigung des Propstei- (Kreis-) Synodalausschusses einzelne Pfarrgrundstücke in eigene Nutzung nehmen, wenn und soweit sich für ihn das Bedürfniß ergiebt, zur Beschaffung der nothwendigen Lebensmittel oder zur Gespannhaltung behufs besserer kirchlicher Versorgung der Gemeinde Grundstücke selbst zu bewirthschaften. Der auf die Leiftungen der Gemeinde an Grundgehalt und Zuschüssen in Anrechnung zu bringende Uebernahmepreis bestimmt sich bei den Stolgebühren nach dem sechsjährigen Durchschnitt eventuell nach einer anzustellenden Schätzung, im Uebrigen nach dem ortsüblichen Werth. Auf Anrufen von Betheiligten entscheidet der Propstei- (Kreis-) Synodalausschuß, im Beschwerdefall das Konsistorium unter Mitwirfung des Ausschusses ber Gesammtsunode endaültig. Southering but Montportune graphic

Anthony is an sid diff among 114.

Wegen der Auseinandersehung zwischen dem Stelleninhaber und der Kirchengemeinde finden die Vorschriften Anwendung, welche über die Auseinandersetzung zwischen dem Stelleninhaber und dem Amtsnachfolger gelten. Dies gilt von dem Kirchengeset, betreffend die Verhältniffe der Geiftlichen in den Schleswigschen Gemeinden mit Dänischem Kirchenrecht, vom 3. Mai 1890 (Kirchliches Gesetzund Berordnungsbl. S. 49) mit der Mafgabe, daß die von der Gemeinde nach S. 5 Albfat 2 des Gesetzes zu übernehmende Ausgleichssumme aus dem Pfarrvermögen zu entnehmen ift. Der lette Sat des S. 11 kommt dabei sinngemäß in Anwenduna.

S. 15.

Auf besonderen Rechtstiteln oder auf öffentlichem Recht beruhende Berpflichtungen Dritter gegenüber der Pfarrstelle bleiben bestehen.

son and not me out deline c. 16.

Dieses Kirchengesetz sindet keine Anwendung auf diejenigen Pfarrstellen, welche bei der Alterszulagekasse nicht versichert sind, vorbehaltlich der Bestimmungen in S. 19 diefes Gefetes.

S. 17.

Dauernd verbundene Pfarrstellen werden im Sinne biefes Gesetzes als eine Pfarrstelle angesehen. Die nach diesem Gesetz zu tragenden Lasten werden auf die betheiligten Gemeinden nach Verhältniß des Pfarrstelleneinkommens vertheilt, insoweit nicht eine anderweitige Regelung bereits getroffen ift.

§. 18.

Die nach dem Intrafttreten dieses Kirchengesetzes neu errichteten Wfarrstellen, deren Einkommen unter 4800 Mark beträgt, unterliegen den Vorschriften dieses Kirchengesetzes mit der Maßgabe, daß ein Grundgehalt von mindestens 1800 Mark bereit zu stellen ift. \$. 19. 190 adrate meshinadial and

Im Kalle einer nach dem 1. Oftober 1897 eintretenden Erhöhung des Stelleneinkommens einer Pfarrstelle auf 4800 Mark und darüber verbleibt es bei der Anwendung diefes Rirchengesetzes. Bei einer nach dem 1. Oktober 1897 eintretenden Verminderung des Stelleneinkommens unter 4800 Mark hat die Rirchengemeinde eine Befoldung von 4800 Mark zu gewähren, sofern die Stelle nicht zur Versicherung bei der Alterszulagekasse zugelassen wird (S. 11 der Satzungen). In letterem Kalle finden die Vorschriften dieses Rirchengesetes auf diese Pfarrstelle Unwendung. by all y days and \$.20. complete the application and application

Die Höhe des Stelleneinkommens wird das erste Mal für den 1. Oktober 1897 ermittelt und festgesett.

Im Bedarfsfall tann fpater eine erneute Festsetzung stattfinden.

(Nr. 10010.)

Für die Berechnung des Stelleneinkommens sind die für die Allterszulagekasse geltenden Grundsätze maßgebend.

§. 21.

Ueber die jeweilige Höhe des Stelleneinkommens beschließt der Kirchenvorstand nach Anhörung des Stelleninhabers. Die Festsehung erfolgt durch das Konsistorium nach Anhörung des Propstei- (Kreis-) Spnodalausschusses.

Die Berminderung des Stelleneinkommens durch Beschluß der Gemeinde-

organe ist nur mit Genehmigung des Konfistoriums zuläffig.

§. 22.

Behufs Gewährung von Beihülfen an leistungsunfähige Gemeinden, welche zur Aufbringung der Grundgehälter, Zuschüsse und Alterszulagekassenbeiträge für beim Inkraftkreten dieses Kirchengesehes bestehende und bei der Alkerszulagekasse versicherte Pfarrstellen Umlagen ausschreiben müssen, wird ein von dem Konssistorium zu verwaltender Zuschußsonds gegründet, in welchen die vom Staate für diesen Zweck gewährte Summe fließt.

Ueber die Gewährung der Beihülfen beschließt das Konsistorium, an dessen Beschlüssen in diesen Fällen die Mitglieder des Gesammt-Synodalausschusses in der im §. 95 der Kirchengemeindes und Synodals-Ordnung vom 4. November 1876

bezeichneten Weise theilzunehmen haben.

§. 23.

Behufs Gewährung von Beihülfen an leiftungsunfähige Kirchengemeinden, welche zur Aufbringung der Grundgehälter, Zuschüsse, Miethsentschädigungen und Alterszulagekassenbeiträge für neu zu gründende Pfarrstellen Umlagen aussschreiben müssen, sowie zur Gewährung von Beihülfen für kirchliche Neubauten und zur Remunerirung von Hülfsgeistlichen in den großen Gemeinden wird ein landeskirchlicher Hülfsfonds gegründet, an welchen die Gefammt-Synodalkasse allsährlich einen Beitrag in der Höhe von einem Prozent der von den Mitgliedern der evangelisch-lutherischen Kirche der Provinz Schleswig-Holstein aufzubringenden Staatseinkommensteuer zu leisten hat.

Der landeskirchliche Hülfsfonds wird durch das Konsistorium verwaltet. Un den Beschlüssen desselben über die Gewährung von Beihülfen aus dem Fonds haben die Mitglieder des Gesammt-Synodalausschusses in der im §. 95 der Kirchengemeindes und SynodalsOrdnung vom 4. November 1876 bezeichneten Weise theils

zunehmen.

§. 24.

Die nach Maßgabe dieses Gesetzes gezahlten Grundgehalte, der Stelle gewährten Zuschüffe und Alterszulagen, sowie die nach §. 16 der Satungen der Alterszulagesasselle zu zahlenden Entschädigungen und die der Stelle auf die Dauer gewährten Zuschüffe gelten als anrechnungsfähige Diensteinnahme im Sinne der Emeritirungsordnung vom 2. März 1891 (Kirchliches Gesetz und Verordnungsbl.

S. 20) und des Kirchengesehes vom 12. Januar 1895 (Kirchliches Geseh- und Berordnungsbl. S. 13). Die persönlichen Zuschüsse (S. 3) gelten als persönliche Zulagen im Sinne des S. 9 der Emeritirungsordnung. Alls dauernd mit der Stelle verbundene Diensteinnahme im Sinne des S. 12 Ziffer 4 der Emeritirungsordnung gelten bei fünftig eintretenden Emeritirungen von Inhabern der den Borschriften Dieses Kirchengesetzes unterworfenen Pfarrstellen nur die Grundgehalte und die der Stelle auf die Dauer gewährten Zuschüffe.

S. 25.

Beim Ableben eines Geistlichen kommen die Grundgehalte, auf Amtsdauer bewilligte perfönliche Zuschüffe, Alterszulagen, Entschädigungen, Dienstwohnungen oder Miethsentschädigungen bis zum Ablaufe des Sterbemonats den Erben zu.

Un wen zu zahlen ift, bestimmt das Konsistorium.

Bom Ablaufe des Sterbemonats gebühren die genannten Bezüge noch ein halbes Jahr ber gnadenzeitberechtigten Wittwe. Diefelben find bei den unter S. 2 diefes Gesetzes fallenden Pfarrstellen auch für das nach S. 5 des Kirchengesetzes, betreffend die Gnadenzeit, vom 21. März 1892 (Kirchliches Gesetz- und Berordnungsbl. S. 27) zu gewährende Drittel ber Diensteinnahme maßgebend, dergestalt, daß der Werth der Dienstwohnung nach Absat 2 daselbst, eine etwaige Miethsentschädigung aber voll in Anschlag gebracht wird.

Mit dem Tage des Inkrafttretens Dieses Gesehes gelten Geistliche, welche bem Geltungsbereich bes genannten Rirchengesetes vom 21. März 1892 angehören, diesem sich bisher aber noch nicht unterstellt haben, demselben fraft Gesetzes unter-

worfen.

Die Bestimmungen des Absates 2 und 3 finden nur Anwendung auf die

Inhaber der unter dieses Gefetz fallenden Pfarrstellen.

Das Königliche Konfistorium ift berechtigt, in benjenigen Källen, in benen Gnabenzeitberechtigte nicht vorhanden find, die Gnabenzeitsbezuge ganz ober theilweise bis spätestens zum Ablauf des Sterbevierteljahres den Erben des Geiftlichen zuzusprechen.

Der Borftand ber Allerendange 3 bollebt aus bem Borfigenben, einem

Die Bestimmungen des S. 3 der Satzungen bezüglich der Zusammensetzung des Verwaltungsausschuffes und des S. 24 bezüglich der Gewährung von Tagegeldern und Reisekostenvergütungen finden, im Falle des Zustandekommens übereinstimmender Kirchengesetze der am Pfarr-Wittwen- und Waisenfonds betheiligten Landeskirchen auf den gemäß Kirchengeset vom 31. März 1895 (Kirchliches Gefets und Verordnungsbl. S. 33) gebildeten Pfarr-Wittwen- und Waifenfonds Anwendung. §. 27.

Der Zeitpunkt, mit welchem dieses Kirchengesetz in Kraft tritt, wird durch Königliche Verordnung bestimmt.

S. 28.

Das Konfistorium wird mit der Ausführung dieses Kirchengeseges beauftraat.

Urfundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichen Insiegel.

Gegeben Travemunde an Bord M. D. "Hohenzollern", ben 2. Juli 1898.

(L. S.) Wilhelm.

Being Noffe, per Information Allrerszudagen, Enklandigungen, Demikoobnungen bergiligte per InfoCuldulle, Allrerszudagen, Enklandigungen, Demikoobnungen

com spinete material Sahungen, 200 atunite mote

anstraffe and die Mann and all Getreffend

die Alterszulagekasse für evangelische Geistliche der im Gebiete des Preußischen Staats vorhandenen evangelischen Landeskirchen. Metheenrichabigung aber voll in suntained gebeund ware.

stefant fich bisher aber noch nicht unter \$. 1. dans ich noch padaid bil medale Die Allterszulagekaffe für evangelische Geistliche bildet eine gemeinsame Einrichtung der im Gebiete des Preußischen Staats vorhandenen evangelischen Landesfirchen behufs Versicherung der Zahlung von Alterkzulagen an Geistliche. Sie wird unter dem Namen "Allterszulagekasse für evangelische Beiftliche" von einem Vorstande und einem Verwaltungsausschusse als selbständiger Fonds verwaltet.) and maled and Carllojistraised est and fundlik may enalyther aid stien

§. 2.

Der Vorstand ber Alterszulagekasse besteht aus dem Vorsitzenden, einem im Falle seiner Behinderung eintretenden Stellvertreter und vier Mitgliedern. Der Vorsitzende, sein Stellvertreter und die übrigen Mitglieder des Vorstandes werden vom Könige ernannt.

Der Verwaltungsausschuß wird aus 55 von den oberften Synoden der betheiligten Landeskirchen aus ihrer Mitte auf die jedesmalige Dauer der Synodalperiode zu wählenden Synodaldeputirten gebildet. Es haben zu wählen:

a) die Generalsynode der evangelischen Landeskirche der älteren Provinzen 32 Mitalieder,

b) die Landessynode der evangelisch-lutherischen Kirche der Proving Hannover 8

c) die Gesammtsvnode der evangelisch-lutherischen Kirche der Provinz Schleswig-Holstein	5 Mitglieder,	
d) die Gesammtspnode der evangelischen Kirchengemein-	offsel	
schaften des Konfistorialbezirks Cassel	5.	
e) die Bezirkssynode der evangelischen Kirche des Kon- sistorialbezirks Wiesbaden	3	
f) die Gesammtspnode der evangelisch-reformirten Kirche	2 .	

Die Gewählten bleiben so lange Mitglieder des Verwaltungsausschusses, bis eine Neuwahl erfolgt ist. Für den Fall, daß die Gewählten die Synodalangehörigkeit verlieren, oder behindert sind, an den Verathungen des Verwaltungsausschusses theilzunehmen, werden ebensoviele Stellvertreter gewählt, welche in einer dei der Wahl zu bestimmenden Neihenfolge einberusen werden.

S. 4.

Die Kirchengemeinden sind verpflichtet, die dauernd errichteten Pfarrstellen, welche

a) am 1. Oktober 1897 ein Stelleneinkommen von weniger als 4800 Mark

hatten,

b) nach dem 1. Oktober 1897 mit einem Stelleneinkommen von weniger als 4 800 Mark errichtet sind oder werden,

bei der Alterszulagekasse behufs Gewährung von Alterszulagen zu versichern.

S. 5.

Die Versicherung erfolgt:

bei einem Stelleneinkommen

	unte	r 3600	Mark in	Klasse I,
pon	3600 bi	3 3 8 9 9	= =	: II,
=	3900 =	4199		· III,
=	4200 =	4499		· IV,
=	4500 =	4799		. V.

Bei den am 1. Oktober 1897 bestehenden Pfarrstellen ist das an diesem Tage vorhandene Stelleneinkommen, bei den in der Zeit vom 1. Oktober 1897 bis zum Inkrafttreten der Kasseneinrichtung errichteten Pfarrstellen das am Tage der Errichtung vorhandene Stelleneinkommen zu Grunde zu legen.

Pfarrstellen, welche mit oder nach dem Inkrafttreten der Kasseneinrichtung errichtet werden, sind in Klasse I zu versichern. Die Versicherungspflicht mehrerer dauernd verbundener Pfarrämter bemißt sich nach der Gesammtsumme des Stellen-

einkommens.

 \S . 6.

Der Versicherungspflicht unterliegen nicht die Pfarrstellen der Militär- und Anstaltsgeistlichen, ferner solche Pfarrstellen, (Nr. 10010.) a) welche mit einem anderen Umte als einem kirchlichen dauernd verbunden sind und deren Inhaber nach den bisherigen Bestimmungen Aufbesstellungs und Alterszulagen aus Staatsfonds zu erhalten nicht berechtigt waren;

b) beren Inhabern durch besondere Gehaltsregulative oder ähnliche Einrichtungen am 1. Oktober 1897 mindestens dieselben Bezüge, wie durch

das Kirchengeset und diese Satzungen zugesichert sind.

Unterliegen die letzteren Pfarrstellen, ungeachtet bestehender Regulative oder entsprechender anderer Einrichtungen, der Versicherungspflicht, so ist die Verssicherungsklasse nach dem Mindestbetrage des Gehalts zu bestimmen.

einer bei ber Wahl zu bestimmenben . Teigenfolge einberufen werben.

Die Alterszulagekasse zahlt den Inhabern der bei ihr versicherten Pfarrstellen Alterszulagen von je 600 Mark in fünfjährigen nach dem Dienstalter bemessenen Abschnitten, dergestalt, daß gewährt werden:

in	Rlaffe !	I vom	vollendeten	5.	Dienstjahre	ав	600	Mart,
	11 11/21	=		10.	=	=	1 200	=
		Irrignofist	O member	15.	RI AMARC	=	1800	=
			paragram mana	20.	total fro for	98 000 h	2 400	=
		ing terdinilan	119 non pm	25.	bebute Ge	aidagelaite	3 000	ibel be
in	Rlasse	II =	=	10.	3	=	600	=
	In Taxab		ē. =	15.	=	=	1 200	=
		=	=	20.	erfolati	e. H.dy. c. u. s.	1800	=
		=		25.	lleneistomu	einem Gle	2 400	* j
in	Rlasse	III	March in R	15.	8 rotern 8		600	=
	the m	II .		20.	8 8id 000	8 = 11011 :	1 200	
		·III = »		25.	900 == 4	8	1 800	= ;
in	Rlasse	IV =		20.	200 = 4		600	=
		. V =	=	25.	# , UUG	=	1 200	= ;
in	Rlasse	V =	THE MACHINE	25.			600	.0002.

ber Errichtung vorhandene Stellenein. 81.8 en zu Ermide zu legen.

Der Bezug der vierteljährlich im Voraus zu zahlenden Alterszulagen beginnt mit dem Ablaufe desjenigen Monats, in welchem die erforderliche Dienstzeit vollendet wird.

Im Falle des Todes des Geistlichen wird die Alterszulage für den Sterbemonat und den darauf folgenden Monat und bis zu weiteren sechs Monaten an diejenigen Bezugsberechtigten gewährt, welche von dem zuständigen Konsistorium als solche bezeichnet werden.

nachlien Markiertes berechnet, Solzbegine nach ber Berftrage bes \$. 9. And Madelloine ? mitchin

Die Kirchengemeinden haben für jede versicherte Allterszulage von 600 Mark je 300 Mark Allterszulagekaffenbeiträge jährlich an die Allterszulagekaffe zu entrichten, dergestalt, daß der Jahresbeitrag beträgt:

in S	Elasse I	hagiana.	3. dann	. gautadet	tinds/dsmit	1 500	Mart,
=	= II					1 200	=
8	· III			4.2		900	8
17=110	= IV	8. bleiben	.fourmen.	Stellenen	ing bes.	600	Sei Doe
11.	·V		AND MARKET	D. D.		300	(Deside 1)

2) Die ftaatlichen, bieber aus .01 . Tonde Ramitel 124 Titel 2 bes Stints

Der Vorstand der Alterszulagekasse entscheidet endgültig, ob die gesetzlichen Voraussetzungen für die Versicherungspflicht vorliegen.

Rranten und abnition Airlign, für die Militärfeelforge, sowie für

Falls das Stelleneinkommen einer Pfarrstelle, welches sich auf 4 800 Mark und darüber belief, durch Ereignisse, welche von der Entschließung der Betheiligten unabhängig sind, unter den Betrag von 4800 Mark sinkt, ift der Vorstand ermächtigt, auf Antrag der Kirchengemeinde die Bersicherung zuzulaffen.

6. 12.

Im Uebrigen bleibt es der Beschlußfassung des Verwaltungsausschusses überlassen, zu bestimmen, ob und unter welchen Bedingungen weitere freiwillige Berficherungen von Allterszulagen zuzulaffen sind.

3) die Ruhrfoften ber Geiftlickt. In Gottesbignften und anderen Almis-Für die Ermittelung des Stelleneinkommens find folgende Grundfätze maßgebend:

- 1) zum Stelleneinkommen find alle Einnahmen und Nutungen zu rechnen, welche dem Geistlichen in Rücksicht auf sein kirchliches Amt während der Amtsdauer zufließen, einschließlich der aus Kirchensteuern auffommenden Beträge und der aus der Kirchenkasse oder von sonstigen Dritten gewährten Zuschüffe. midnams danvord asmending morde ni
- 2) Der Ertrag der zur Stelle gehörigen Grundstücke ift, wenn sie verpachtet sind, nach dem laufenden Pachtzins mit Ginschluß des ortsüblichen Werths vertragsmäßiger Nebenleiftungen, bei fürzeren Vervachtungen und Selbstbewirthschaftung nach dem Durchschnitt des Ertrages der letten sechs Wirthschaftsjahre in Ansat zu bringen.

Naturalbezüge an Getreide sowie sonstigen Früchten und Erzeugnissen werden nach dem sechsjährigen Durchschnitt der Marktpreise des nächsten Marktortes berechnet, Holzbezüge nach der Forsttage des nächsten Königlichen Forstreviers.

Stolgebühren und Accidenzien werden nach dem sechsjährigen

Durchschnitt berechnet.

Wo die vorstehend erwähnten Einzelbeträge nicht mit Sicherheit zu ermitteln sind, ist der Durchschnittsbetrag durch Schätzung festzustellen.

§. 14.

Bei der Berechnung des Stelleneinkommens bleiben außer Ansat:

1) die Dienstwohnung nebst Hausgarten, sowie die an ihrer Stelle gewährte

Miethsentschädigung,

2) die staatlichen, bisher aus dem Fonds Kapitel 124 Titel 2 des Staatshaushalts-Etats den Geistlichen gewährten Aufbesserungs- und Alterszulagen,

3) Nebeneinnahmen für geistliche Bedienung der Korrektions-, Irren-, Kranken- und ähnlichen Anstalten, für die Militärseelsorge, sowie für

Lehrthätigkeit an Unterrichtsanstalten,

4) das Einkommen aus vorübergehender gleichzeitiger Verwaltung einer anderen Pfarrstelle,

5) freiwillige Gaben.

S. 15. and the red porting him thirthings

Von dem Stelleneinkommen find abzusetzen:

1) die aus demselben auf Grund spezieller rechtlicher Verpflichtung dauernd zu leistenden Zahlungen, insbesondere die Abgaben und Lasten, welche auf den zur Stelle gehörigen Grundstücken ruhen,

2) die bei Erhebung der Stelleneinkunfte unvermeidlichen Rosten und

Verluste,

3) die Fuhrkosten der Geistlichen zu Gottesdiensten und anderen Amtshandlungen, soweit sie bisher aus dem Stelleneinkommen zu bestreiten waren.

1) jum Stelleneinkommen fins. 311. Timabmen und Nukungen zu rechnen,

Die beim Inkrafttreten dieser Kasseneinrichtung im Amte befindlichen Inhaber derjenigen Pfarrstellen, welche bei der Alterszulagekasse zu versichern sind, hat die Alterszulagekasse für die Verluste schadlos zu halten, welche ihnen in ihrem Einkommen dadurch erwachsen, daß die Einkünste der Pfarrstelle auf die Kirchengemeinde übergehen.

Für die Berechnung des Einkommens und die Höhe der hiernach zu bemeffenden Entschädigung sind die Bestimmungen der §§. 13 bis 15 mit der Maßgabe entscheidend, daß vorübergehende Belastungen der Stellen, insbesondere die

Pfründenabgaben, vom Zeitpunkte des Wegfalls in Betracht kommen.

Die Entschädigungen werden vom Vorstande festgesetzt und so lange gezahlt, bis der gegenwärtige Stelleninhaber durch anderweite Verbesserung ein dem

amai. wh

früheren mindestens gleiches Gesammtdiensteinkommen erreicht, oder bis er seine bisherige Stelle verläßt.

Stirbt der berechtigte Geistliche vorher, so finden die Vorschriften des S. 8

Absat 2 Unwendung.

Die Geistlichen sind verpflichtet, von jeder Verbesserung ihres Gesammtdiensteinkommens dem Vorstande durch Vermittelung des zuständigen Konsistoriums Mittheilung zu machen.

S. 17.

Hinsichtlich der Berechnung des Dienstalters der Geistlichen sind die zur Zeit bei der Verwaltung des Pfarr-Wittwen- und Waisensonds maßgebenden Grundsätze so lange entscheidend, als nicht auf dem in diesen Satzungen vorgeschriebenen Wege eine Abänderung erfolgt.

Sandle sid an Andria of manage S. 18. Albert estar dancile and an alle

Der Vorstand vertritt die Alterszulagekasse und führt die laufenden Geschäfte derselben. Er sorgt durch Vermittelung der zuständigen Kirchenbehörde für die Einziehung der Kassenbeiträge der Gemeinden und für die Auszahlung der Alterszulagen. Er stellt den Etat der Alterszulagekasse auf und legt alljährlich dem Verwaltungsausschusse die Rechnung über das abgelausene Rechnungsjahr zur Abnahme vor.

S. 19.

Der Verwaltungsausschuß, welcher sich auf Einladung des Vorstandes alljährlich mindestens einmal versammelt, wählt aus seinen Mitgliedern seinen Vorsitzenden und dessen Stellvertreter. Seine Beschlüsse werden nach Stimmenmehrheit der erschienenen Mitglieder gefaßt, wobei im Falle der Stimmengleichheit die Stimme des Vorsitzenden entscheidet.

Der Verwaltungsausschuß, welcher seine Geschäftsordnung selbständig regelt, hat zu beschließen:

1) über Feststellung des Etats und Abnahme der Rechnung der ab-

gelaufenen Rechnungsperiode,

2) über Erhöhung der den Geistlichen zu gewährenden Alterszulagen und Albkürzung der Steigerungsperioden, wobei in erster Linie auf Bereitstellung von Zulagen für Geistliche unter fünf Dienstjahren auf Stellen der Klasse I (§. 2) Bedacht zu nehmen ist,

3) über die Erhöhung oder Verminderung der von den Kirchengemeinden zu entrichtenden Kassenbeiträge, wobei es zulässig ist, die Kassenbeiträge

nach den Versicherungsklassen verschieden abzustufen,

4) über Abanderung der Grundfate, betreffend die Berechnung des Stellen-

einkommens und des Dienstalters der Geistlichen,

5) über wichtige Angelegenheiten der Verwaltung der Alterszulagekaffe, welche ihm von dem Vorstande zur Beschlußfassung vorgelegt oder innerhalb des Ausschusses angeregt werden.

anist to sid reads Adalases named §. 20.

Die Mitglieder des Vorstandes können an den Verhandlungen des Verwaltungsausschusses mit berathender Stimme theilnehmen und muffen jederzeit gebört werden.

Die Beschlüsse des Verwaltungsausschuffes bedürfen, abgesehen von der Nechnungsabnahme, zu ihrer Gültigkeit der Zustimmung des Vorstandes.

S. 21.

So lange eine Landeskirche nicht durch Kirchengesetz der Alterszulagekasse angeschloffen ist, sind die auf sie bezüglichen Vorschriften dieser Satungen als ruhend zu behandeln.

Darüber, ob und unter welchen Bedingungen ber Anschluß an die Alterszulagekaffe auch anderen landesfirchlichen Gemeinschaften gestattet werden kann, beschließt der Verwaltungsausschuß. für die Einziehung ber Kaffenbeitrage. §. 23. martinden in die Pluggablung

Die Legitimation der in den Verwaltungsausschuß gewählten Synodalvertreter erfolgt durch eine Bescheinigung, welche von der zuständigen Kirchenbehörde auszustellen und durch Bermittelung des Vorstandes dem Berwaltungsausschusse vorzulegen ist. Der Bernalbungsausschuß, 24. ar Buchsungsausberred von

Die Mitglieder des Berwaltungsausschuffes erhalten Tagegelber und Reisekostenvergütung aus der Alterszulagekasse nach den für die Staatsbeamten der vierten Rangklaffe gegenwärtig geltenden gesetzlichen Bestimmungen, vorbehaltlich anderweiter Normirung durch den Verwaltungsausschuß. Dieselbe trägt auch die Rosten der Zusendung der Allterszulagen an die bezugsberechtigten Geiftlichen.

Den oberften Synoden der an der Allterszulagekasse betheiligten Landesfirchen sind die von dem Verwaltungsausschuffe abgenommenen Rechnungen über die Verwaltung der Kasse durch die Vermittelung der zuständigen Kirchenbehörden 2) über Crobbung ber ben Gesplichen zu gewährenben Alters neliedtugtim

stiated the sind refer in rocker in criter Binic auf Botten

Der Borftand regelt die näheren Modalitäten wegen Einziehung der Kaffenbeiträge, sowie Auszahlung der Alterszulagen und Entschädigungen.

gartisdenfiant sid ift piffalug es isde §. 26. artisdenfiant medestablitum ug

Abanderungen biefer Satzungen find nur durch übereinstimmende Rirchengesetze der betheiligten Landeskirchen zulässig. 5) ider wichige Angelegenbeien der Berraitung der Alterszulagekasse, neiche ihm von dem Vorstande, zur Beschinfiassung vorgelegt oder

Airchengeset,

betreffend

das Diensteinkommen der Geistlichen der evangelischen Kirchengemeinschaften des Konsistorialbezirks Cassel.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen 2c. verordnen für die evangelischen Kirchengemeinschaften des Konsistorialbezirks Cassel, mit Zustimmung der Gesammtspnode, was folgt:

§. 1.

Jeder in einem dauernd errichteten Pfarramt der evangelischen Kirchengemeinschaften des Konsistorialbezirks Cassel sest angestellte Geistliche, mit dessen Pfarrstelle bei Inkrafttreten dieses Kirchengesetzes ein Stelleneinkommen von weniger als 4800 Mark verbunden ist, erhält ein Diensteinkommen, welches besteht:

- nod do a) in einem Grundgehalt, alatsprod motortunid trade 000 of motor motort
- ed ug b)nin Alterszulagen, fladendnure mug effuchte netedboren 4 dem 8 22
 - c) in Dienstwohnung ober angemessener Miethsentschäbigung. soll nodels

Arpste 004 C nog a. Grundgehalt. netednellog mog

\$. 2. OI

Das Grundgehalt ist vierteljährlich im Voraus zahlbar und beläuft sich für die am 1. Oktober 1897 bestehenden Pfarrstellen, je nachdem das Stellenseinkommen an diesem Tage betrug:

Das Grundgehalt für die in der Zeit nach dem 1. Oktober 1897 bis zum Inkrafttreten dieses Kirchengesetzes errichteten Pfarrstellen ist nach den vorstehenden Bestimmungen auf Grund des am Tage der Errichtung vorhandenen Stelleneinkommens zu bemessen.

S. 3.

Mit Genehmigung des Konsistoriums können neben dem Grundgehalt einer Pfarrstelle feste Zuschüffe dauernd bewilligt, auch dem Stelleninhaber Zuschüffe auf Zeit oder auf die Amtsdauer gewährt werden.

Bei Pfarrstellen, mas rod mo S. 14.00 rod nommoniofinoi? End

1) für welche das Mindesteinkommen von 1800 Mark nach den örtlichen Berhältnissen als unauskömmlich zu erachten ist,

2) deren Verwaltung besonders schwierig oder anstrengend ist,

3) beren Besetzung aus sonstigen Grunden bei den Grundgehältern bes S. 2 nicht zu ermöglichen ift,

tann das Konfistorium unter Mitwirkung des Gesammt-Synodalausschusses nach Anhörung des Presbyteriums und des Diözesan-Synodalvorstandes anordnen, daß ein Zuschuß bis zum Betrage von 600 Mark zum Grundgehalt auf die Dauer oder auf Zeit gewährt werde.

machiel modifiquemen von tumpen.

gemeinschaften bes Konsistorialbegiets Edife feit angestellte Geiftliche, mit bessen

Diejenigen Stelleninhaber, welche das fünfte Dienstjahr vollendet haben, erhalten Alterszulagen, welche zu den nach Maßgabe des S. 2 normirten Grundgehältern in fünfjährigen, nach dem Dienstalter bemessenen Abschnitten in Beträgen von je 600 Mark hinzutreten, dergestalt, daß sie unbeschadet der nach den SS. 3 und 4 gewährten Zuschüffe zum Grundgehalt ein Diensteinkommen zu beziehen haben:

in Klasse I bei einem Grundgehalte von 1 800 Mark:
vom vollendeten 5. Dienstjahre ab von 2 400 Mark,
*
s don kalling auf 15. mi biertiliäbrlich im 15. aus tablbar and bel
20. 25. 25. 4 200 ; j
* * 25. * * * * * * * * * * * * * * * * * * *
in Klasse II bei einem Grundgehalte von 2 400 Mark:
vom vollendeten 10. Dienstjahre ab von 3 000 Mark,
* 000 8 15.HI = 7 = #81.1000.8 3 600 =
= 000 8 20.VI = = E0.1
= 00 ± 25.7 = ; = = 1
in Klasse III bei einem Grundgehalte von 3 000 Mark:
vom vollendeten 15. Dienstjahre ab von 3 600 Mart,
namadre drog peuton 20. 196 agod me and dunit. hu 4 200 millett
· · 25. · · · · · · · · · · · · · · 4.800 molen;

in Rlaffe IV bei einem Grundgehalte von 3 600 Mark: vom vollendeten 20, Dienstjahre ab von 4 200 Mark, ind an alfided a minimum 25. Smill and 100 100 100 100 4 800 in Klasse V bei einem Grundgehalte von 4 200 Mark: vom vollendeten 25. Dienstjahre ab von 4 800 Mark.

S. 6.

Die Allterszulagen werden von der Allterszulagekasse für evangelische Geiftliche gezahlt, welche als gemeinsame Ginrichtung ber im Gebiete bes Preußischen Staats bestehenden evangelischen Landestirchen behufs Versicherung der Alterszulagen errichtet wird. Für die Rechte und Pflichten der Alterszulagekaffe, der Beiftlichen, Pfarrstellen und Kirchengemeinden, sowie für die Organisation und Verwaltung der Kasse sind die anliegenden Satzungen maßgebend. Aus ben Erträgen bes Stellenvermögens find, mach Entrichtung ber barauf

rubenden Albaaben und Laften gnundomftnaid (S. 2), die Zuschuffe (IS. 3, 4)

und die Beiträge zur Alterszulagefate. Du bestreiten. Der Ueberschuft ist der

Dem Stelleninhaber steht die Dienstwohnung im Pfarrhause zu. Wo ein Pfarrhaus nicht vorhanden ift, hat die Kirchengemeinde eine Dienstwohnung ohne Anrechnung auf das Grundgehalt zu gewähren. Die Wohnung soll der Amtsftellung bes Stelleninhabers und ben örtlichen Berhältniffen entsprechen.

Wo die örtlichen Verhältnisse es thunlich erscheinen lassen, ist als Zubehör der Dienstwohnung auch ein Garten von angemeffener Größe ohne Unrechnung auf das Grundgehalt bereit zu ftellen. Gehört Gartenland zur Stelle, fo muß bem Stelleninhaber auf fein Verlangen ein Garten von angemeffener Große ohne Anrechnung auf das Grundgehalt zugewiesen werden. Leistungen beizutragen haben, in Ermangelung vorhandener Bestimmfungen oder rechtsgültiger Bereinbarungen das K.81.Lorium nach Anhörung des Dlözesan-

Ausnahmsweise kann mit Genehmigung des Ronfistoriums statt der Dienstwohnung eine ausreichende Miethsentschädigung gewährt werden, welche in vierteljährlichen Beträgen im Voraus zu zahlen ift. Naturalgefälle, besgleichen die Stolgebuhren und die zur Stelle gehörigen Dienste gebäude über den Umfang bes Beb. E. ur feine Dienstwohnung hmauß ganz

Weber die Höhe der Miethsentschädigung, sowie über die Frage, ob und in welchem Umfange ein Garten zu gewähren ift, beschließt das Presbyterium. Der Beschluß bedarf zur Gültigkeit der Genehmigung des Konfistoriums. Kommt tein gultiger Beschluß zu Stande, so entscheidet bas Konsistorium nach Anhörung bes Diözefan-Synodalvorstandes endgültig.

ift berechtigt, die bisher von ihm felbst bewirthschafteten Grundstude für die Dauer seiner Amtölührung selbst zu. Ale-Le-Lomen. Die gänzliche ober theilweise Einziehung einer Dienstwohnung ober eines Gartens ift nur mit Genehmigung des Konsistoriums und, so lange die Stelle besett ift, nicht gegen den Widerspruch des Stelleninhabers zulässig. (Nr. 10010.)

in Rlaffe IV bei einem Greit gbalte von 3 600 Mark:

Hinsichtlich der Rosten der Unterhaltung der Dienstwohnung behält es bei ben bestehenden Vorschriften sein Bewenden.

Angemeine Bestimmungen.

§. 12.

Bom Tage des Inkrafitretens dieses Rirchengesetzes hört der Nießbrauch bes Stelleninhabers am Stellenvermögen, unbeschabet ber Bestimmungen bes S. 7, auf. Berwaltung und Vertretung des Stellenvermögens gehen auf die Rirchengemeinde über.

Die Kirchengemeinde hat die Pfarrstelle bei der Alterszulagekasse nach

Maßgabe ihrer Satungen zu versichern.

Aus den Erträgen des Stellenvermögens find, nach Entrichtung der darauf ruhenden Abgaben und Laften, die Grundgehälter (§. 2), die Zuschüffe (§§. 3, 4) und die Beiträge zur Alterszulagekaffe zu bestreiten. Der Ueberschuß ist der Bestimmung des Stellenvermögens zum Besten des Pfarramtes zu erhalten. Die Berwendung zur Unterhaltung der Dienstwohnung ober zur Miethsentschädigung ift mit Genehmigung des Konfistoriums in Ausnahmefällen zulässig.

Reichen die Erträge des Stellenvermögens zur Bestreitung der bezeichneten Ausgaben nicht aus, so hat die Kirchengemeinde das Fehlende aufzubringen. Bu diefen Leistungen tann ihr nach Maggabe des S. 21 eine Beihülfe gewährt

merden.

Bei ben unter einem Pfarramte vereinigten Gemeinden entscheidet über bas Verhältniß, in welchem sie zu den nach diesem Kirchengesetze ihnen obliegenden Leistungen beizutragen haben, in Ermangelung vorhandener Bestimmungen ober rechtsgültiger Vereinbarungen das Konsistorium nach Anhörung des Diözesan-

Dem Stelleninhaber steht die Befugniß zu, die der Pfarrstelle gebührenden Naturalgefälle, desgleichen die Stolgebühren und die zur Stelle gehörigen Dienstgebäude über den Umfang des Bedarfs für feine Dienstwohnung hinaus ganz oder theilweise zu übernehmen. Auch kann derselbe einzelne Pfarrgrundstücke in eigene Nutung nehmen, wenn und soweit sich für ihn das Bedürfniß ergiebt, zur Beschaffung der nothwendigen Lebensmittel oder zur Gespannhaltung behufs befferer kirchlicher Verforgung der Gemeinde Grundstücke selbst zu bewirthschaften.

Der beim Inkrafttreten bes Gesetzes im Umte befindliche Stelleninhaber ist berechtigt, die bisher von ihm selbst bewirthschafteten Grundstücke für die

Dauer seiner Umtsführung selbst zu übernehmen.

Der Uebernahmepreis bestimmt fich bei ben Stolgebühren nach bem fechsjährigen Durchschnitt ober nach einer anzustellenden Schätzung, im Uebrigen nach dem ortsüblichen Werthe. Der auf dem gerale und wogen aben zu gegad

Ueber die Boraussehungen der Uebernahme, die Höhe des Uebernahmepreises und die Zahlungsbedingungen entscheidet nach Anhörung der Betheiligten und des Diözesan-Synodalvorstandes das Konsistorium. Die Festsehung erfolgt burch bas Konsstarium nach Anhborung des Stellen-

inhabers umb bes Diczesan-Spnobal. 11 . ?

Wegen der Auseinandersetzung zwischen dem Stelleninhaber und der Kirchengemeinde finden die Vorschriften, welche über die Auseinandersetzung zwischen dem Stelleninhaber und dem Amtsnachfolger gelten, mit der Maßgabe Unwendung, daß, wenn eine Einigung nicht erzielt wird, nach Anhörung des Diözefan-Synobalvorstandes das Konsistorium endgültig entscheibet.

versicherten Pfarrstellen Umlagen aus. 3frei gen mussen, wird ein von dem Ron-

Auf besonderen Rechtstiteln oder auf öffentlichem Recht beruhende Verpflichtungen Dritter gegenüber der Pfarrstelle bleiben bestehen.

Das Kirchengesetz findet feine Unwendung auf diejenigen Pfarrstellen, welche bei der Alterszulagekasse nicht versichert sind, soweit dieses Geset nicht felbst Albweichungen vorsieht. Buddier, Justigen der Grundlichte zur Schlotz

Allterszulagekaffenbeiträge für neu zu aring die Pfarrstellen und behufe Besoldung

Die nach bem Inkrafttreten biefes Kirchengesetes neu errichteten Pfarrstellen, deren Einkommen unter 4 800 Mark beträgt, unterliegen den Vorschriften dieses Kirchengesetzes mit der Maßgabe, daß ein Grundgehalt von 1 800 Mark bereit zu stellen ist.

gabe eines von ihm unter Lugiehung b. 81. Emunt Spnobalausschusies aufzustellen

Im Falle der späteren Erhöhung des Stelleneinkommens einer Pfarrstelle auf 4800 Mark und darüber verbleibt es bei der Anwendung dieses Kirchengesetzes. Bei einer späteren Verminderung des Stelleneinkommens unter 4 800 Mark hat die Kirchengemeinde eine Besoldung von 4 800 Mark zu gewähren, sofern die Stelle nicht zur Versicherung bei der Alterszulagekasse zu-gelassen wird (§. 11 der Satungen). In letterem Falle finden die Vorschriften dieses Kirchengesetzes auf diese Pfarrstelle Anwendung.

§. 19.

Die Höhe des Stelleneinkommens wird das erfte Mal für den 1. Oktober 1897 ermittelt und festgesett.

Im Bedarfsfalle kann später eine erneute Festsehung stattfinden. Die nach §. 2 erfolgte Festsetzung des Grundgehalts wird dadurch nicht berührt.

Für die Berechnung des Stelleneinkommens find die für die Alterszulagefaffe geltenden Grundfäte maßgebend. geield eggid adangingle donn sie Enginmolnie

(Nr. 10010.)

lleber bie Voranssehungen ber 11ebernahme, bie Sohe bes llebernahmer veilies und bie Sablungsbedingungen .02 .. Teibet nach Inbörung ber Betheiligten Ueber die jeweilige Sohe des Stelleneinkommens beschließt das Presbyterium. Die Festsetzung erfolgt durch das Konsistorium nach Anhörung des Stelleninhabers und des Diözesan=Synodalvorstandes.

Die Berabsetzung bes Stelleneinkommens ift nur mit Genehmigung bes

Konfistoriums zulässig.

S. 21. doro bie nodnit eduimpnedrift. Behufs Gemährung von Beibülfen an folche Kirchengemeinden, welche zur Aufbringung der Grundgehälter, Zuschüffe und Alterszulagekaffenbeiträge für die beim Infrafttreten dieses Rirchengesetzes bestehenden und bei der Allterszulagekasse versicherten Pfarrstellen Umlagen ausschreiben muffen, wird ein von dem Konsister meck gemährte Suschußfonds gegründet, in welchen die vom Staate für diefen Zweck gewährte Summe flieft.

Ueber die Gewährung von Beihülfen beschließt das Konfistorium unter

Mitwirfung des Gesammt-Spnodalausschusses.

Das Kirchemacieh findet fem. 221. Joendung auf Diejenigen Affarrstellen,

Behufs Gewährung von Beihülfen an leiftungsunfähige Kirchengemeinden, welche zur Aufbringung der Grundgehälter, Zuschüffe, Miethsentschädigungen und Alterszulagekassenbeiträge für neu zu gründende Afarrstellen und behufs Befoldung von Hülfspfarrern Umlagen ausschreiben muffen, wird ein landesfirchlicher Hülfsfonds gegründet, für welchen alljährlich eine Umlage von einem Prozent der von den Mitaliedern der evangelischen Kirchengemeinschaften des Konfistorialbezirks zu zahlenden Staatseinkommensteuer erhoben wird.

Der landeskirchliche Hülfsfonds wird durch das Konfistorium nach Maßgabe eines von ihm unter Zuziehung des Gefammt-Synodalausschuffes aufzustellen-

den Regulativs verwaltet. isnollst Sod pundodre norther vod ollog m?

auf 4800 Mart und barüber verblege. 2 bei ber Amvendung dieses Kirchen-

Die Bestimmungen des S. 3 ber Satungen bezüglich der Zusammensetzung des Verwaltungsausschusses und des S. 24 bezüglich der Gewährung von Tagegelbern und Reisekostenvergütungen finden, vorbehaltlich des Zustandekommens übereinstimmender Kirchengesetze der am Pfarr-Wittwen- und Waifenfonds betheiligten Landesfirchen, auf den gemäß Kirchengefet vom 31. März 1895 gebildeten Pfarr-Wittwen- und Waisenfonds Unwendung.

Die Sing des Stelleneinfangen 24. Die bas erfte Mal für den I. Oliober

Bis zum Erlaß eines anderweitigen Kirchengesetes erhalten die zum Bezug Des Sterbes und Gnadenguartals Berechtigten bei denjenigen Pfarrstellen, welche bei der Alterszulagetaffe versichert sind, vorbehaltlich ihres Alnspruches auf Fortgewährung der Dienstwohnung oder der Miethsentschädigung, anstatt des Stelleneinkommens die nach Maßgabe dieses Gesetzes zu zahlenden Grundgehälter, Zuschüffe,

Entschädigungen und Alterszulagen auf die Dauer von sechs Monaten nach dem Tage des Ablebens des Geiftlichen. In der Diözese Rinteln erstreckt sich das Bezugsrecht auf den Sterbemonat und sieben weitere Monate.

im Falle seiner Bebinderung eintretegter, Stellvertreter und vier Mitgliedern. Falls zum Bezug bes Sterbe- und Gnadenquartals berechtigte Personen nicht vorhanden sind, kann das Konsistorium auch unversorgten, zum Hausstand gehörenden Familienangehörigen des Pfarrers die Bezüge des S. 24 bis auf die Dauer von sechs Monaten gewähren.

betbeiligten Lindesfirchen aus ihrer 9.32.31 die sebesmalige Daner der Spnodal-

Der Zeitpunkt, mit welchem bieses Kirchengeset in Kraft tritt, wird durch Könialiche Verordnung bestimmt.

a) die Generalfingede ber en 27.0 den Landestirche ber alteren Pro-

Das Konsistorium wird mit der Ausführung dieses Kirchengesebes beauftragt.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichen Insiegel.

Gegeben Travemunde an Bord M. D. "Hohenzollern", den 2. Juli 1898.

(L. S.) Wilhelm.

e) die stronge durche der evangelischen Kurche des Kon-filterlativezirks Wicesbaden

Die Gewählten bleiben, nagungbast des Verwaltungsansschusses.

bis eine Neuwahl erfolgt ist. Für Der Foll, dag die Gewählten die Sprodal-angebörigkeit verlieren, oder behinder dunffortod den Verathungen des Verwaltungs-

bie Allterszulagekasse für evangelische Geistliche der im Gebiete des Preußischen Staats vorhandenen evangelischen Landeskirchen.

Die Klichengemeinden find verofightet, die dauernd errichteten Afarre

Die Alterszulagekasse für evangelische Geistliche bildet eine gemeinsame Ginrichtung der im Gebiete des Preußischen Staats vorhandenen evangelischen Landesfirchen behufs Versicherung der Zahlung von Alterszulagen an Geiftliche. Sie wird unter dem Namen "Allterszulagekasse für evangelische Geiftliche" von einem Vorstande und einem Verwaltungsausschusse als selbständiger Fonds bei ber Alterszulagefasse behufs Gerulhrung von Alterszulagen zu verschaftener

(Nr. 10010.)

Entschäbigungen und Allerägulagen auf die Dauer von sche Monalen nach bem Tage des Ablebens des Gestlichen. . 2018, er Diczele Rinteln erstreckt sich das

Der Vorstand der Alterszulagekasse besteht aus dem Vorsitzenden, einem im Falle seiner Behinderung eintretenden Stellvertreter und vier Mitgliedern. Der Vorsitzende, sein Stellvertreter und die übrigen Mitglieder des Vorstandes werden vom Könige ernannt.

gehörenden Familienangehörigen des Nengers die Begüge des S. 24 bis auf die

Der Verwaltungsausschuß wird auß 55 von den obersten Synoden der betheiligten Landeskirchen auß ihrer Mitte auf die jedesmalige Dauer der Synodals periode zu wählenden Synodaldeputirten gebildet.

Es haben zu wählen:

- a) die Generalsynode der evangelischen Landeskirche der älteren Pro-

Die Gewählten bleiben so lange Mitglieder des Verwaltungsausschusses, bis eine Neuwahl erfolgt ist. Für den Fall, daß die Gewählten die Synodalangehörigkeit verlieren, oder behindert sind, an den Verathungen des Verwaltungsausschusses theilzunehmen, werden eben so viele Stellvertreter gewählt, welche in einer bei der Wahl zu bestimmenden Reihenfolge einberusen werden.

S. 4.

Die Kirchengemeinden sind verpflichtet, die dauernd errichteten Pfarrstellen, welche

- a) am 1. Oktober 1897 ein Stelleneinkommen von weniger als 4800 Mark hatten,
- b) später mit einem Stelleneinkommen von weniger als 4800 Mark errichtet sind oder werden,

bei der Alterszulagekasse behufs Gewährung von Alterszulagen zu versichern.

S. 5.

Die Versicherung erfolgt

bei einem Stelleneinkommen

	uı	nter	3600	Mark	in	Rlaffe	I,
von	3600	bis	3899	=	=	=	II,
	3900	=	4199				III,
	4200	=	4499		=		IV,
=	4500	=	4799	=	=		V.

Bei den am 1. Oktober 1897 bestehenden Pfarrstellen ist das an diesem Tage vorhandene Stelleneinkommen, bei den in der Zeit vom 1. Oktober 1897 bis zum Inkrafttreten der Kasseneinrichtung errichteten Pfarrstellen das am Tage

der Errichtung vorhandene Stelleneinkommen zu Grunde zu legen.

Pfarrstellen, welche mit ober nach dem Inkrafttreten der Kasseneinrichtung errichtet werden, sind in Klasse I zu versichern. Die Versicherungspflicht mehrerer dauernd verbundener Pfarrämter bemißt sich nach der Gesammtsumme des Stelleneinkommens.

S. 6.

Der Versicherungspflicht unterliegen nicht die Pfarrstellen der Militär- und Anstaltsgeistlichen, ferner solche Pfarrstellen,

a) welche mit einem anderen Amte als einem kirchlichen dauernd verbunden sind, und deren Inhaber nach den bisherigen Bestimmungen Aufbesserungs- und Alterszulagen aus Staatsfonds zu erhalten nicht berechtigt waren,

b) beren Inhabern durch besondere Gehaltsregulative oder ähnliche Einrichtungen am 1. Oktober 1897 mindestens dieselben Bezüge, wie durch

das Kirchengesetz und diese Satzungen, zugesichert sind.

Unterliegen die letzteren Pfarrstellen, ungeachtet bestehender Regulative oder entsprechender anderer Einrichtungen, der Versicherungspflicht, so ist die Verssicherungsklasse nach dem Mindestbetrage des Gehalts zu bestimmen.

S. 7.

Die Alterszulagekasse zahlt den Inhabern der bei ihr versicherten Pfarrstellen Alterszulagen von je 600 Mark in fünfjährigen nach dem Dienstalter bemessenen Abschnitten, dergestalt, daß gewährt werden:

in Klasse I

bom	vollendeten	5.	Dienstjahre	ab	600	Mark,
	=			=		
		15.		=	1800	=
	the subject	20.	Printle tonic		2400	=
196		25.	mot seriou ,	A. J. Mark Errary		
L 1898	(Nr 10010.)				41	

Gefet Gamml. 1898. (Nr. 10010.)

in	Rlaffe	· II						
	pom 1	vollendeten	10.	Dienstjahre	ab		600 Ma	rf,
	=		15.	=	=		1200 =	
		=	20.	. 401		11. 11. 11. 11. 11. 11. 11. 11. 11. 11.	1800 =	
	=	L. Shin	25.	10690, 4984			2400 =	i
in	Rlaff	e III						
	nom 1	vollendeten	15.	Dienstjahre	ab		600 Ma	rf,
	=	1		= 007	= , ,		1200 =	
	=	=	25.	=				i
in	Rlass	e IV						
not grown	pom	vollendeten	20.	Dienstjahre	ab	ed contentity	600 Ma	rt,
	=======================================	Just Mann	25.	n manfanoimi	- F + + + + + + + + + + + + + + + + + +	MANAGER CO	1200 =	i
ni incidium	Rlaff							
	mod	vollendeten	25.	Dienstjahre	ав	en, finb. in	600 Ma	rf.
				Dennist. Heb				
				0 0				

S. 8.

Der Bezug der vierteljährlich im Voraus zu zahlenden Allterszulagen beginnt mit dem Ablaufe desjenigen Monats, in welchem die erforderliche Dienst-

zeit vollendet wird.

Im Falle des Todes des Geistlichen wird die Alterszulage für den Sterbemonat, den darauf folgenden Monat und dis zu weiteren sechs Monaten an diejenigen Bezugsberechtigten gewährt, welche von dem zuständigen Konsistorium als solche bezeichnet werden.

b) beren Inhabern burch belo. 9.2 Gebaltsregulative ober abuliche Cin-

Die Kirchengemeinden haben für jede versicherte Alterszulage von 600 Mark je 300 Mark Alterszulagekassenbeiträge jährlich an die Alterszulagekasse zu entrichten, dergeskalt, daß der Jahresbeitrag beträgt;

in	Rlaff	e I	如功德	.190.	1190	unth	1500	Mart,
		III.						
		ш						
=	=	IV		.7. 2			600	=
7.1911		No.						DD FISSE
								0

den eine fra §. 10. da thatspred methodolog menifered

Der Vorstand der Alterszulagekasse entscheidet endgültig, ob die gesetzlichen Voraussetzungen für die Versicherungspflicht vorliegen.

S. 11.

Falls das Stelleneinkommen einer Pfarrstelle, welches sich auf 4800 Mark ober darüber belief, durch Ereignisse, welche von der Entschließung der Betheiligten

unabhängig sind, unter den Betrag von 4800 Mark sinkt, ist der Vorstand ermächtigt, auf Untrag der Kirchengemeinde die Versicherung zuzulassen.

darround panideformes unbiliden rolling. 12,000 fun noublined and old (1

Im Uebrigen bleibt es der Beschlußfassung des Verwaltungsausschusses überlassen, zu bestimmen, ob und unter welchen Bedingungen weitere freiwillige Versicherungen von Alterszulagen zuzulassen sind.

3) die Fruhrtesten der Geilligen Zu Gostesdiensten und anderen Almis-

Für die Ermittelung des Stelleneinkommens sind folgende Grundsätze maßgebend:

1) zum Stelleneinkommen sind alle Einnahmen und Nutzungen zu rechnen, welche dem Geistlichen in Nücksicht auf sein kirchliches Umt während der Umtsdauer zufließen, einschließlich der aus Kirchensteuern auffommenden Beträge und der aus der Kirchenkasse oder von sonstigen Dritten gewährten Zuschüsse;

2) der Ertrag der zur Stelle gehörigen Grundstücke ist, wenn sie verpachtet sind, nach dem laufenden Pachtzins mit Einschluß des ortsüblichen Werths vertragsmäßiger Nebenleistungen, bei fürzeren Verpachtungen und Selbstbewirthschaftung nach dem Durchschnitt des Ertrages der letzen sechs Wirthschaftsjahre in Ansatzu bringen.

Naturalbezüge an Getreibe sowie sonstigen Früchten und Erzeugnissen werden nach dem sechsjährigen Durchschnitt der Marktpreise des nächsten Marktortes berechnet, Holzbezüge nach der Forsttage des nächsten Königlichen Forstreviers.

Stolgebühren und Accidenzien werden nach dem fechsjährigen Durchschnitt

berechnet.

Wo die vorstehend erwähnten Einzelbeträge nicht mit Sicherheit zu ermitteln sind, ist der Durchschnittsbetrag durch Schätzung festzustellen.

S. 14.

Bei der Berechnung des Stelleneinkommens bleiben außer Ansatz:

1) die Dienstwohnung nebst Hausgarten, sowie die an ihrer Stelle gewährte

Miethsentschädigung;

2) die staatlichen, bisher aus dem Fonds Kapitel 124 Titel 2 des Staatshaushalts-Etats den Geistlichen gewährten Ausbesserungs- und Alterszulagen;

3) Nebeneinnahmen für geistliche Bedienung der Korrektions-, Irren-, Kranken- und ähnlichen Anstalten, für die Militärseelsorge, sowie für

Lehrthätigkeit an Unterrichtsanstalten;

4) das Einkommen aus vorübergehender gleichzeitiger Verwaltung einer anderen Pfarrstelle;

5) freiwillige Gaben.

41 *

§. 15.

Von dem Stelleneinkommen sind abzusetzen:

1) die aus demselben auf Grund spezieller rechtlicher Verpflichtung dauernd zu leistenden Zahlungen, insbesondere die Abgaben und Lasten, welche auf den zur Stelle gehörigen Grundstücken ruhen;

2) die bei Erhebung der Stelleneinkunfte unvermeidlichen Kosten und

Verluste;

3) die Fuhrkosten der Geistlichen zu Gottesdiensten und anderen Amtshandlungen, soweit sie bisher aus dem Stelleneinkommen zu bestreiten waren.

§. 16.

Die beim Inkrafttreten dieser Kasseneinrichtung im Amte besindlichen Inhaber derjenigen Pfarrstellen, welche bei der Alterszulagekasse zu versichern sind, hat die Alterszulagekasse für die Verluste schadlos zu halten, welche ihnen in ihrem Einkommen dadurch erwachsen, daß die Einkünste der Pfarrstelle auf die Kirchengemeinde übergehen.

Für die Berechnung des Einkommens und die Höhe der hiernach zu bemessenden Entschädigung sind die Bestimmungen der SS. 13 bis 15 mit der Maßgabe entscheidend, daß vorübergehende Belastungen der Stellen, insbesondere die Pfründenabgaben, vom Zeitpunkte des Wegfalls in Betracht kommen.

Die Entschädigungen werden vom Vorstande festgesetzt und so lange gezahlt, bis der gegenwärtige Stelleninhaber durch anderweite Verbesserung ein dem früheren mindestens gleiches Gesammtdiensteinkommen erreicht, oder bis er seine bisherige Stelle verläßt.

Stirbt der berechtigte Geiftliche vorher, so finden die Vorschriften des §. 8

Absat 2 Unwendung.

Die Geistlichen sind verpflichtet, von jeder Verbesserung ihres Gesammtdiensteinkommens dem Vorstande durch Vermittelung des zuständigen Konsistoriums Mittheilung zu machen.

§. 17.

Hinsichtlich der Berechnung des Dienstalters der Geistlichen sind die zur Zeit bei der Verwaltung des Pfarr-Wittwen- und Waisensonds maßgebenden Grundsätze so lange entscheidend, als nicht auf dem in diesen Satungen vorgeschriebenen Wege eine Abänderung erfolgt.

§. 18.

Der Vorstand vertritt die Alterszulagekasse und führt die laufenden Geschäfte derselben. Er sorgt durch Vermittelung der zuständigen Kirchenbehörde für die Einziehung der Kassenbeiträge der Gemeinden und für die Auszahlung der Alterszulagen. Er stellt den Stat der Alterszulagekasse auf und legt alljährlich dem Verwaltungsausschusse die Rechnung über das abgelausene Rechnungsjahr zur Abnahme vor.

S. 19.

Der Verwaltungsausschuß, welcher sich auf Einladung des Vorstandes alljährlich mindestens einmal versammelt, wählt aus seinen Mitgliedern seinen Borfitenden und beffen Stellvertreter. Seine Beschluffe werden nach Stimmenmehrheit der erschienenen Mitglieder gefaßt, wobei im Falle der Stimmengleichheit Die Stimme des Vorsitzenden entscheidet.

Der Verwaltungsausschuß, welcher seine Geschäftsordnung selbständig regelt, hat zu beschließen:

1) über Feststellung des Etats und Abnahme der Rechnung der abge-

laufenen Rechnungsperiode;

2) über Erhöhung der den Geistlichen zu gewährenden Alterszulagen und Albkurzung der Steigerungsperioden, wobei in erster Linie auf Bereitstellung von Zulagen an Geistliche unter fünf Dienstjahren auf Stellen der Klasse I Bedacht zu nehmen ist;

3) über die Erhöhung oder Verminderung der von den Kirchengemeinden zu entrichtenden Kaffenbeiträge, wobei es zuläffig ift, die Kaffenbeiträge

nach den Versicherungsklassen verschieden abzustufen;

4) über Abanderung der Grundsate, betreffend die Berechnung des Stellen-

einkommens und des Dienstalters der Geistlichen; 5) über wichtige Angelegenheiten der Verwaltung der Alterszulagekasse, welche ihm von dem Vorstande zur Beschlußfassung vorgelegt oder innerhalb des Ausschuffes angeregt werden.

S. 20.

Die Mitglieder des Vorstandes können an den Verhandlungen des Verwaltungsausschuffes mit berathender Stimme theilnehmen und muffen jederzeit gehört werden.

Die Beschlüsse des Verwaltungsausschusses bedürfen, abgesehen von der

Rechnungsabnahme, zu ihrer Gültigkeit der Zustimmung des Vorstandes.

S. 21.

So lange eine Landeskirche nicht durch Kirchengesetz der Alterszulagekasse angeschlossen ist, sind die auf sie bezüglichen Vorschriften dieser Satzungen als ruhend zu behandeln.

S. 22.

Darüber, ob und unter welchen Bedingungen der Anschluß an die Alterszulagekasse auch anderen landeskirchlichen Gemeinschaften gestattet werden kann, beschließt der Verwaltungsausschuß.

§. 23.

Die Legitimation der in den Berwaltungsausschuß gewählten Synodalvertreter erfolgt durch eine Bescheinigung, welche von der zuständigen Kirchen-(Nr. 10010.)

behörde auszustellen und durch Vermittelung des Vorstandes dem Verwaltungsausschusse vorzulegen ist.

S. 24.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschuffes erhalten Tagegelder und Reisekostenvergütung aus der Alterszulagekasse nach den für die Staatsbeamten der vierten Rangflaffe gegenwärtig geltenden gesetlichen Bestimmungen vorbehaltlich anderweiter Normirung durch den Berwaltungsausschuß. Dieselbe trägt auch die Rosten ber Zusendung ber Alterszulagen an die bezugsberechtigten Geistlichen.

Den obersten Synoden der an der Alterszulagekasse betheiltigten Landesfirchen sind die von dem Verwaltungsausschuffe abgenommenen Rechnungen über die Verwaltung der Kaffe durch die Vermittelung der zuständigen Kirchenbehörden

mitzutheilen.

§. 25. Harring non puntan

Der Vorstand regelt die näheren Modalitäten wegen Einziehung ber Raffenbeiträge, sowie Auszahlung der Alterszulagen und Entschädigungen. ju entrichtenden Kaffenbeiträge, mobei es zuläffig ift, die Kaffenbeiträge

ansinfuedo modelotr & 26, olleparroccitre es mod chon

Abanderungen dieser Satzungen sind nur durch übereinstimmende Kirchengesetze der betheiligten Landeskirchen zulässig.

weld e ibin von dem Borftande zur Beschluffassung vorgelegt ober innerhalb des Russchusse angeregt werden.

Alulage 5.

Airchengeset, and an annual Kirchengeset, and an antiquiste of

gehort werden. Des Verrage dereffend harres bekirrten, abgeschen von der das Diensteinkommen der Geistlichen des Konsistorialbezirks Wiesbaden. Vom 2. Juli 1898. So lange eine Landesfirche nicht durch Rinchengelet der Alterstulagelasse augefählessen liefen Sagungen als

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen 2c. verordnen für den Amtsbezirk des Konsistoriums zu Wiesbaden, mit Zustimmung der Bezirkssynode, was folgt:

S. 1.

Jeder in einem dauernd errichteten Pfarramt des Konfistorialbezirks Wiesbaben fest angestellte Geistliche, mit bessen Pfarrstelle bei Intrafttreten biefes Kirchengesetzes ein Stelleneinkommen von weniger als 4800 Mark verbunden ift, erhält ein Diensteinkommen, welches besteht:

and a) in einem Grundgehalt, I mis Modopamiolo mus spublica marchiorop

b) in Alterszulagen, c) in Dienstwohnung oder angemessener Miethsentschädigung.

a, Grundgehalt.

(00 4) (00 5) (00 5) (00 5) (00 5) (00 5) (00 5) (00 5) (00 5) (00 5) (00 5) (00 5) (00 5) (00 5)

Das Grundgehalt ist vierteljährlich im Boraus zahlbar und beläuft sich für die am 1. Oktober 1897 vorhanden gewesenen Pfarrstellen, je nachdem das Stelleneinkommen an diesem Tage betrug:

	unter	3600	Mark	(Rlasse I)	auf	. 1800	Mart,
619				(* II)			
654	3900 =	4199		(= III)	25,*	. 3000	4.8
4	1200 #	4499	mail a	(= IV)	Amaria . h	. 3600	190
4	1500 =	4799	-	(. V)	* * * * * * *	. 4200	

Das Grundgehalt für die in der Zeit nach dem 1. Oktober 1897 bis zum Inkrafttreten Dieses Kirchengesetes errichteten Pfarrstellen ist nach den vorstehenden Bestimmungen auf Grund des am Tage der Errichtung vorhandenen Stelleneinkommens zu bemeffen. von vellendeten 20. Diei. 81.3 re. ab r

Mit Genehmigung des Konfistoriums können neben dem Grundgehalt einer Pfarrstelle feste Zuschüffe dauernd bewilligt, auch können dem Stelleninhaber Zuschüffe auf Zeit oder auf die Amtsdauer gewährt werden.

S. 4.

Bei Pfarrstellen,

1) für welche ein Grundgehalt von 1800 Mark nach den örtlichen Verhältnissen als unauskömmlich zu erachten ist,

2) beren Berwaltung besonders schwierig oder anstrengend ift,

3) deren Befetzung aus sonstigen Gründen bei ben Grundgehältern des S. 2 nicht zu ermöglichen ift,

fann das Konfistorium unter Mitwirkung des Bezirks-Synodalausschusses nach Anhörung der Kirchengemeinde und des Kreis-Synodalvorstandes anordnen, daß ein Zuschuß bis zum Betrage von 600 Mark zum Grundgehalt auf die Dauer oder auf Zeit gewährt wird.

b. Alterszulage.

S. 5. moderatien Mindleden Stelleninderen mit der Diejenigen Stelleninhaber, welche das fünfte Dienstjahr vollendet haben, erhalten Alterszulagen, welche die nach Maßgabe des S. 2 normirten Grund-(Nr. 10010.)

gehälter in fünfjährigen, nach dem Dienstalter bemessenen Abschnitten um je 600 Mark steigern, dergestalt, daß dieselben, unbeschadet der nach den §§. 3 und 4 gewährten Zuschüsse zum Grundgehalt, ein Diensteinkommen zu beziehen haben:

in K	lasse	I be	ei ein	em (Grund	gehalte	od :	n 1	800 \$	Mark:		
po	m v	ollen	deten	5.	Diens	tjahre	ab	von.	in in a c		. 2400	Mart,
	=			CONTRACTOR OF THE PARTY OF THE				=			. 3000	=
						doinn.						
						1.2					. 4200	
	•	da		25.	mi t	black		=			. 4800	s j
in K	lasse	II	bei ei	nem	Grun	dgehal	te v	on 2	2400	Mark	: 1 mn	
pc	m v	ollen	deten	10.	Diens	tjahre	ab	von	HIGH	. 7.9 . 7	. 3000	Mark,
											. 3600	= '
	s ()(240		20.	(1)			=	668.8		. 4200	
	. 01	008		25.	W(H)			=	661.1		. 4800	= ;
in K	Classe	III	bei e	inem	Grun	ndgeha	Ite i	oon	3 000	Mar	t:	
bo	m	ollen	deten	15.	Dient	tiabre	ab	von	1799		. 3600	Mark,
			ned	20.	1138	isa m	,010		1.116	dendry	. 4200	
		policy.	, man il	25.	liter;	第一条9年					. 4800	B will
in S	classe	IV	bei (einem	Gru	ndgeha						nebenbe
						0 '					. 4200	Mark.
											. 4800	= ;
						dgehal						n bro
						0 /						mr
pi	om r	ouen	toeten	45.	Dien	Manre	ab	pon			. 4800	weart.

§. 6.

Die Alterszulagen werden von der Alterszulagekasse für evangelische Geistliche gezahlt, welche als gemeinsame Einrichtung der im Gebiete des Preußischen Staats bestehenden evangelischen Landeskirchen behufs Versicherung der Alterszulagen errichtet wird.

Für die Rechte und Pflichten der Alterszulagekasse, der Geistlichen, Pfarrstellen und Kirchengemeinden, sowie für die Organisation und Verwaltung der

Raffe find die anliegenden Satungen maßgebend.

c. Dienstwohnung.

§. 7.

Die Dienstwohnung soll der Amtsstellung des Stelleninhabers und den örtlichen Verhältnissen entsprechen.

Zur Dienstwohnung gehören auch die vorhandenen, zur Bewirthschaftung der Pfarrgrundstücke nicht nothwendigen Wirthschaftsgebäude.

Wo die örtlichen Verhältnisse es thunlich und angemessen erscheinen lassen, ist als Zubehör der Dienstwohnung auch ein Hausgarten ohne Anrechnung auf das Grundgehalt bereit zu stellen.

§. 8.

Ausnahmsweise kann mit Genehmigung des Konsistoriums statt der Dienstwohnung eine Miethsentschädigung gewährt werden, welche in einer vierteljährlich im Voraus zahlbaren Geldsumme zu bestehen hat und eine ausreichende Entschädigung für die nichtgewährte Dienstwohnung darstellt.

S. 9.

Ueber die Höhe der Miethsentschädigung, sowie über die Frage, ob und in welchem Umfange ein Haußgarten zu gewähren ist, hat die Kirchengemeinde zu beschließen. Die endgültige Entscheidung erfolgt nach Anhörung des Kreiß-Synodalvorstandes durch das Konsistorium.

§. 10.

Die Einziehung einer Dienstwohnung und eines Hausgartens ist nur mit Genehmigung des Konsistoriums zulässig.

S. 11.

Hinsichtlich der Kosten der Unterhaltung der Dienstwohnung behält es bei den bestehenden Vorschriften sein Bewenden.

Allgemeine Bestimmungen.

In Notice der späteren Erdo. 12. Calculationmens einer Alfarestelles

Die Kirchengemeinde hat dem Stelleninhaber das Grundgehalt und die Zuschüsse (§§. 2, 3 und 4), sowie die Dienstwohnung und einen Hausgarten beziehungsweise eine Miethsentschädigung (§§. 7, 8 und 9) zu gewähren und die Pfarrstelle bei der Alterszulagekasse nach Maßgabe ihrer Sahungen zu versichern.

Auf die Kirchengemeinde geht dagegen der Nießbrauch des Stellenvermögens der in §. 2 genannten Pfarrstellen mit allen damit verbundenen Rechten und Pflichten über. Soweit die in Folge dessen erzielten Einnahmen nicht zur Deckung der Grundgehälter, Alterszulagekassenbeiträge und Zuschüsse erforderlich sind, müssen sie auch ferner ihrer Bestimmung zum Besten des Pfarrdienstes erhalten bleiben.

Bezüglich der Aufsicht über die Verwaltung des Stellenvermögens bleiben die bestehenden Vorschriften unberührt.

§. 13.

Wegen der Auseinandersetzung zwischen dem Stelleninhaber und der Kirchengemeinde finden die Vorschriften Anwendung, welche über die Auseinanderssetzung zwischen dem Stelleninhaber und dem Amtsnachfolger gelten.

unifol remination reflections out dail \$. 14. entralligated and fifth sid offer

Dem Stelleninhaber fteht die Befugniß zu, die der Pfarrstelle gebührenden Naturalgefälle ganz oder theilweise zu übernehmen. Auch kann derselbe einzelne Pfarrarundstücke in eigene Nutung nehmen, wenn und soweit sich für ihn das Bedürfniß ergiebt, zur Beschaffung der nothwendigen Lebensmittel oder zur Gespannhaltung behufs befferer firchlicher Berjorgung der Gemeinde Grundstucke selbst zu bewirthschaften.

Der Uebernahmepreis bestimmt sich nach dem ortsüblichen Werth. Auf Anrufung von Betheiligten entscheidet ber Kreis-Synodalvorstand endgültig. Gine

Auseinandersetzung regelt sich nach S. 13.

S. 15.

Auf besonderen Rechtstiteln oder auf öffentlichem Recht beruhende Verpflichtungen Dritter gegenüber der Pfarrstelle bleiben bestehen.

§. 16.

Das Kirchengesetz findet keine Unwendung auf diejenigen Pfarrstellen, welche bei der Alterkzulagekasse nicht versichert sind.

S. 17.

Die nach dem Intrafttreten Dieses Rirchengesetes neu errichteten Pfarrstellen, beren Einkommen unter 4800 Mark beträgt, unterliegen den Vorschriften dieses Kirchengesetzes mit der Maßgabe, daß ein Grundgehalt von mindestens 1800 Mark bereit zu stellen ist. §. 18.

Im Falle ber späteren Erhöhung des Stelleneinkommens einer Pfarrstelle auf 4800 Mark und darüber bleibt es bei der Unwendung dieses Kirchengesetes. Bei einer späteren Verminderung des Stelleneinsommens unter 4800 Mark bat die Kirchengemeinde eine Befoldung von 4800 Mark zu gewähren, sofern die Stelle nicht zur Versicherung bei der Alterszulagekasse zugelassen wird (g. 11 der Satzungen). In letterem Falle finden die Borschriften Dieses Rirchengesetes auf diese Pfarrstelle Unwendung.

S. 19.

Die Höhe des Stelleneinkommens wird das erfte Mal für den 1. Oktober 1897 ermittelt und festgesett.

Im Bedarfsfalle fann später eine erneute Festsetzung stattfinden.

Für die Berechnung des Stelleneinkommens find die für die Alterszulagefasse geltenden Grundfätze maßgebend.

S. 20.

Ueber die jeweilige Höhe des Stelleneinkommens beschließt die Kirchengemeinde nach Anhörung des Stelleninhabers. Die Festsetzung erfolgt durch das Konfistorium nach Anhörung des Vorstandes der Kreissynode.

Die Verminderung des Stelleneinkommens durch Beschluß der Gemeindeorgane ift nur mit Genehmigung des Konsistoriums zulässig. Berichten unterligen, fieben welbreig bes Sterbemonde den Erbeit, nachfi

Denielben, somie nochrend einer poeter. \$. 21. Teller roud durren ben brei Monaten ben bentere Behufs Gemährung von Beibülfen an leiftungkunfähige Gemeinden, welche zur Aufbringung der Grundgehälter, Buschuffe und Alterszulagekaffenbeiträge für beim Infrafttreten dieses Kirchengesetes bestehende und bei der Alterszulagekaffe versicherte Pfarrstellen Umlagen ausschreiben muffen, wird ein von dem Konsistorium zu verwaltender Zuschuffonds gegründet, in welchen die vom Staate für diesen Zweck gewährte Summe fließt.

Ueber die Gewährung der Beihülfen beschlieft das Konsistorium. zeit befindlichen Hinrechliebenen für die vitarirenden Geifflichen ober einen be-

Behufs Gewährung von Beihülfen an leiftungsunfähige Kirchengemeinden, welche zur Aufbringung der Grundgehälter, Buschuffe, Miethsentschädigungen und Alterszulagekaffenbeiträge für neu zu gründende Pfarrstellen Umlagen ausschreiben mussen, wird ein landeskirchlicher Hulfsfonds gegründet, für welchen alljährlich eine Umlage im Betrage von einem halben Prozent der von den Mitgliedern der evangelischen Kirche des Konfistorialbezirks Wiesbaden im Vorjahre gezahlten Staatseinkommensteuer erhoben wird.

Der landeskirchliche Hulfsfonds wird durch das Konsistorium nach Maßgabe eines von ihm unter Zuziehung des Bezirks-Synodalausschusses aufzustellenden Regulativs verwaltet. Maddining dunching vod iden genedaldreimiet use Regulativs verwaltet.

11ebergangsbestimmungen.

§. 23.

Die in den Rubestand versetzten Pfarrer sind ferner nicht als fest angestellte Geiftliche anzusehen. Sie behalten den Anspruch auf das ihnen zugewiesene Rubegehalt in dem bisherigen Umfange. Benutt ber Emeritus die Dienstwohnung, so ist er verpflichtet, für die Zwecke des Pfarrdienstes Wohnräume in dem bisher den Pfarrvikaren gewährten Umfange zur Verfügung zu stellen; hierauf ist der Anspruch auf eine Dienstwohnung im Sinne des S. 1c beschränkt.

Die Besetzung der hiernach erledigten Pfarrstellen regelt sich nach den bis-

herigen Vorschriften.

Bis zum Erlasse einer Emeritirungsordnung zahlt ber Centralfirchenfonds für jede Pfarrstelle, bei welcher ein Emeritus vorhanden ist, an die Kirchengemeinde den jährlichen Betrag von 1 200 Mark. Auch ist das Konsistorium unter Mitwirtung des Bezirks-Synodalausschusses ermächtigt, Beihülfen aus landeskirchlichen Mitteln ben Kirchengemeinden zu gewähren, insoweit sie aus dem Stellenvermögen Mittel zur Deckung des Grundgehaltes und des Alterszulagekaffenbeitrages in Folge der gegenwärtigen Art der Aufbringung des Ruhegehalts nicht entnehmen und aus dem Zuschuffonds nicht ausreichend unterstützt werden können.

42* (Nr. 10010.)

§. 24.

Bei denjenigen Pfarrstellen, welche den durch dieses Kirchengesetz gegebenen Vorschriften unterliegen, stehen während des Sterbemonats den Erben, nächst denselben, sowie während einer weiteren Gnadenzeit von drei Monaten den Hinterbliebenen die Fortsetung des Nießbrauchs der Dienstwohnung und des Haußgartens beziehungsweise die Miethsentschädigung sowie das Grundgehalt der Stelle, die Alterszulagen und Zuschüsse zu.

Wo die Gnadenzeit länger als drei Monate dauert, wird den Hinterbliebenen der gleiche Anspruch entsprechend dieser längeren Dauer bis zum Höchst=

betrage von sechs Monaten gewährt.

Die bisherigen Bestimmungen über Leistungen der im Genuß der Gnadenzeit befindlichen Hinterbliebenen für die vikarirenden Geistlichen oder einen be-

stellten Vikar bleiben unberührt.

Als Hinterbliebene im Sinne dieses Gesetzes sind bezugsberechtigt, soweit sie nicht rechtmäßig enterbt sind, die Wittwe sowie die ehelichen Nachkommen, Stieffinder und an Kindesstatt angenommenen Kinder des verstorbenen Geistlichen, welche während der Sterbe= oder Gnadenzeit berechtigt gewesen wären, ihren Unterhalt von ihm zu empfangen. Sind bezugsberechtigte Hinterbliebene nicht vorhanden, so ist das Konsistorium besugt, den Eltern, Geschwistern und Geschwistersindern des verstorbenen Geistlichen, welche wegen Mangels eigener Mittel von ihm ihren Unterhalt empfangen haben, in besonderen Fällen die Gnadenzeit auf drei Monate zu gewähren.

Den Hinterbliebenen steht der Anspruch gemeinschaftlich zu.

Ist eine Wittwe vorhanden, so gebührt ihr allein die Erhebung und — unbeschadet der Rechte der Betheiligten — die einstweilige Verfügung über die

Verwendung der Bezüge.

Ist eine Wittwe nicht vorhanden, oder erhebt dieselbe die Bezüge nicht, so erfolgt die Erhebung durch einen gemeinsamen Vertreter. Bis die Bestellung eines solchen seitens der Nächstbetheiligten bewirkt ist, kann das Konsistorium eine einstweilige Vertretung anordnen. In diesem Falle werden Einwendungen über die Verwendung der Bezüge durch das Konsistorium entschieden.

§. 25.

Die Bestimmungen des §. 3 der Satzungen bezüglich der Zusammensetzung des Verwaltungsausschusses und des §. 24 bezüglich der Gewährung von Tagegeldern und Reisekostenvergütungen sinden, vorbehaltlich des Zustandekommens übereinstimmender Kirchengesetze der am Pfarr-Wittwen- und Waisensonds betheiligten Landeskirchen, auf den gemäß Kirchengesetz vom 31. März 1895 — Kirchliches Umtsbl. S. 29 — gebildeten Pfarr-Wittwen- und Waisensonds Unwendung.

§. 26.

Der Zeitpunkt, mit welchem dieses Kirchengeset in Kraft tritt, wird durch Königliche Verordnung bestimmt.

S. 27.

Das Konfistorium wird mit der Ausführung dieses Kirchengesetzes beauftragt.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichen Insiegel.

Gegeben Travemunde an Bord M. D. "Hohenzollern", den 2. Juli 1898.

(L. S.) Wilhelm.

Bosse.

Sahungen,

betreffend

die Alterszulagekasse für evangelische Geistliche der im Gebiete des Preußischen Staats vorhandenen evangelischen Landeskirchen.

S. 1.

Die Alterszulagekasse für evangelische Geistliche bildet eine gemeinsame Einrichtung der im Gebiete des Preußischen Staats vorhandenen evangelischen Landesfirchen behufs Verficherung der Zahlung von Alterszulagen an Geiftliche. Sie wird unter dem Namen "Allterszulagekasse für evangelische Geistliche" von einem Vorstande und einem Verwaltungsausschusse als felbständiger Fonds verwaltet.

Der Vorstand der Alterszulagekasse besteht aus dem Vorsitzenden, einem im Falle seiner Behinderung eintretenden Stellvertreter und vier Mitgliedern. Der Vorsitzende, sein Stellvertreter und die übrigen Mitglieder des Vorstandes werden vom Könige ernannt.

S. 3.

Der Verwaltungsausschuß wird aus 55 von den obersten Synoden der betheiligten Landeskirchen aus ihrer Mitte auf die jedesmalige Dauer der Synodalperiode zu mählenden Synodaldeputirten gebildet.

Es haben zu wählen:

a) die Generalsynode der evangelischen Landesfirche der älteren Provingen 32 Mitglieder,

(Nr. 10010.)

	b)	die Landessynode der evangelisch-lutherischen Kirche der			
		Proving Hannover	8	Mitglieder,	
	c)	die Gesammisnode der evangelisch-lutherischen Kirche		The Co	
		der Provinz Schleswig-Holstein	5	dright	
	d)	die Gesammtspnode der evangelischen Kirchengemein-		THE PERSON	
	1111	schaften des Konsistorialbezirks Cassel.	5	mall and	
	e)	die Bezirkssynode der evangelischen Kirche des Kon-	10	modify to Roman	
183	ilin	fistorialbezirks Wiesbaden	12	Seni	
	f)	die Gesammtsynode der evangelisch-reformirten Kirche	9	4	
		der Provinz Hannover	9		
	O:	Class "Tr' Tr Tr Tr Tr	4		

Die Gewählten bleiben so lange Mitglieder des Verwaltungsausschusses, bis eine Neuwahl erfolgt ist. Für den Fall, daß die Gewählten die Synodalangehörigkeit verlieren, oder behindert sind, an den Berathungen des Verwaltungsausschusses theilzunehmen, werden ebensoviele Stellvertreter gewählt, welche in einer dei der Wahl zu bestimmenden Reihensolge einberusen werden.

S. 4.

Die Kirchengemeinden sind verpflichtet, die dauernd errichteten Pfarrstellen, welche

a) am 1. Oktober 1897 ein Stelleneinkommen von weniger als 4800 Mark hatten,

b) später mit einem Stelleneinkommen von weniger als 4800 Mark errichtet sind ober werden,

bei der Allterszulagekaffe behufs Gewährung von Alterszulagen zu versichern.

richtung der im Gebiete des Preugischen Staats vorhandenen evangelischen Landes-

Die Versicherung erfolgt:

bei einem Stelleneinkommen

****	++1								
		u	nter	3	600	Mark	in	Rlaffe	I,
von	3	600	bis	3	899	-0 =	=	=	II.
(= m	3	900	= 9	4	199			oille r	
Cent	4	200	melle	4	499			CELLEIG	1
redeiln	4	500	Diag	4	799				1
glieber	4	500	Bard	4	799				1

Bei den am 1. Oktober 1897 bestehenden Pfarrstellen ist das an diesem Tage vorhandene Stelleneinkommen, bei den in der Zeit vom 1. Oktober 1897 bis zum Inkrafttreten der Kasseneinrichtung errichteten Pfarrstellen das am Tage der Errichtung vorhandene Stelleneinkommen zu Grunde zu legen.

Pfarrstellen, welche mit ober nach Intrasttreten der Kasseneinrichtung errichtet werden, sind in Klasse I zu versichern. Die Versicherungspflicht mehrerer dauernd verbundener Pfarrämter bemißt sich nach der Gesammtsumme des Stelleneinsommens.

(.01001 4F

Der Versicherungspflicht unterliegen nicht die Pfarrstellen ber Militär- und Anstaltsgeiftlichen, ferner solche Pfarrstellen, mand modelsmap nachrift si@

a) welche mit einem anderen Umte als einem firchlichen dauernd verbunden find und beren Inhaber nach den bisherigen Bestimmungen Aufbefferungs- und Alterszulagen aus Staatsfonds zu erhalten nicht berechtigt maren,

b) beren Inhabern burch besondere Gehaltsregulative oder ähnliche Einrichtungen am 1. Oftober 1897 mindestens Dieselben Bezüge, wie durch

das Kirchengesetz und diese Satzungen zugesichert sind.

Unterliegen die letzteren Pfarrstellen, ungeachtet bestehender Regulative oder entsprechender anderer Einrichtungen, der Bersicherungspflicht, so ist die Bersicherungsflaffe nach bem Mindestbetrage bes Gehalts zu bestimmen. Normslehungen für die Versicherungsvillicht vorliegen.

Die Alterszulagekasse zahlt den Inhabern der bei ihr versicherten Pfarrftellen Allterszulagen von je 600 Mark in fünfjährigen nach bem Dienstalter bemeffenen Abschnitten, bergeftalt, daß gewährt werden: mid feiled geduren mas

in Klasse I	pom	pollendeten	5.	Dienstjahre	ab		Mart,
ind susulation	erlichen	inde hie W	10.	der Hirchen	PD.	1200	v /18n6
	=	8	15.		=	1800	
	3		20.			2400	
Boundlemas	841	dylukte Rung	25.	and de tilli		3000	13 411/2
in Klasse II	upryda	g nodobar	10.	dini do 11		600	ment yo
tit betalle -		ten find	15.	if used inter	1	1200	obulinad
	=	=	20.	=		1800	
	=	. 61	25.	=	=	2400	* ;
in Rlaffe I	III .	enning misus	15.	and a butt	2	600	9 11115
tit buttille		=	20.	=	=	1200	
Reserved 3	ien, iind	lle Elynohn	25.	ni nontungo	3	1800	= ;
in Klaffe I	V =	dun ichifb	20.	ni machillini		600	Marie a
afficientle	in Tod	(bildallo)	25.			1200	= j
in Klaffe T	7 =	# 37G SHI	25.	mini Suppli	India	600	10.

the error der lauferen. 8. Exine mit Einkhluk des ertenbliken Der Bezug ber vierteljährlich im Voraus zu zahlenden Alterszulagen beginnt mit dem Ablaufe desjenigen Monats, in welchem die erforderliche Dienstzeit vollendet wird.

Im Falle des Todes des Geiftlichen wird die Alterszulage für den Sterbemonat, den darauf folgenden Monat und bis zu weiteren fechs Monaten an

(Nr. 10010.)

biejenigen Bezugsberechtigten gewährt, welche von dem zuständigen Konsistorium als solche bezeichnet werden.

§. 9.

Die Kirchengemeinden haben für jede versicherte Alterszulage von 600 Mark je 300 Mark Alterszulagekassenbeiträge jährlich an die Alterszulagekasse zu entrichten, dergestalt, daß der Jahresbeitrag beträgt:

in	Rlaffe	I	 		 		 	 1911	1	500	Mart,
		II	 	 	 	 	 		1	200	no inco
	3020	Ш	 		 	 	 	 .11		900	112790
		IV	 		 			 1		600	night.
	.019	V	 	 	 	 	 			300	R and

§. 10.

Der Vorstand der Alterszulagekasse entscheidet endgültig, ob die gesetzlichen Voraussetzungen für die Versicherungspflicht vorliegen.

The Allerandadelle gold be. 11. I then ber the perfidence Allers

Falls das Stelleneinkommen einer Pfarrstelle, welches sich auf 4800 Mark oder darüber belief, durch Ereignisse, welche von der Entschließung der Betheiligten unabhängig sind, unter den Betrag von 4800 Mark sinkt, ist der Vorstand ermächtigt, auf Untrag der Kirchengemeinde die Versicherung zuzulassen.

§. 12.

Im Uebrigen bleibt es der Beschlußfassung des Verwaltungsausschusses überlassen, zu bestimmen, ob und unter welchen Bedingungen weitere freiwillige Versicherungen von Alterszulagen zuzulassen sind.

§. 13.

Für die Ermittelung des Stelleneinkommens sind folgende Grundsätze maßgebend:

1) zum Stelleneinkommen sind alle Einnahmen und Nutungen zu rechnen, welche dem Geistlichen in Rücksicht auf sein kirchliches Amt während der Amtsdauer zusließen, einschließlich der aus Kirchenkteuern auffommenden Beträge und der aus der Kirchenkasse oder von sonstigen Dritten gewährten Zuschüsse,

2) der Ertrag der zur Stelle gehörigen Grundstücke ist, wenn sie verpachtet sind, nach dem laufenden Pachtzins mit Einschluß des ortsüblichen Werths vertragsmäßiger Nebenleistungen, bei fürzeren Verpachtungen und Selbstbewirthschaftung nach dem Durchschnitt des Ertrages der letzten sechs Wirthschaftsjahre in Ansatz zu bringen.

Naturalbezüge an Getreide sowie sonstigen Früchten und Erzeugnissen werden nach dem sechsjährigen Durchschnitt der Marktpreise des nächsten Marktortes berechnet, Holzbezüge nach der Forsttage des nächsten Könialichen Forstreviers.

Stolgebühren und Accidenzien werden nach dem fechsjährigen

Durchschnitt berechnet.

Wo die vorstehend erwähnten Einzelbeträge nicht mit Sicherheit zu ermitteln sind, ist der Durchschnittsbetrag durch Schätzung festzustellen.

S. 14.

Bei der Berechnung des Stelleneinkommens bleiben außer Unfat:

1) die Dienstwohnung nebst Hausgarten, sowie die an ihrer Stelle gewährte Miethsentschädigung,

2) die staatlichen, bisher aus dem Fonds Rapitel 124 Titel 2 des Staatshaushalts-Etats den Geistlichen gewährten Ausbesserungs- und Alters-

zulagen,

- 3) Nebeneinnahmen für geiftliche Bedienung der Korrektions-, Irren-, Kranken- und ähnlichen Anstalten, für die Militärseelsorge, sowie für Lehrthätigkeit an Unterrichtsanskalten,
- 4) das Einkommen aus vorübergehender, gleichzeitiger Verwaltung einer anderen Pfarrstelle,
- 5) freiwillige Gaben.

§. 15.

Von dem Stelleneinkommen find abzusetzen:

1) die aus demselben auf Grund spezieller rechtlicher Verpflichtung dauernd zu leistenden Zahlungen, insbesondere die Abgaben und Lasten, welche auf den zur Stelle gehörigen Grundstücken ruhen,

2) die bei Erhebung der Stelleneinkunfte unvermeidlichen Kosten und

Verluste,

3) die Fuhrkosten der Geistlichen zu Gottesdiensten und anderen Amtshandlungen, soweit sie bisher aus dem Stelleneinkommen zu bestreiten waren.

§. 16.

Die beim Inkrafttreten dieser Kasseneinrichtung im Amte befindlichen Inhaber derjenigen Pfarrstellen, welche bei der Alterszulagekasse zu versichern sind, hat die Alterszulagekasse für die Verluste schadlos zu halten, welche ihnen in ihrem Einkommen dadurch erwachsen, daß die Einkünste der Pfarrstelle auf die Kirchengemeinde übergehen.

Für die Berechnung des Einkommens und die Höhe der hiernach zu bemeffenden Entschädigung sind die Bestimmungen der §§. 13 bis 15 mit der Maßgabe entscheidend, daß vorübergehende Belastungen der Stellen, insbesondere die

Pfründenabgaben, vom Zeitpunkte des Wegfalls in Betracht kommen.

Die Entschädigungen werden vom Vorstande festgesetzt und so lange gezahlt, bis der gegenwärtige Stelleninhaber durch anderweite Verbesserung ein dem früheren mindestens gleiches Gesammtdiensteinkommen erreicht, oder bis er seine bisherige Stelle verläßt.

Stirbt der berechtigte Geiftliche vorher, so finden die Vorschriften des S. 8

Absat 2 Anwendung.

Die Geistlichen sind verpflichtet, von jeder Verbesserung ihres Gesammtdiensteinkommens dem Vorstande durch Vermittelung des zuständigen Konsistoriums Mittheilung zu machen.

S. 17.

Hinsichtlich der Berechnung des Dienstalters der Geistlichen sind die zur Zeit bei der Verwaltung des Pfarr-Wittwen- und Waisensonds maßgebenden Grundsätze so lange entscheidend, als nicht auf dem in diesen Satzungen vorgesschriebenen Wege eine Abanderung erfolgt.

§. 18.

Der Vorstand vertritt die Alterszulagekasse und führt die laufenden Geschäfte derselben. Er sorgt durch Vermittelung der zuständigen Kirchenbehörde für die Einziehung der Kassenbeiträge der Gemeinden und für die Auszahlung der Alterszulagen. Er stellt den Stat der Alterszulagekasse auf und legt alljährlich dem Verwaltungsausschusse die Rechnung über das abgelausene Rechnungsjahr zur Abnahme vor.

material \$. 19. manufalandid 3 mad

Der Verwaltungkausschuß, welcher sich auf Einladung des Vorstandes alljährlich mindestens einmal versammelt, wählt aus seinen Mitgliedern seinen Vorsitzenden und dessen Stellvertreter. Seine Beschlüsse werden nach Stimmenmehrheit der erschienenen Mitglieder gefaßt, wobei im Falle der Stimmengleichheit die Stimme des Vorsitzenden entscheidet.

Der Verwaltungsausschuß, welcher seine Geschäftsordnung selbständig regelt, hat zu beschließen:

1) über Feststellung des Ctats und Abnahme der Nechnung der abge-

laufenen Rechnungsperiode,

2) über Erhöhung der den Geistlichen zu gewährenden Alterszulagen und Abkürzung der Steigerungsperioden, wobei in erster Linie auf Bereitstellung von Zulagen an Geistliche unter fünf Dienstjahren auf Stellen der Klasse I Bedacht zu nehmen ist,

3) über die Erhöhung oder Verminderung der von den Kirchengemeinden zu entrichtenden Kassenbeiträge, wobei es zulässig ist, die Kassenbeiträge

nach den Versicherungsklassen verschieden abzustufen,

4) über Abänderung der Grundfätze, betreffend die Berechnung des Stelleneinkommens und des Dienstalters der Geistlichen, 5) über wichtige Angelegenheiten der Verwaltung der Alterszulagekasse, welche ihm von dem Vorstande zur Beschlußfassung vorgelegt oder innerhalb des Ausschusses angeregt werden.

S. 20.

Die Mitglieder des Vorstandes können an den Verhandlungen des Verwaltungsausschuffes mit berathender Stimme theilnehmen und müssen jederzeit gehört werden.

Die Beschlüffe des Verwaltungsausschuffes bedürfen, abgesehen von der

Rechnungsabnahme, zu ihrer Gültigkeit der Zustimmung des Vorstandes.

§. 21.

So lange eine Landeskirche nicht durch Kirchengesetz der Alterszulagekasse angeschlossen ist, sind die auf sie bezüglichen Vorschriften dieser Satzungen als ruhend zu behandeln.

S. 22.

Darüber, ob und unter welchen Bedingungen der Anschluß an die Alterszulagekasse auch anderen landeskirchlichen Gemeinschaften gestattet werden kann, beschließt der Verwaltungsausschuß.

S. 23.

Die Legitimation der in den Verwaltungsausschuß gewählten Synodalvertreter erfolgt durch eine Bescheinigung, welche von der zuständigen Kirchenbehörde auszustellen und durch Vermittelung des Vorstandes dem Verwaltungsausschusse vorzulegen ist.

S. 24.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschuffes erhalten Tagegelder und Reisekostenvergütung aus der Alterszulagekasse nach den für die Staatsbeamten der vierten Rangklasse gegenwärtig geltenden gesehlichen Bestimmungen, vorbehaltlich anderweiter Normirung durch den Verwaltungsausschuß. Dieselbe trägt auch die Kosten der Zusendung der Alterszulagen an die bezugsberechtigten Geistlichen.

Den obersten Synoden der an der Alterszulagekasse betheiligten Landestirchen sind die von dem Verwaltungsausschusse abgenommenen Rechnungen über die Verwaltung der Kasse durch die Vermittelung der zuständigen Kirchenbehörden

mitzutheilen.

S. 25.

Der Vorstand regelt die näheren Modalitäten wegen Einziehung der Kassenbeiträge, sowie Auszahlung der Alterszulagen und Entschädigungen.

S. 26.

Abanderungen dieser Satzungen sind nur durch übereinstimmende Kirchengesetzt der betheiligten Landeskirchen zulässig.

Mirchengeset,

betreffend

das Diensteinkommen der Geistlichen der evangelisch reformirten Kirche der Provinz Hannover.

Dom 2. Juli 1898.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen zc.

verordnen, mit Zustimmung der Gesammtspnode der evangelisch = reformirten Kirche der Provinz Hannover, für diese Kirche was folgt:

§. 1.

Jeder in einem dauernd errichteten Pfarramt der evangelisch-reformirten Kirche der Provinz Hannover fest angestellte Geistliche, mit dessen Pfarrstelle bei Inkrafttreten dieses Kirchengesetzes ein Stelleneinkommen von weniger als 4800 Mark verbunden ist, erhält ein Diensteinkommen, welches besteht:

a) in einem Grundgehalt,

b) in Alterszulagen,

c) in Dienstwohnung ober angemessener Miethsentschäbigung.

Auf Pfarrgehülfenstellen, auch wenn sie dauernd errichtet werden, sindet dieses Gesetz keine Anwendung.

a. Grundgehalt.

§. 2.

Das Grundgehalt ist vierteljährlich im Voraus zahlbar und beläuft sich für die am 1. Oktober 1897 bestehenden Pfarrstellen, je nachdem das Stelleneinkommen an diesem Tage betrug:

unter	3600	Mark	(Klaffe	I)	auf.	1800	Mart,
3 600 bis	3899	=	(=	II)	=	2400	
3900 =	4199		(=				
4200 =	4499		(=				
4500 =	4799		(=				

Das Grundgehalt für die in der Zeit nach dem 1. Oktober 1897 bis zum Infrafttreten dieses Kirchengesetzes errichteten Pfarrstellen ist nach den vor-

stelleneinkommens zu bemessen.

§. 3.

Mit Genehmigung des Konsistoriums können neben dem Grundgehalt einer Pfarrstelle seste Zuschüsse dauernd bewilligt, auch können dem Stelleninhaber Zuschüsse auf Zeit oder auf die Amtsdauer gewährt werden.

S. 4.

Bei Pfarrstellen,

1) für welche ein Grundgehalt von 1800 Mark nach den örtlichen Verhältnissen als unauskömmlich zu erachten ist,

2) beren Berwaltung besonders schwierig oder anstrengend ist,

3) deren Besetzung aus sonstigen Gründen bei den Grundgehältern des

S. 2 nicht zu ermöglichen ift,

kann das Konsistorium unter Mitwirkung des Gesammt-Synodalausschusses nach Anhörung der Kirchengemeinde und des Bezirks-Synodalvorstandes anordnen, daß ein Zuschuß bis zum Betrage von 600 Mark zum Grundgehalt auf die Dauer oder auf Zeit gewährt werde.

b. Alterszulage.

§. 5.

Diejenigen Stelleninhaber, welche das fünfte Dienstjahr vollendet haben, erhalten Alterszulagen, welche die nach Maßgabe des §. 2 normirten Grundzehälter in fünfjährigen, nach dem Dienstalter bemessenen Abschnitten um je 600 Mark steigern, dergestalt, daß sie unbeschadet der nach den §§. 3 und 4 gewährten Zuschüsse zum Grundgehalt ein Diensteinkommen zu beziehen haben:

in Rlass	e I bei eir	rem Gr	andgehalte	poi	nlo	500	wint	I:		
	vollendeter								2 400	
=	5		:						3 000	=
				=	=				3 600	=
				=	=				4 200	=
em jas		0=	100 10 12	=	=				4 800	= j
	se II bei ei	nem (3)	cundaehalt	e vi	on 2	400	Ma	rf:		
nom	vollendeter	1 10 9)ienstiahre	ab	pon				3 000	Mart,
DUIII	pontitution:	15	=	=	=				3 600	=
									4 200	
			=						4 800	= ;
in Klas	se III bei									
nom	vollendeter	1 15 9	Dienstiahre	ab	von				3 600	Mart,
	pour s	20		=				1.4	4 200	
		25.								= ;

in Klaffe IV bei einem Grundgehalte von	3 600 Mark:
vom vollendeten 20. Dienstjahre ab von	4 200 Mart,
= 25. = = =	
in Klaffe V bei einem Grundgehalte von 4	200 Mark:
vom vollendeten 25. Dienstjahre ab von	4 800 Mark.

S. 6.

Die Alterszulagen werden von der Alterszulagekasse für evangelische Geistliche gezahlt, welche als gemeinsame Einrichtung der im Gebiete des Preußischen Staats bestehenden evangelischen Landeskirchen behufs Bersicherung der Alterszulagen errichtet wird.

Für die Rechte und Pflichten der Alterszulagekasse, der Geistlichen, Pfarrstellen und Kirchengemeinden, sowie für die Organisation und Verwaltung der

Raffe find die anliegenden Satzungen maßgebend.

c. Dienstwohnung.

S. 7.

Die Dienstwohnung soll der Amtsstellung des Stelleninhabers und den

örtlichen Verhältnissen entsprechen.

Wo die örtlichen Verhältnisse es thunlich erscheinen lassen, ist als Zubehör der Dienstwohnung auch ein Hausgarten ohne Anrechnung auf das Grundgehalt bereit zu stellen.

§. 8.

Ausnahmsweise kann mit Genehmigung des Konsistoriums statt der Dienstwohnung eine ausreichende Miethsentschädigung gewährt werden, welche in vierteljährlichen Beträgen im Boraus zu zahlen ist.

§. 9.

Ueber die Höhe der Miethsentschädigung sowie über die Frage, ob und in welchem Umfange ein Hausgarten zu gewähren ist, beschließt die Kirchengemeinde. Der Beschluß bedarf zur Gültigkeit der Genehmigung des Konsistoriums. Kommt kein gültiger Beschluß zu Stande, so entscheidet das Konsistorium nach Anhörung des Bezirks-Synodalvorstandes endgültig.

§. 10.

Die Einziehung einer Dienstwohnung oder eines Hausgartens ist nur mit Genehmigung des Konsistoriums zulässig.

Hinsichtlich der Kosten der Unterhaltung der Dienstwohnung behält es bei den bestehenden Borschriften sein Bewenden.
den bestehenden Vorschriften sein Bewenden.

Allgemeine Bestimmungen.

§. 12.

Die Kirchengemeinde hat vom Tage des Infrafttretens dieses Kirchengesetzes ab dem Stelleninhaber das Grundgehalt und die Zuschüffe (§§. 2, 3 und 4) sowie die Dienstwohnung oder die Miethsentschädigung (§§. 7, 8 und 9) zu gewähren und die Pfarrstelle bei der Alterszulagekasse nach Maßgabe ihrer Satzungen zu versichern.

Hus den Erträgen des Stellenvermögens, dessen Berwaltung der Kirchengemeinde zusteht, sind, nach Entrichtung der darauf ruhenden Abgaben und Lasten, die Grundgehälter, die Beiträge zur Alterszulagekasse und die Zuschüsse zu bestreiten. Der Ueberschuß ist der Bestimmung des Stellenvermögens zum Besten des Pfarramtes zu erhalten. Die Berwendung zur Unterhaltung der Dienstwohnung oder zur Miethsentschädigung ist mit Genehmigung des Konsistoriums zulässig.

Bei den unter einem Pfarramte vereinigten Gemeinden entscheidet über das Verhältniß, in welchem sie zu den nach diesem Kirchengesetze ihnen obliegenden Leistungen beizutragen haben, in Ermangelung vorhandener Bestimmungen oder rechtsgültiger Vereinbarungen das Konsistorium nach Anhörung des Bezirks-

Synodalvorstandes.

§. 13. dustagiam authomatic mousting alleit

Dem Stelleninhaber steht die Befugniß zu, die der Pfarrstelle gebührenden Naturalgefälle ganz oder theilweise zu übernehmen. Auch kann derselbe einzelne Pfarrgrundstücke in eigene Nutung nehmen, wenn und soweit sich für ihn das Bedürfniß ergiebt, zur Beschaffung der nothwendigen Lebensmittel oder zur Gespannhaltung behufs besserer kirchlicher Versorgung der Gemeinde Grundstücke selbst zu bewirthschaften.

Der Uebernahmepreis bestimmt sich nach dem ortsüblichen Werthe. Die Höhre und Zahlungsbedingungen des Uebernahmepreises werden nach Anhörung der Betheiligten und des Bezirks-Synodalvorstandes von dem Konsistorium

festgesetzt.

§. 14.

Wegen der Auseinandersetzung zwischen dem Stelleninhaber und der Kirchengemeinde sinden die Vorschriften, welche über die Auseinandersetzung zwischen dem Stelleninhaber und dem Amtsnachsolger gelten, mit der Maßgabe Anwendung, daß, wenn eine Einigung nicht erzielt wird, nach Anhörung des Bezirks. Synodalvorstandes das Konsistorium endgültig entscheidet.

§. 15.

Auf befonderen Rechtstiteln oder auf öffentlichem Necht beruhende Verpflichtungen Dritter gegenüber der Pfarrstelle bleiben bestehen. (Nr. 10010.)

§. 16.

Das Kirchengesetz sindet keine Anwendung auf diejenigen Pfarrstellen, welche bei der Alterszulagekasse nicht versichert sind.

S. 17.

Die nach dem Inkrafttreten dieses Kirchengesetzes neu errichteten Pfarrstellen, deren Sinkommen unter 4800 Mark beträgt, unterliegen den Vorschriften dieses Kirchengesetzes mit der Maßgabe, daß ein Grundgehalt von 1800 Mark bereit zu stellen ist.

§. 18.

Im Falle der späteren Erhöhung des Stelleneinkommens einer Pfarrstelle auf 4800 Mark und darüber verbleibt es bei der Anwendung dieses Kirchengesetzes.

Bei einer späteren Verminderung des Stelleneinkommens unter 4800 Mark hat die Kirchengemeinde eine Befoldung von 4800 Mark zu gewähren, sofern die Stelle nicht zur Versicherung bei der Alterszulagekasse zugelassen wird (§. 11 der Sahungen). In letzterem Falle sinden die Vorschriften dieses Kirchengesetzs auf diese Pfarrstelle Anwendung.

§. 19.

Die Höhe des Stelleneinkommens wird das erste Mal für den 1. Oktober 1897 ermittelt und festgesetzt.

Im Bedarfsfalle tann fpäter eine erneute Festsetzung stattfinden.

Für die Berechnung des Stelleneinkommens sind die für die Alterszulagekasse geltenden Grundsätze maßgebend.

§. 20.

Ueber die jeweilige Höhe des Stelleneinkommens beschließt die Kirchensgemeinde. Die Festsehung erfolgt durch das Konsistorium nach Anhörung des Stelleninhabers und des Bezirks-Synodalvorstandes.

Die Herabsetzung des Stelleneinkommens ift nur mit Genehmigung des

Konsistoriums zulässig.

§. 21.

Behufs Gewährung von Beihülfen an solche Gemeinden, welche zur Aufbringung der Grundgehälter, Zuschüffe und Alterszulagekassenbeiträge für beim Intrafttreten dieses Kirchengesetzes bestehende und bei der Alterszulagekasse versicherte Pfarrstellen Umlagen ausschreiben müssen, wird ein von dem Konsistorium zu verwaltender Zuschußsonds gegründet, in welchen die vom Staate für diesen Zweck gewährte Summe fließt.

Ueber die Gewährung der Beihülfen beschließt das Konsistorium unter

Mitwirfung des Gesammt-Synodalausschuffes.

S. 22.

Behufs Gewährung von Beihülfen an leistungsunfähige Kirchengemeinden, welche zur Aufbringung der Grundgehälter, Zuschüffe, Miethsentschäbigungen und Allterszulagekassenträge für neu zu gründende Pfarrstellen, sowie zur Be-

foldung von Pfarrgehülfen ober zur Herstellung von Dienstwohnungen, Umlagen ausschreiben müffen, wird ein landestirchlicher Hülfsfonds gegründet, für welchen alljährlich eine Umlage von einem Prozent der von den Mitgliedern der evangelisch=reformirten Kirche der Provinz Hannover zu zahlenden Staatseinkommensteuer erhoben wird.

Der landeskirchliche Hülfsfonds wird durch das Konsistorium nach Maßgabe eines von ihm unter Zuziehung des Gesammt-Synodalausschusses aufzustellenden

Regulativs verwaltet.

§. 23.

Im Falle des Todes des Inhabers einer Pfarrstelle, welche den Vorschriften dieses Kirchengesetzs unterliegt, stehen den Sterbe- beziehungsweise Gnadenzeitzberechtigten während des Sterbemonats und weiterer sechs Monate die Fortsetung des Nießbrauchs der Dienstwohnung und des Hausgartens beziehungsweise die Miethsentschädigung, sowie das Grundgehalt der Stelle, die Alterszulagen, die Zuschüsse und die nach §. 16 der Satungen den Geistlichen gewährte Entschädigung zu.

Soweit die Ausnahme des S. 13 Plat greift, treten die Sterbe- und Gnadenzeitberechtigten bis zum Ablauf der Sterbe- und Gnadenzeit in die Rechte

und Pflichten des Stelleninhabers ein.

Die Sterbe- und Gnadenzeitberechtigten mussen geeignete Räume für das Bedürfniß der Pfarrverwaltung zur Verfügung stellen. Zur Tragung der Kosten für Fuhren und Verpslegung des vikarirenden Geistlichen sind sie nicht verpslichtet.

S. 24.

Die Bestimmungen des §. 3 der Sahungen bezüglich der Zusammensehung des Verwaltungsausschusses und des §. 24 bezüglich der Gewährung von Tagegeldern und Reisekostenvergütungen sinden, vorbehaltlich des Zustandekommens übereinstimmender Kirchengesehe der am Pfarr-Wittwen- und Waisensonds betheiligten Landeskirchen, auf den gemäß Kirchengeseh vom 31. März 1895 gebildeten Pfarr-Wittwen- und Waisensonds Anwendung.

§. 25.

Der Zeitpunkt, mit welchem dieses Kirchengesetz in Kraft tritt, wird durch Königliche Verordnung bestimmt.

Das Konfistorium in Aurich wird mit der Ausführung dieses Kirchengeses beauftragt.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem

Königlichen Insiegel.
Gegeben Travemunde an Bord M. D. // Hohenzollern", den 2. Juli 1898.

(L. S.) Wilhelm.

Bosse.

Sahungen,

betreffend

die Allterszulagekasse für evangelische Geistliche der im Gebiete des Preußischen Staats vorhandenen evangelischen Landeskirchen.

S. 1.

Die Alterkzulagekaffe für evangelische Geistliche bildet eine gemeinsame Einrichtung der im Gebiete des Preußischen Staats vorhandenen evangelischen Landeskirchen behufs Versicherung der Zahlung von Alterkzulagen an Geistliche. Sie wird unter dem Namen "Alterkzulagekasse für evangelische Geistliche" von einem Vorstande und einem Verwaltungsausschusse als selbständiger Fonds verwaltet.

S. 2

Der Vorstand der Alterszulagekasse besteht aus dem Vorsitzenden, einem im Falle seiner Behinderung eintretenden Stellvertreter und vier Mitgliedern. Der Vorsitzende, sein Stellvertreter und die übrigen Mitglieder des Vorstandes werden vom Könige ernannt.

§. 3.

Der Verwaltungsausschuß wird auß 55 von den obersten Synoden der betheiligten Landesfirchen aus ihrer Mitte auf die jedesmalige Dauer der Synodalperiode zu wählenden Synodaldeputirten gebildet.

d) die Gesammtsunode der evangelischen Kirchengemeinsschaften des Konsistorialbezirks Cassel..... 5

e) die Bezirkssynode der evangelischen Kirche des Konsistorialbezirks Wiesbaden 3

Die Gewählten bleiben so lange Mitglieder des Berwaltungsausschuffes, bis eine Neuwahl erfolgt ift. Für den Fall, daß die Gewählten die Synodalangehörigkeit verlieren, oder behindert find, an den Berathungen des Berwaltungsausschuffes theilzunehmen, werden ebensoviele Stellvertreter gewählt, welche in einer bei der Wahl zu bestimmenden Reihenfolge einberufen werden.

of replation a mod come reproducting \$. 4. offe and a now reprinted the sollen Die Kirchengemeinden find verpflichtet, die bauernd errichteten Pfarvstellen, welche

a) am 1. Oftober 1897 ein Stelleneinkommen von weniger als 4800 Mark hatten,

b) später mit einem Stelleneinkommen von weniger als 4800 Mark errichtet sind oder werden,

bei der Allterszulagekaffe behufs Gewährung von Allterszulagen zu versichern.

§. 5.

Die Versicherung erfolgt bei einem Stelleneinkommen

unter 3 600 Mark in Klasse I, pon 3600 bis 3899 = = = = 3900 = 4199 = = III, = 4200 = 4499 = = 4500 = 4799 = =

Bei ben am 1. Oktober 1897 bestehenden Pfarrstellen ist das an diesem Tage vorhandene Stelleneinkommen, bei ben in der Zeit vom 1. Oktober 1897 bis zum Intrafttreten der Kaffeneinrichtung errichteten Pfarrstellen das am Tage der Errichtung vorhandene Stelleneinkommen zu Grunde zu legen.

Pfarrstellen, welche mit oder nach dem Inkrafttreten der Kasseneinrichtung errichtet werden, sind in Klaffe I zu versichern. Die Bersicherungspflicht mehrerer dauernd verbundener Pfarrämter bemißt sich nach der Gesammtsumme des

Stelleneinkommens.

S. 6.

Der Bersicherungspflicht unterliegen nicht die Pfarrstellen der Militär- und Anstaltsgeiftlichen, ferner solche Pfarrstellen,

a) welche mit einem anderen Amte als einem firchlichen dauernd verbunden sind und deren Inhaber nach den bisherigen Bestimmungen Aufbesserungs- und Alterszulagen aus Staatsfonds zu erhalten nicht berechtiat waren,

b) deren Inhabern durch befondere Gehaltsregulative ober ähnliche Einrichtungen am 1. Oktober 1897 mindeftens dieselben Bezüge, wie durch

das Rirchengesetz und diese Satzungen zugesichert find.

44*

Unterliegen die letzteren Pfarrstellen, ungeachtet bestehender Regulative oder entsprechender anderer Einrichtungen, der Versicherungspflicht, so ist die Versscherungsklasse nach dem Mindestbetrage des Gehalts zu bestimmen.

S. 7.

Die Alterszulagekasse zahlt den Inhabern der bei ihr versicherten Pfarrstellen Alterszulagen von je 600 Mark in fünfjährigen nach dem Dienstalter bemessenen Abschnitten dergestalt, daß gewährt werden:

in	Rlaffe	I	poin	vollendeten	5.	Dienstjahre	ab		600	Mart,
					10.	10:1 1	=	2	1200	=
			:	=	15.	= mith	=	10 TV .010	1800	=
			=	non romain	20.	enr Stellen	=	tion	2400	=
			=		25.	mine no				= ;
in	Rlaffe	II	=	10 11 10	10.	ard similar	=	decles.	600	
			=	=	15.	=	=		1200	=
			=	= .6	20.		=		1800	
			=		25.	a de la light		web.let		= ;
in	Rlaffe!	Ш	=		15.	leneins on me	=	. sexuals.	600	=
	7		=	41 10 500 To	20.	material.	=		1200	=
			=	=	25.	100 8				= ;
in	Rlaffe!	IV	=		20.	* * * OR G	=		600	=
			=		25.	4 203 1	=		1200	= ;
in	Klasse	V	=		25.	9004	"		600	

§. 8.

Der Bezug der vierteljährlich im Voraus zu zahlenden Alterszulagen beginnt mit dem Ablauf desjenigen Monats, in welchem die erforderliche Dienstzeit vollendet wird.

Im Falle des Todes des Geiftlichen wird die Alterszulage für den Sterbemonat, den darauf folgenden Monat und bis zu weiteren sechs Monaten an diejenigen Bezugsberechtigten gewährt, welche von dem zuständigen Konsistorium als solche bezeichnet werden.

S. 9.

Die Kirchengemeinden haben für jede versicherte Alterszulage von 600 Mark je 300 Mark Alterszulagekassenbeiträge jährlich an die Alterszulagekasse zu entrichten, dergestalt, daß der Jahresbeitrag beträgt:

in	Rlaffe	I		 		1	500	Mart,
4	=	II		 		1	200	= 1
	=	III		0.0000	del des	ic	900	
=	=	IV	1	 		1.1 00	600	
9	-	V					200	The same

§. 10.

Der Vorstand der Alterszulagekasse entscheidet endgültig, ob die gesetzlichen Voraussetzungen für die Versicherungspflicht vorliegen.

§. 11.

Falls das Stelleneinkommen einer Pfarrstelle, welches sich auf 4800 Mark oder darüber belief, durch Ereignisse, welche von der Entschließung der Betheiligten unabhängig sind, unter den Betrag von 4800 Mark sinkt, ist der Vorstand ermächtigt, auf Antrag der Kirchengemeinde die Versicherung zuzulassen.

§. 12.

Im Uebrigen bleibt es der Beschlußfassung des Verwaltungsausschusses überlassen, zu bestimmen, ob und unter welchen Bedingungen weitere freiwillige Versicherungen von Alterszulagen zuzulassen sind.

§. 13.

Für die Ermittelung des Stelleneinkommens sind folgende Grundfähe maßgebend:

- 1) zum Stelleneinkommen sind alle Einnahmen und Nuhungen zu rechnen, welche dem Geistlichen in Rücksicht auf sein kirchliches Umt während der Amtsdauer zusließen, einschließlich der aus Kirchensteuern auffommenden Beträge und der aus der Kirchenkasse oder von sonstigen Dritten gewährten Zuschüsse,
- 2) der Ertrag der zur Stelle gehörigen Grundstücke ist, wenn sie verpachtet sind, nach dem laufenden Pachtzins mit Einschluß des ortsüblichen Werths vertragsmäßiger Nebenleistungen, bei fürzeren Verpachtungen und Selbstbewirthschaftung nach dem Durchschnitt des Ertrages der letzen sechs Wirthschaftsjahre in Unsatz zu bringen.

Naturalbezüge an Getreide sowie sonstigen Früchten und Erzeugnissen werden nach dem sechsjährigen Durchschnitt der Marktpreise des nächsten Marktvortes berechnet, Holzbezüge nach der Forsttage des nächsten Königlichen Forstreviers.

Stolgebühren und Accidenzien werden nach dem sechsjährigen Durchschnitt berechnet.

Wo die vorstehend erwähnten Einzelbeträge nicht mit Sicherheit zu ermitteln sind, ist der Durchschnittsbetrag durch Schätzung festzustellen.

S. 14.

Bei der Berechnung des Stelleneinkommens bleiben außer Ansatz:

1) die Dienstwohnung nebst Hausgarten, sowie die an ihrer Stelle gewährte Miethsentschädigung,

(Nr. 10010.)

2) die staatlichen, bisher aus dem Fonds Kapitel 124 Titel 2 des Staatshaushalts-Stats den Geistlichen gewährten Ausbesserungs- und Alterszulagen,

3) Nebeneinnahmen für geistliche Bedienung der Korrektions-, Irren-, Kranken- und ähnlichen Anstalten, für die Militär-Seelsorge, sowie

für Lehrthätigkeit an Unterrichtsanstalten,

4) das Einkommen aus vorübergehender gleichzeitiger Verwaltung einer anderen Pfarrstelle,

5) freiwillige Gaben.

S. 15.

Bon dem Stelleneinkommen find abzusetzen:

1) die aus demselben auf Grund spezieller rechtlicher Verpflichtung dauernd zu leistenden Zahlungen, insbesondere die Abgaben und Lasten, welche auf den zur Stelle gehörigen Grundstücken ruhen,

2) die bei Erhebung der Stelleneinkunfte unvermeidlichen Rosten und

Berlufte,

3) die Fuhrkosten der Geistlichen zu Gottesdiensten und anderen Amtshandlungen, soweit sie bisher aus dem Stelleneinkommen zu bestreiten waren.

between mile and the first from the first and from the state of the sealousest

Die beim Inkrafttreten dieser Kaffeneinrichtung im Amte besindlichen Inhaber derjenigen Pfarrstellen, welche bei der Alterszulagekasse zu versichern sind, hat die Alterszulagekasse für die Verluste schadlos zu halten, welche ihnen in ihrem Einkommen dadurch erwachsen, daß die Einkünste der Pfarrstelle auf die Kirchengemeinde übergehen.

Für die Berechnung des Einkommens und die Höhe der hiernach zu bemeffenden Entschädigung sind die Bestimmungen der §§. 13 bis 15 mit der Maßgabe entscheidend, daß vorübergehende Belastungen der Stellen, insbesondere

die Pfründenabgaben, vom Zeitpunkte des Wegfalls in Betracht kommen.

Die Entschädigungen werden vom Vorstande sestgesetzt und so lange gezahlt, bis der gegenwärtige Stelleninhaber durch anderweite Verbesserung ein dem früheren mindestens gleiches Gesammtdiensteinkommen erreicht, oder bis er seine bisberige Stelle verläßt.

Stirbt der berechtigte Geistliche vorher, so finden die Vorschriften des §. 8

Absat 2 Anwendung.

Die Geiftlichen sind verpflichtet, von jeder Berbesserung ihres Gesammtdiensteinkommens dem Vorstande durch Vermittelung des zuständigen Konsistoriums Mittheilung zu machen.

§. 17.

Hinsichtlich der Berechnung des Dienstalters der Geistlichen sind die zur Zeit bei der Verwaltung des Pfarr-Wittwen- und Waisenfonds maßgebenden

Grundfätze so lange entscheidend, als nicht auf dem in diesen Satzungen vorgeschriebenen Wege eine Abänderung erfolgt.

S. 18.

Der Vorstand vertritt die Alterszulagekasse und führt die laufenden Geschäfte derselben. Er sorgt durch Vermittelung der zuständigen Kirchenbehörde für die Einziehung der Kassenbeiträge der Gemeinden und für die Auszahlung der Alterszulagen. Er stellt den Stat der Alterszulagekasse auf und legt alljährlich dem Verwaltungsausschusse die Rechnung über das abgelausene Rechnungsjahr zur Abnahme vor.

S northigano diabitimamini S. 19.

Der Verwaltungsausschuß, welcher sich auf Einladung des Vorstandes alljährlich mindestens einmal versammelt, wählt aus seinen Mitgliedern seinen Vorsitzenden und dessen Stellvertreter. Seine Veschlüsse werden nach Stimmenmehrheit der erschienenen Mitglieder gefaßt, wobei im Falle der Stimmengleichs heit die Stimme des Vorsitzenden entscheidet.

Der Verwaltungsausschuß, welcher seine Geschäftsordnung selbständig regelt, hat zu beschließen:

- 1) über Feststellung des Etats und Abnahme der Rechnung der abgelaufenen Rechnungsperiode,
- 2) über Erhöhung der den Geistlichen zu gewährenden Alterszulagen und Abkürzung der Steigerungsperioden, wobei in erster Linie auf Bereitstellung von Zulagen an Geistliche unter fünf Dienstjahren auf Stellen der Klasse I Bedacht zu nehmen ist,
- 3) über die Erhöhung oder Verminderung der von den Kirchengemeinden zu entrichtenden Kassenbeiträge, wobei es zulässig ist, die Kassenbeiträge nach den Versicherungsklassen verschieden abzustusen,
- 4) über Abanderung der Grundsätze, betreffend die Berechnung des Stelleneinkommens und des Dienstalters der Geistlichen,
- 5) über wichtige Angelegenheiten der Verwaltung der Alterszulagekasse, welche ihm von dem Vorstande zur Beschlußfassung vorgelegt oder innerhalb des Ausschusses angeregt werden.

§. 20.

Die Mitglieder des Vorstandes können an den Verhandlungen des Verwaltungsausschusses mit berathender Stimme theilnehmen und müssen jederzeit gehört werden.

Die Beschlüsse des Verwaltungsausschusses bedürfen, abgesehen von der Rechnungsabnahme, zu ihrer Gültigkeit der Zustimmung des Vorstandes.

(Nr. 10010.)

§. 21.

So lange eine Landeskirche nicht durch Kirchengesetz der Alterszulagekasse angeschlossen ist, sind die auf sie bezüglichen Borschriften dieser Satzungen als rubend zu behandeln.

S. 22.

Darüber, ob und unter welchen Bedingungen der Anschluß an die Alterszulagekasse auch anderen landeskirchlichen Gemeinschaften gestattet werden kann, beschließt der Verwaltungsausschuß.

§. 23.

Die Legitimation der in den Verwaltungsausschuß gewählten Synodalvertreter erfolgt durch eine Bescheinigung, welche von der zuständigen Kirchenbehörde auszustellen und durch Vermittelung des Vorstandes dem Verwaltungsausschusse vorzulegen ist.

§. 24.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses erhalten Tagegelder und Neisekostenvergütung aus der Alterszulagekasse nach den für die Staatsbeamten der vierten Rangklasse gegenwärtig geltenden gesetzlichen Bestimmungen, vorbehaltlich anderweiter Normirung durch den Verwaltungsausschuß. Dieselbe trägt auch die Kosten der Zusendung der Alterszulagen an die bezugsberechtigten Geistlichen.

Den obersten Synoden der an der Alterszulagekasse betheiligten Landesfirchen sind die von dem Verwaltungsausschusse abgenommenen Rechnungen über die Verwaltung der Kasse durch die Vermittelung der zuständigen Kirchenbehörden mitzutheilen.

§. 25.

Der Vorstand regelt die näheren Modalitäten wegen Einziehung der Kassenbeiträge, sowie Auszahlung der Alterszulagen und Entschädigungen.

§. 26.

Abanderungen dieser Satzungen sind nur durch übereinstimmende Kirchengesetze der betheiligten Landeskirchen zulässig. (Nr. 10011.) Kirchengesetz, betreffend bas Diensteinkommen der Geistlichen ber evangelischlutherischen Kirche der Provinz Hannover. Bom 2. Juli 1898.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen 2c.

verordnen in Betreff des Diensteinkommens der Geistlichen der evangelischlutherischen Kirche der Provinz Hannover, mit Zustimmung der Landessynode, was folgt:

S. 1.

Jeder in einer dauernd errichteten Pfarrstelle der evangelisch-lutherischen Kirche der Provinz Hannover fest angestellte Geistliche hat auf ein Diensteinfommen nach Maßgabe der nachstehenden Bestimmungen Unspruch.

S. 2.

Dauernd vereinigte Pfarrstellen gelten im Sinne dieses Gesetzes als eine Pfarrstelle.

Auf Pfarrgehülfenstellen findet dieses Gesetz keine Anwendung, auch wenn

fie dauernd errichtet find.

§. 3.

Bei denjenigen Pfarrstellen, deren Stelleneinkommen am 1. Oktober 1897, beziehungsweise falls sie erst später errichtet werden, zur Zeit der Errichtung der Pfarrstelle weniger als 4800 Mark betrug beziehungsweise beträgt, steht unter Wegfall des Nießbrauchs des Stelleninhabers die Verwaltung des Stellenvermögens der Kirchengemeinde zu.

Der Kirchenvorstand hat über das in eine besondere Pfarrkasse fließende

Stelleneinkommen eine getrennte Rechnung zu führen.

Die Kirchengemeinde hat dagegen dem Stelleninhaber das Grundgehalt und die Zuschüsse (§§. 8 bis 10), sowie die Dienstwohnung und einen Hausgarten, beziehungsweise eine Miethsentschädigung (§§. 13 ff.) zu gewähren und die Pfarrstelle bei der Alterszulagekasse (§§. 11 und 12) nach Maßgabe der Satzungen dieser Kasse zu versichern.

Aus der Pfarrkaffe sind nach Entrichtung der auf dem Stellenvermögen rubenden Abgaben und Laften die Grundgehälter, die Beiträge zur Alterszulage-

taffe und die Zuschüffe zu bestreiten.

Die Aufbringung der hiernach nicht gedeckten Mittel erfolgt, unbeschadet einer nach S. 6 begründeten Verpflichtung, durch Zahlung der Kirchenkasse, soweit diese dazu ausreicht und vorausgesetzt, daß nicht im Falle der Unzulänglichkeit Dritte ganz oder theilweise für sie einzutreten haben, sonst durch Leistungen der Kirchengemeinde (vergl. jedoch S. 23 des Gesetzes). Ein in Folge des Wegsalls des Nießbrauchs des Stelleninhabers erzielter Ueberschuß ist, soweit er nicht zur Ansammlung eines zur eventuellen Deckung jener Leistungen bestimmten Reservessonds erforderlich ist, der Bestimmung des Stellenvermögens zum Vesten des

Pfarrdienstes in der Gemeinde zu erhalten. Die Verwendung zur Unterhaltung der Dienstwohnung oder zur Miethsentschädigung ist mit Genehmigung des

Konfistoriums zulässig.

Die für den Fall des Bestehens eines Patronatsverhältnisses im §. 35 der Kirchenvorstands- und Synodal-Ordnung vom 9. Oktober 1864 und im §. 23 des Kirchenvorstandsgesehes vom 14. Oktober 1848 gegebenen Vorschriften bleiben unberührt.

Ueber das Verhältniß, in welchem dauernd vereinigte Kirchengemeinden zu den Leiftungen beizutragen haben, entscheidet bei Mangel einer Vereinbarung zwischen den betheiligten Kirchenvorständen das Konsistorium nach Anhörung des Bezirks-Synodalausschusses.

S. 4.

Auf die in Folge des Aufhörens des Nießbrauchs des Stelleninhabers erforderliche Auseinandersetzung zwischen diesem und der Kirchengemeinde finden die Vorschriften Anwendung, welche über die Auseinandersetzung zwischen dem Stelleninhaber und dem Amtsnachfolger gelten.

cluf Alfarraebulkenfielten findet. 5. 13 Gefch feine Einventung, auch menu

Dem Inhaber einer unter §. 3 fallenden Pfarrstelle steht die Befugniß zu, die der Pfarrstelle gebührenden Naturalgefälle und Accidenzien (Stolgebühren und Opfer) ganz oder theilweise selbst zu beziehen. Accidenzien müssen sortbezogen werden in dem Fall, daß und so lange als an derselben Gemeinde ein anderer

Geiftlicher steht, welcher Accidenzien derselben Art persönlich bezieht.

Auch kann der Stelleninhaber einzelne Pfarrgrundstücke in eigene Nutung nehmen, wenn und soweit sich für ihn das Bedürfniß ergiebt, zur Beschaffung der nothwendigen Lebensmittel oder zur Gespannhaltung behufs besserer kirchlicher Versorgung der Gemeinde Grundstücke selbst zu bewirthschaften. Jedoch steht dem zeitigen Stelleninhaber beim Inkrafttreten des gegenwärtigen Gesetzes die Vefugniß zu, die bisher von ihm bewirthschafteten Grundstücke für seine Amtsbauer zu behalten.

Der auf die Leistungen der Gemeinde an Grundgehalt und Zuschüssen in Anrechnung zu bringende Uebernahmepreis bestimmt sich bei den Accidenzien nach dem sechsjährigen Durchschnitt eventuell nach einer anzustellenden Schätzung, im Uebrigen nach dem ortsüblichen Werth. Eine erneute Festsetzung des Uebernahmepreises kann von fünf zu fünf Jahren von der Kirchenregierung, dem Stellen-

inhaber und dem Kirchenvorstande verlangt werden.

Auf Anrufen von Betheiligten entscheibet nach Anhörung des Bezirks-Synodalausschuffes das zuständige Konsistorium endgültig.

S. 6.

Auf besonderen Rechtstiteln oder auf öffentlichem Rechte beruhende Verpflichtungen Dritter werden durch das gegenwärtige Gesetz nicht berührt.

S. 7.

Die in einer dauernd errichteten Pfarrstelle der evangelisch-lutherischen Kirche der Provinz Hannover fest angestellten Geistlichen, mit deren Pfarrstelle am 1. Oktober 1897 beziehungsweise — im Falle späterer Errichtung — zur Zeit der Errichtung ein Stelleneinkommen von weniger als 4800 Mark vers bunden ist, erhalten ein Diensteinkommen, welches aus den im §. 3 Absatz 3 festgestellten Bezügen und den Leistungen der Alterszulagekasse besteht.

a. Grundgehalt.

§. 8.

Das vierteljährlich zahlbare Grundgehalt beläuft sich für die am 1. Oftober 1897 bestehenden Pfarrstellen, je nachdem das Stelleneinkommen an diesem Tage betrug:

unter 3 600 Mark (Rlasse I) auf 1 800 Mark, 3 600 bis 3 899 # (# II) # 2 400 # 3 900 # 4 199 # (# III) # 3 000 # 4 200 # 4 499 # (# IV) # 3 600 # 4 500 # 4 799 # (# V) # 4 200 # .

Das Grundgehalt für die in der Zeit nach dem 1. Oktober 1897 bis zum Inkrafttreten des gegenwärtigen Kirchengesetzes errichteten Pfarrstellen ist nach den vorstehenden Bestimmungen auf Grund des am Tage der Errichtung vorhandenen Stelleneinkommens zu bemessen.

S. 9.

Mit Genehmigung des Konfistoriums können neben dem Grundgehalt einer Pfarrstelle seste Zuschüsse dauernd bewilligt, auch können dem Stelleninhaber Zuschüsse auf Zeit oder auf die Amtsdauer gewährt werden.

§. 10.

Bei Pfarrstellen,

1) für welche ein Grundgehalt von 1800 Mark nach den örtlichen Verhältnissen als unauskömmlich zu erachten ist,

2) beren Berwaltung besonders schwierig oder anstrengend ist,

3) deren Besetzung aus sonstigen Gründen bei den Grundgehältern des

S. 8 nicht zu ermöglichen ift,

kann das Konfistorium nach Anhörung des Kirchenvorstandes und des Bezirks-Synodalausschusses anordnen, daß ein bis zum Betrage von jährlich 600 Mark zu bemessender Zuschuß zum Grundgehalt auf die Dauer oder auf Zeit gewährt werde.

Bei dauernd vereinigten Pfarrstellen (S. 2 Absatz 1) treten behufs Abgabe der erforderlichen Erklärung die mehreren Kirchenvorstände zu einem gemeinschaft-

lichen Kirchenvorstand zusammen.

45*

b. Alterszulagen

S. 11.

Diesenigen Stelleninhaber, welche das fünfte Dienstjahr vollendet haben, erhalten Alterszulagen von je 600 Mark zu den nach Maßgabe des §. 8 normirten Grundgehältern in fünfjährigen nach dem Dienstalter bemessenen Abschnitten dergestalt, daß sie ein Diensteinkommen zu beziehen haben:

in	Klasse I	bei ein	em	Grundgehalte	von	180	o Ma	rf:		
	vom voll	endeten	5.	Dienstjahre	ab v	on.			2400	Mart,
	=	=								=
	is an a		15.	Omigogethall	=		DISTAIN!		3600	
			20.	nicoting state	=			113113	4200	
	=	=	25.	=	=	= .			4800	= ;
in				Grundgehalte						
	vom voll	endeten	10.	Dienstjahre	ab vi	on		.000	3 000	Mart,
	: 001	=	15.	(V) ()	5	= (0.0.)		.005	3600	= '
	2 000		20.	(V:	= :	.0.0.		.007	4200	=
	0 1.F ALIGN	- 1	25.	ner that was a	=				4800	= ;
in				Grundgehalt						MANG.
	nom voll	endeten	15.	Dienstjahre	ab vo	on		1,100	3600	Mart,
	=	=	20.	an a fiotions	i U	- Angu	mon	anall:	4200	
	=	=	25.						4800	= ;
in				Grundgehalt	e voi	1 36	00 M	arf:		
	llou mou	endeten	20.	Dienstjahre	nb vo	on		0.4	4200	Mart,
				un mundelui						= ;
in	Klasse V	bei ein	em	Grundgehalte	von	420	0 Ma	rf:		
	vom voll	endeten	25.	Dienstjahre	ab vo	on		1	4800	Mark.

Die auf Grund der Bestimmungen in den §§. 9 und 10 gewährten Zuschüffe bleiben für den Anspruch auf Bezug der Alterszulagen außer Betracht.

§. 12.

Die Alterszulagen werden von der Alterszulagekaffe für evangelische Geistliche gezahlt, welche als gemeinsame Einrichtung der im Gebiete des Preußischen Staats bestehenden evangelischen Landeskirchen behufs Versicherung der Alterszulagen errichtet wird.

Für die Nechte und Pflichten der Alterszulagekasse, der Geistlichen, Pfarrstellen und Kirchengemeinden, sowie für die Organisation und Verwaltung der

Raffe find die anliegenden Satzungen maßgebend.

c. Dienstwohnung.

§. 13.

Die Dienstwohnung soll der Amtsstellung des Stelleninhabers und den örtlichen Verhältnissen entsprechen.

Ausnahmsweise kann statt berfelben mit Genehmigung des Konfistoriums

eine angemessene Miethsentschädigung gewährt werden.

Wo es nach den örtlichen Verhältnissen möglich ist, soll als Zubehör der Dienstwohnung auch ein Hausgarten ohne Anrechnung auf das Grundgehalt dem Stelleninhaber bereit gestellt werden.

§. 14.

Alls Miethsentschädigung ist in vierteljährlichen Beträgen eine Gelbsumme zu gewähren, welche eine ausreichende Entschädigung für die nicht gewährte Dienst-wohnung darstellt.

§. 15.

Ueber die Höhe der Miethsentschädigung, sowie über die Frage, ob und in welchem Umfange ein Hausgarten zu gewähren ist, beschließt der Kirchen-vorstand. Der Beschluß unterliegt der Genehmigung des Konsistoriums. Stimmt das Konsistorium nicht zu, so ist die vorherige Anhörung des Bezirks-Synodal-ausschusses erforderlich.

Bei dauernd vereinigten Pfarrstellen (§. 2 Absatz 1) treten behufs Fassung des Beschlusses die mehreren Kirchenvorstände zu einem gemeinschaftlichen Kirchen-

vorstand zusammen.

§. 16.

Die Einziehung einer Dienstwohnung ober eines Hausgartens ist nur mit Genehmigung des Konsistoriums zulässig.

S. 17.

Hinsichtlich der Tragung der Kosten für die Unterhaltung der Dienstwohnung behält es bei den bestehenden Vorschriften sein Bewenden.

S. 18.

Das gegenwärtige Kirchengesetz sindet, insoweit es nicht selbst Ausnahmebestimmungen trifft, keine Anwendung auf diesenigen Pfarrstellen, welche bei der Alterszulagekasse nicht versichert sind.

S. 19.

Die nach dem Infrafttreten des gegenwärtigen Kirchengesehes neu errichteten Pfarrstellen, deren Einkommen unter 4800 Mark beträgt, unterliegen allen Vorschriften dieses Kirchengesehes. Für sie ist ein nach den Abstufungen des §. 8 zu bemessendes Grundgehalt von mindestens 1800 Mark, unbeschabet der in den §§. 9 und 10 vorgesehenen Erhöhung durch Zuschüsse bereit zu stellen.

(Nr. 10011.)

§. 20.

Eine nach dem 1. Oktober 1897 eingetretene Erhöhung des Stelleneinkommens einer Pfarrstelle auf 4800 Mark oder darüber, sowie die Erhöhung des Einkommens einer erst später errichteten Stelle über das bei ihrer Errichtung vorhanden gewesene Stelleneinkommen auf 4800 Mark oder darüber hat auf die Anwendung des gegenwärtigen Kirchengesetzt keinen Einfluß (vergl. §. 21).

Bei einer späteren Verminderung des Stelleneinkommens unter 4800 Mark hat die Kirchengemeinde eine Besoldung von 4800 Mark zu gewähren, sofern die Stelle nicht zur Versicherung bei der Alterszulagekasse zugelassen wird (§. 11 der Satzungen). In letzterem Falle sinden die Vorschriften des gegenwärtigen Kirchengesetes auf diese Pfarrstelle Anwendung.

an gewähren, welche eine auereichende. 121.2 ibigung für bie nicht gewährte Dienft.

Die Höhe des Stelleneinkommens wird das erste Mal für den 1. Oktober 1897 ermittelt und festgesetzt. Im Bedarfsfalle kann später eine erneute Festsfetzung stattsinden.

Für die Berechnung des Stelleneinkommens find die für die Alterszulage-

taffe geltenden Grundfätze maßgebend.

Gehaltserhöhungen, welche für eine Pfarrstelle bis zum Inkrafttreten des gegenwärtigen Gesetzes mit rückwirkender Kraft auf den 1. Oktober 1897 bewilligt werden, sind als Theile des am 1. Oktober 1897 vorhandenen Stelleneinkommens zu berechnen.

§. 22.

Ueber die jeweilige Höhe des Stelleneinkommens beschließt der Kirchenvorstand. Die Festsehung erfolgt durch das Konsistorium nach Anhörung des Stelleninhabers und des Bezirks-Synodalausschusses.

Bei dauernd vereinigten Pfarrstellen (S. 2 Absatz 1) treten behufs Fassung des Beschlusses die mehreren Kirchenvorstände zu einem gemeinschaftlichen Kirchen-

vorstand zusammen.

Die Herabsehung des Stelleneinkommens ist nur mit Genehmigung des Konsistoriums zulässig.

§. 23.

Behufs Entlastung folcher Gemeinden, welche zur Aufbringung der Grundgehälter, Zuschüsse und Alterszulagekassenbeiträge für beim Inkraftkreten des gegenwärtigen Gesehes bestehende und bei der Alterszulagekasse versicherte Pfarrstellen Umlagen ausschreiben müssen, wird ein von dem Konsistorium zu verwaltender Zuschußsonds gegründet, in welchen die vom Staate für diesen Zweck gewährte Summe sließt.

Ueber die Gewährung der Beihülfen beschließt das Konfistorium.

Das Landeskonsistorium hat dem ständigen Ausschuß der Landessynode über die gewährten Beihülfen alljährlich eine Nachweisung zu geben.

S. 24.

Behufs Entlastung solcher Gemeinden, welche zur Aufbringung der Grundgehälter, Zuschüsse und Alterszulagekassenbeiträge für neu zu gründende Pfarrstellen Umlagen ausschreiben müssen, wird ein landeskirchlicher Hülfskonds gegründet, für welchen alljährlich eine Umlage von einem Prozent der von den Mitgliedern der evangelisch-lutherischen Kirche der Provinz Hannover zu zahlenden Staatseinkommensteuer erhoben wird.

Die Erhebung der Umlage erfolgt nach dem von der Landessynode mit Genehmigung der Kirchenregierung hierfür festzusezenden Tuße und bis zu dem Zeitpunkte, wo solche Festsetzung erfolgt, nach dem Fuße, welcher für die nach dem Kirchengesetze, betreffend die Errichtung eines Landeskirchensonds zur Albstellung kirchlicher Nothstände, vom 30. Mai 1894 zu erhebende Kirchensteuer gilt.

Der landeskirchliche Hülfskonds wird durch das Landeskonfistorium nach Maßgabe eines von ihm unter Mitwirkung des ständigen Ausschusses der Landesschnode (S. 66 Ziffer 2, letzter Sat, der Kirchenvorstands- und Synodal-Ordnung vom 9. Oktober 1864) auszuftellenden Regulativs verwaltet.

§. 25.

Das Kirchengesetz, betreffend die Verbesserung ungenügend dotirter Pfarrsstellen der evangelisch-lutherischen Kirche der Provinz Hannover, vom 22. Dezember 1870 (Gesetz-Samml. 1871 S. 6), das Kirchengesetz, betreffend die weitere Verbesserung ungenügend dotirter Pfarrstellen der evangelisch-lutherischen Kirche der Provinz Hannover, vom 4. Juli 1876 (Gesetz-Samml. S. 275) und das das letztere Gesetz abändernde Kirchengesetz vom 4. März 1894 (Gesetz-Samml. S. 21) werden ausgehoben.

Die gemäß §§. 3 und 4 des Kirchengesetzes vom 4. Juli 1876 angesammelten Pfarrfapitalien fallen dem Bermögen der Pfarrstelle zu.

S. 26. malla mund mindant.

In Betreff der Emeritirungsordnung für die evangelisch-lutherische Kirche der Provinz Hannover vom 16. Juli 1873 (Gesetz-Samml. S. 386) und der dieselbe abändernden Kirchengesetze vom 2. Februar 1876 (Gesetz-Samml. S. 32), 30. Juni 1882 (Gesetz-Samml. S. 330) und 19. Februar 1894 (Gesetz-Samml. S. 15) werden folgende Bestimmungen getrossen:

1) Die nach Maßgabe des gegenwärtigen Kirchengesetzes gewährten Grundgehälter, Zuschüffe und Alterszulagen sowie die nach §. 16 der Satungen der Alterszulagekasse zu zahlenden Entschädigungen gelten als anrechnungsfähige Diensteinnahme im Sinne der Emeritirungsordnung und der dieselbe abändernden Kirchengesetze.

Die Dienstwohnung und der als Zubehör gewährte Hausgarten beziehungsweise die Miethsentschädigung werden mit 10 Prozent der

fonstigen Diensteinnahme bis zum Höchstbetrage von 360 Mark berechnet.

- 2) Als dauernd mit der Pfarrstelle verbundene Einnahmen im Sinne des §. 12 Albsatz 1 der Emeritirungsordnung vom 16. Juli 1873 gelten bei fünftig eintretenden Emeritirungen der den Vorschriften des gegen-wärtigen Gesetzes unterworfenen Geistlichen nur die Grundgehälter, die zu dem Grundgehalte einer Pfarrstelle dauernd bewilligten sesten Zuschüsse und die Dienstwohnung beziehungsweise Miethsentschädigung.
- 3) Bei den unter das gegenwärtige Gesetz fallenden Pfarrstellen sindet ein Eintreten des Emeritirungsfonds nach S. 12 Absatz 6 der Emeritirungsordnung und nach Artifel VI des Kirchengesetzes vom 19. Februar
 1894 nicht mehr statt.
- 4) Die jährliche Abgabe an den Emeritirungsfonds (§. 14 Nr. 1 der Emeritirungsordnung, Artifel 3 des Kirchengesetzes vom 2. Februar 1876 und Artifel 4 des Kirchengesetzes vom 30. Juni 1882) ist für alle Geistlichen, welche den Vorschriften des gegenwärtigen Gesetzes unterliegen, fortan nach Prozenten der anrechnungsfähigen Diensteinnahme, soweit dieselbe in 100 Mark ausgeht, zu berechnen und beträgt:
 - a) bei einer Diensteinnahme bis zu 2399 Mark 15/16 Prozent,
 - b) bei einer Diensteinnahme bis zu 3 599 Mark 14/16 Prozent,
 - c) bei einer Diensteinnahme von 3600 Mark oder darüber $1^{14}/_{16}$ Prozent.
- 5) Die Bestimmungen im Artikel 3 Absatz 2 des Kirchengesehes vom 30. Juni 1882 wegen Reservirung der dort bezeichneten Restzahlungen der Dienstnachfolger, sowie die in demselben Artikel und in Artikel VI des Kirchengesehes vom 19. Februar 1894 gegebenen Vorschriften über die besondere Verwendung der beim Emeritirungssonds angesammelten Kapitalien kommen allgemein in Wegfall.
- 6) Das Landeskonsistorium wird ermächtigt, den durch Beiträge der Bezirkssynodalkassen aufzubringenden jährlichen Zuschuß zum Emeritirungssonds (§. 14 Ziffer 3 der Emeritirungsordnung vom 16. Juli 1873, Artisel 4 des Kirchengesetzes vom 30. Juni 1882) für das beim Inkrafttreten des gegenwärtigen Gesetzes lausende Rechnungsjahr und für die beiden nächstsolgenden Nechnungsjahre soweit zu erhöhen, als es nach Verwendung sämmtlicher lausenden Einnahmen zur Bestreitung der lausenden Ausgaben etwa erforderlich ist. Dagegen kommt die dem Landeskonsistorium im Schlußsatz des Artisels 3 Absatz des Kirchengesetzes vom 30. Juni 1882 und im Schlußsatz des Kirchengesetzes vom 30. Juni 1882 und im Schlußsatz des Kirchengesetzes vom 19. Februar 1894 beigelegte Besugniß in Wegsall.

7) Die nach S. 10 Absatz 4 der Emeritirungsordnung vom 16. Juli 1873 den zum Genusse der Gnadenzeit Berechtigten während deren Dauer obliegenden Leistungen für die Unterhaltung eines Kollaborators fommen für die unter das gegenwärtige Gesetz fallenden Pfarrstellen in Wegfall.

S. 27.

Bei benjenigen Pfarrstellen, welche ben burch das gegenwärtige Kirchengesetz gegebenen Vorschriften unterliegen, stehen im Falle einer Gnadenzeit während des Sterbemonats, sowie während einer weiteren Gnadenzeit von sechs Monaten den nach Maßgabe des Kirchengesetzs, betreffend die Gnadenzeit in der evangelischslutherischen Kirche der Provinz Hannover, vom 16. Juli 1873 (Gesetzschumfl. S. 393) berechtigten Hinterbliebenen die Fortsetzung des Nießbrauchs der Dienstwohnung und des Hausgartens beziehungsweise die Miethsentschädigung sowie das Grundgehalt der Stelle, die Alterszulagen, die Zuschüsse und die nach §. 16 der anliegenden Satungen zu zahlenden Entschädigungen zu.

Soweit nach den Bestimmungen des angeführten Kirchengesetzes vom 16. Juli 1873 die Gnadenzeit nach Inhalt und zeitlicher Ausdehnung abweichend bemessen war, treten die Bestimmungen dei denjenigen Pfarrstellen, welche den durch das gegenwärtige Kirchengesetz gegebenen Vorschriften unterliegen, außer Kraft.

Sind beim Tode eines Pfarrgeistlichen, Superintendenten oder Generalsuperintendenten, keine zum Genusse der Gnadenzeit berechtigte Hinterbliebenen vorhanden, so treten seine gesetzlichen Erben, soweit sie seine Kaußgenossen waren, sür die Dauer des Sterbes und des darauf folgenden Monats an die Stelle der Gnadenzeitberechtigten. Diese Bestimmung gilt auch bei denjenigen Stellen, welche im Uedrigen den Vorschriften des gegenwärtigen Kirchengesetzes nicht unterliegen.

\$. 28. Add would some dillow

Die im §. 5 Ziffer 1 bis 3 des Kirchengesetzes, betreffend die Wahlen der Pfarrer in der evangelisch-lutherischen Kirche der Provinz Hannover, vom 22. Dezember 1870 (Gesetz-Samml. 1871 S. 1) und in den Kirchengesetzen, betreffend die Abänderung dieses Gesetzes, vom 5. Juli 1876 (Gesetz-Samml. S. 277), 28. Juni 1882 (Gesetz-Samml. S. 329) und 18. Juni 1894 (Gesetz-Samml. S. 133) enthaltenen Bestimmungen werden allgemein durch die Vorsschrift ersetz, daß

- 1) in Städten und anderen Ortschaften, deren ortsanwesende Bevölkerung nach der jeweilig letzten allgemeinen Bolkszählung mehr als 10000 Seelen beträgt, auf Pfarrstellen von 4800 Mark Jahresertrag oder darüber nur solche Geistlichen und Kandidaten, welche das 35. Lebensjahr,
- 2) im Uebrigen auf Pfarrstellen von 4800 Mark Jahresertrag oder darüber nur solche, welche das 45. Lebensjahr,

- 3) auf Pfarrstellen mit einem Grundgehalte von 4200 Mark nur solche, welche das 40. Lebensjahr,
- 4) auf Pfarrstellen mit einem Grundgehalte von 3 600 Mark nur solche, welche das 35. Lebensjahr zurückgelegt haben, gewählt werden dürfen.

S. 29.

In den Fällen der §§. 3, letzter Absatz, 4, 9, 10, 13, 15, 16 und 22 steht den Betheiligten gegen die Entscheidung des Konsistoriums eine binnen vier Wochen nach Zustellung der betreffenden Verfügung des Konsistoriums zu exhebende Beschwerde an das Landeskonsistorium zu, welches endgültig entscheidet.

manife and manustry, 30. mandallement metallemen

Die Bestimmungen bes S. 3 der Satzungen bezüglich der Zusammensetzung bes Verwaltungsausschusses und des S. 24 bezüglich der Gewährung von Tagegeldern und Reisekostenvergütungen sinden, vorbehaltlich des Zustandekommens übereinstimmender Kirchengesetz der am Pfarr-Wittwen- und Waisensonds betheiligten Landeskirchen, auf den gemäß Kirchengesetzen vom 31. März 1895 (Gesetz-Samml. S. 137 und 100) gebildeten Pfarr-Wittwen- und Waisensonds Anwendung.

§. 31.

Der Zeitpunkt, mit welchem dieses Kirchengesetz in Kraft tritt, wird durch Königliche Verordnung bestimmt.

§. 32.

Das Landeskonsistorium wird mit der Ausführung dieses Kirchengesetzes beauftragt.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichen Insiegel.

Gegeben Travemunde an Bord M. D. "Hohenzollern", den 2. Juli 1898.

(L. S.) Wilhelm.

Boffe.

Sahungen,

betreffend

die Alterszulagekasse für evangelische Geistliche der im Gebiete des Preußischen Staats vorhandenen evangelischen Landeskirchen.

Die Alterszulagekasse für evangelische Geistliche bildet eine gemeinfame Einrichtung der im Gebiete des Preußischen Staats vorhandenen evangelischen Landeskirchen behufs Versicherung der Zahlung von Alterszulagen an Geiftliche. Sie wird unter dem Namen "Allterszulagekasse für evangelische Geiftliche" von einem Borstande und einem Berwaltungsausschuffe als selbständiger Fonds vermo and multifrantle relatedress gante (. 2.6 hall sed resembleter, may als till !

Der Vorstand der Alterszulagekaffe besteht aus dem Vorsitzenden, einem im Falle seiner Behinderung eintretenden Stellvertreter und vier Mitgliedern. Der Vorsitzende, sein Stellvertreter und die übrigen Mitglieder des Vorstandes werden vom Könige ernannt.

S. 3.

Der Verwaltungsausschuß wird aus 55 von den obersten Synoden der betheiligten Landeskirchen aus ihrer Mitte auf die jedesmalige Dauer der Synodalperiode zu wählenden Synodaldeputirten gebildet.

Go hahan an mählan.

62	paven zu wayten:		
a)	die Generalsynode der evangelischen Landeskirche der		
	vinzen	32 %	Veitglieder,
b)	die Landessynode der evangelisch-lutherischen Kirche der		
	Proving Hannover	8	=
c)	die Gesammtsynode der evangelisch-lutherischen Kirche		
	der Provinz Schleswig-Holstein	5	=
d)	die Gefammtspnode der evangelischen Kirchengemein-		
STATE OF	schaften des Konfistorialbezirks Cassel	5	
e)	die Bezirkssynode der evangelischen Kirche des Kon-		
57500	fistorialbezirks Wiesbaden	3	

f) die Gesammtsynode der evangelisch-reformirten Kirche der Provinz Hannover

46* (Nr. 10011.)

Die Gewählten bleiben so lange Mitglieder des Verwaltungsausschusses, bis eine Neuwahl erfolgt ist. Für den Fall, daß die Gewählten die Synodalangehörigkeit verlieren, oder behindert sind, an den Verathungen des Verwaltungsausschusses theilzunehmen, werden ebensoviele Stellvertreter gewählt, welche in einer bei der Wahl zu bestimmenden Reihenfolge einberusen werden.

S. 4.

Die Kirchengemeinden sind verpflichtet, die dauernd errichteten Pfarrstellen, welche

a) am 1. Oktober 1897 ein Stelleneinkommen von weniger als 4800 Mark hatten,

b) oder später mit einem Stelleneinkommen von weniger als 4800 Mark errichtet sind oder werden,

bei der Alterszulagekasse behufs Gewährung von Alterszulagen zu versichern.

§. 5.

Die Versicherung erfolgt unter Zugrundelegung des Stelleneinkommens in der Weise, daß bei den am 1. Oktober 1897 bestehenden Pfarrstellen das an diesem Tage vorhandene Stelleneinkommen, bei den in der Zeit vom 1. Oktober 1897 bis zum Inkrafttreten der Kasseneinrichtung errichteten Pfarrstellen das am Tage der Errichtung vorhandene Stelleneinkommen zu Grunde gelegt wird, dergestalt, daß die Versicherung erfolgt:

bei einem Stelleneinkommen

	unter	3600	Mark	in	Rlaffe	I,
von	3 600 bis	3899	=	=	=	II,
=	3900 =	4199	=			
10: 11	4200 =	4499	ang.	=		IV,
	4500 =	4799	11712 119	1	bug a	

Pfarrstellen, welche mit oder nach dem Inkrafttreten der Kasseneinrichtung errichtet werden, sind in Klasse I zu versichern.

Die Berficherungspflicht mehrerer dauernd verbundener Pfarrämter bemißt

fich nach der Gefammtsumme des Stelleneinkommens.

§. 6.

Der Versicherungspflicht unterliegen nicht die Pfarrstellen der Militär-

und Anstaltsgeistlichen, ferner folche Pfarrstellen,

a) welche mit einem anderen Amte als einem firchlichen dauernd verbunden sind, und deren Inhaber nach den bisherigen Bestimmungen Aufbesserungs- und Alterszulagen aus Staatsfonds zu erhalten nicht berechtigt waren,

b) deren Inhabern durch besondere Gehaltsregulative oder ähnliche Einrichtungen am 1. Oftober 1897 mindestens dieselben Bezüge, wie durch

das Kirchengesetz und diese Satzungen, zugesichert sind.

Unterliegen die letteren Pfarrstellen, ungeachtet bestehender Regulative oder entsprechender anderer Einrichtungen, der Versicherungspflicht, so ist die Versicherungsklasse nach dem Mindestbetrage des Gehalts zu bestimmen.

§. 7.

Die Alterszulagekasse zahlt den Inhabern der bei ihr versicherten Pfarrstellen Alterszulagen von je 600 Mark in fünfjährigen nach dem Dienstalter besmessenen Abschnitten, dergestalt, daß gewährt werden:

		0 1			a. M. r	r					000	m.	.10
in	Klasse I	vom	vollendeten	5.	Dienstjahre	ab			•	1	000	wear	ct,
	patrioditti			10.		=				1	200	=	
		=	=	15.	=	=				1	800	=	
		=		20.	=	=				2	400		
			specify little	25.	to the second					3	000	=	i
in	Klasse II		A nighton	10.	menday day	-					600	=	
***	seculle 77			15.							200		
				20.		=				1	800	=	
		=		25.	=	=				2	400	=	i
in	Klasse III		arintignalien	15.	131 94 10	=	14				600	=	
·	semile III	3		20.							200		
		done i	Characterial	25.							800		i
in	Rlasse IV	P gio	tun stont	20.	ni tiybiliti	-	.11	96	. 36		600	=	
ııı	sunffe 1 1		destre geologi	25.							200	=	i
in	Rlasse V	100 1	de dinimi	25.							600		
111	secult .				THE PARTY OF								
				1000									

§. 8.

Der Bezug der vierteljährlich im Voraus zu zahlenden Alterszulagen beginnt mit dem Ablaufe desjenigen Monats, in welchem die erforderliche Dienft-

zeit vollendet wird.

Im Falle des Todes des Geistlichen wird die Alterszulage für den Sterbemonat — den folgenden Monat — und bis zu weiteren sechs Monaten an diejenigen Bezugsberechtigten gewährt, welche von dem zuständigen Konsistorium als solche bezeichnet werden.

S. 9

Die Kirchengemeinden haben für jede versicherte Alterszulage von 600 Mark je 300 Mark Alterszulagekassenbeiträge jährlich an die Alterszulagekasse zu entrichten, dergestalt, daß der Jahresbeitrag beträgt:

1.	1	P		,			100		"	
in	Rlaffe	I			 	 	 1	500	Mark,	
***	Detrill	II					1	200		
							CHIE			
								000		
	-	IV	6.40		2000	 		600		
								300		

(Nr. 10011.)

§. 10.

Der Vorstand der Alterszulagekasse entscheidet endgültig, ob die gesetzlichen Voraussetzungen für die Versicherungspflicht vorliegen.

S. 11.

Falls das Stelleneinkommen einer Pfarrstelle, welches sich auf 4800 Mark und darüber belief, durch Ereignisse, welche von der Entschließung der Betheiligten unabhängig sind, unter den Betrag von 4800 Mark sinkt, ist der Borstand ermächtigt, auf Antrag der Kirchengemeinde die Versicherung zuzulassen.

S. 12.

Im Uebrigen bleibt es der Beschlußfassung des Verwaltungsausschusses überlassen, zu bestimmen, ob und unter welchen Bedingungen weitere freiwillige Versicherungen von Alterszulagen zuzulassen sind.

§. 13.

Für die Ermittelung des Stelleneinkommens sind folgende Grundsätze maßgebend:

- 1) zum Stelleneinkommen sind alle Einnahmen und Nutzungen zu rechnen, welche dem Geistlichen in Rücksicht auf sein Pfarramt während der Amtsdauer zusließen, einschließlich der aus Kirchensteuern aufkommenden Beträge und der aus der Kirchenkasse oder von sonstigen Dritten gewährten Zuschüsse,
- 2) der Ertrag der zur Stelle gehörigen Grundstücke ist, wenn sie verpachtet sind, nach dem laufenden Pachtzins mit Einschluß des ortsüblichen Werths vertragsmäßiger Nebenleistungen, bei fürzeren Verpachtungen und Selbstbewirthschaftung nach dem Durchschnitt des Ertrages der letzen sechs Wirthschaftsjahre in Ansatzu bringen.

Naturalbezüge an Getreide sowie sonstigen Früchten und Erzeugnissen werden nach dem sechsjährigen Durchschnitt der Marktpreise des nächsten Marktortes bezechnet, Holzbezüge nach der Forsttaxe des nächsten Königlichen Forstreviers.

Stolgebühren und Accidenzien werden nach dem fechsjährigen Durchschnitt

berechnet.

Wo die vorstehend erwähnten Einzelbeträge nicht mit Sicherheit zu ermitteln sind, ist der Durchschnittsbetrag durch Schätzung festzustellen.

§. 14.

Bei der Berechnung des Stelleneinkommens bleiben außer Unsat:

1) die Dienstwohnung nehst Hausgarten, sowie die an ihrer Stelle gewährte Miethsentschädigung, 2) die staatlichen, bisher aus dem Fonds Kapitel 124 Titel 2 des Staatshaushalts-Stats den Geiftlichen gewährten Aufbesserungs- und Alterszulagen,

3) Nebeneinnahmen für geistliche Bedienung der Korrektions-, Irren-, Kranken- und ähnlichen Anstalten, für die Militärseelsorge, sowie für

Lehrthätigkeit an Unterrichtsanstalten,

4) das Einkommen aus vorübergehender gleichzeitiger Verwaltung einer anderen Pfarrstelle,

5) freiwillige Gaben.

§. 15.

Von dem Stelleneinkommen find abzusetzen:

- 1) die aus demselben auf Grund spezieller rechtlicher Verpflichtung dauernd zu leistenden Zahlungen, insbesondere die Abgaben und Lasten, welche auf den zur Stelle gehörigen Grundstücken ruhen,
- 2) die bei Verwaltung der Stelleneinkunfte unvermeidlichen Kosten und Verluste,
- 3) die Fuhrkosten der Geistlichen zu Gottesdiensten und anderen Amtshandlungen, soweit sie bisher aus dem Stelleneinkommen zu bestreiten waren.

S. 16.

Die beim Inkrafttreten dieser Kasseneinrichtung im Amte befindlichen Inhaber derjenigen Pfarrstellen, welche bei der Alterszulagekasse zu versichern sind, hat die Alterszulagekasse für die Verluste schadlos zu halten, welche ihnen in ihrem Einkommen dadurch erwachsen, daß die Einkünste der Pfarrstelle auf die Kirchengemeinde übergeben.

Für die Berechnung des Einkommens und die Höhe der hiernach zu bemeffenden Entschädigung sind die Bestimmungen der §§. 13 bis 15 mit der Maßgabe entscheidend, daß vorübergehende Belastungen der Stellen, insbesondere die Pfründenabgaben, vom Zeitpunkte des Wegfalls in Betracht kommen.

Die Entschädigungen werden vom Vorstande festgesetzt und so lange gezahlt, bis der gegenwärtige Stelleninhaber durch anderweite Verbesserung ein dem früheren mindestens gleiches Gesammtdiensteinkommen erreicht, oder bis er seine bisherige Stelle verläßt.

Stirbt der berechtigte Geiftliche vorher, so finden die Vorschriften des §. 8

Absat 2 Anwendung.

Die Geistlichen sind verpflichtet, von jeder Verbesserung ihres Gesammtdiensteinkommens dem Vorstande durch Vermittelung des zuständigen Konsistoriums Mittheilung zu machen.

S. 17.

Hinsichtlich der Berechnung des Dienstalters der Geistlichen sind die zur Beit bei der Verwaltung des Pfarr-Wittwen- und Waisenfonds maßgebenden (Nr. 10011.)

Grundfätze so lange entscheidend, als nicht auf dem in diesen Satzungen vorgeschriebenen Wege eine Abanderung erfolgt.

§. 18.

Der Vorstand vertritt die Alterszulagekasse und führt die laufenden Geschäfte derfelben. Er forgt durch Bermittelung der zuständigen Kirchenbehörde für die Einziehung der Kaffenbeiträge der Gemeinden und für die Auszahlung der Alterszulagen. Er stellt den Etat der Alterszulagekasse auf und legt alljährlich dem Berwaltungsausschuffe die Rechnung über das abgelaufene Rechnungsjahr zur Albnahme vor.

S. 19.

Der Verwaltungsausschuß, welcher sich auf Einladung des Vorstandes alljährlich mindeftens einmal versammelt, wählt aus seinen Mitgliedern seinen Vorsitzenden und beffen Stellvertreter. Seine Beschluffe werden nach Stimmenmehrheit der erschienenen Mitglieder gefaßt, wobei im Falle der Stimmengleichheit die Stimme des Vorsitzenden entscheidet.

Der Berwaltungsausschuß, welcher seine Geschäftsordnung selbständig regelt, bat zu beschließen:

- 1) über Feststellung des Stats und Abnahme der Rechnung der abgelaufenen Rechnungsperiode,
- 2) über Erhöhung der den Geiftlichen zu gewährenden Alterszulagen und Abkürzung der Steigerungsperioden, wobei in erster Linie auf Bereitstellung von Zulagen an Geistliche unter 5 (fünf) Dienstjahren auf Stellen der Klaffe I Bedacht zu nehmen ift,
- 3) über die Erhöhung oder Verminderung der von den Kirchengemeinden zu entrichtenden Raffenbeiträge, wobei es zuläffig ift, die Raffenbeiträge nach den Versicherungsklassen verschieden abzustufen,
- 4) über Abanderung der Grundsätze, betreffend die Berechnung des Stelleneinkommens und des Dienstalters der Geistlichen,
- 5) über wichtige Angelegenheiten der Verwaltung der Alterszulagekasse, welche ihm von dem Vorstande zur Beschlußfassung vorgelegt oder innerhalb des Ausschuffes angeregt werden.

§. 20.

Die Mitglieder des Vorstandes können an den Verhandlungen des Verwaltungsausschuffes mit berathender Stimme theilnehmen und müffen jederzeit gehört werden.

Die Beschlüffe des Verwaltungsausschuffes bedürfen, abgesehen von der

Rechnungsabnahme, zu ihrer Gültigkeit der Zustimmung des Vorstandes.

§. 21.

So lange eine Landeskirche nicht durch Kirchengesetz der Alterszulagekasse angeschlossen ist, sind die auf sie bezüglichen Vorschriften dieser Satzungen als rubend zu behandeln.

§. 22.

Darüber, ob und unter welchen Bedingungen der Anschluß an die Alterszulagekasse auch anderen landeskirchlichen Gemeinschaften gestattet werden kann, beschließt der Verwaltungsausschuß.

§. 23.

Die Legitimation der in den Verwaltungsausschuß gewählten Synodalvertreter erfolgt durch eine Bescheinigung, welche von der zuständigen Kirchenbehörde auszustellen und durch Vermittelung des Vorstandes dem Verwaltungsausschusse vorzulegen ist.

S. 24.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses erhalten Tagegelder und Reisekostenvergütung aus der Alterszulagekasse nach den für die Staatsbeamten der vierten Kangklasse gegenwärtig geltenden gesetzlichen Bestimmungen, vorbehaltlich anderweiter Normirung durch den Verwaltungsausschuß. Dieselbe trägt auch die Kosten der Zusendung der Alterszulagen an die bezugsberechtigten Geistlichen.

Den obersten Synoden der an der Alterszulagekasse betheiligten Landestirchen sind die von dem Verwaltungsausschusse abgenommenen Rechnungen über die Verwaltung der Kasse durch die Vermittelung der zuständigen Kirchenbehörden mitzutheilen.

S. 25.

Der Vorstand regelt die näheren Modalitäten wegen Einziehung der Kassenbeiträge, sowie Auszahlung der Alterszulagen und Entschädigungen.

§. 26.

Albänderungen dieser Satzungen sind nur durch übereinstimmende Kirchengesetze der betheiligten Landeskirchen zulässig. (Nr. 10012.) Verordnung über das Inkrafttreten des Kirchengesetzes, betreffend das Diensteinschung einkommen der Geistlichen der evangelische lutherischen Kirche der Provinz Hannover. Vom 2. Juli 1898.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen 2c.

verordnen in Gemäßheit des S. 31 des Kirchengesetzes vom 2. Juli 1898, betreffend das Diensteinkommen der Geistlichen der evangelisch-lutherischen Kirche der Provinz Hannover, daß dieses Kirchengesetz mit dem 1. April 1899 in Kraft tritt.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichen Insiegel.

Gegeben Travemunde an Bord M. D. ,, Hohenzollern", ben 2. Juli 1898.

(L. S.) Wilhelm. Bosse.

(Nr. 10013.) Gesetz, betreffend das Diensteinkommen der katholischen Pfarrer. Vom 2. Juli 1898.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen 2c. verordnen, mit Zustimmung der beiden Häuser des Landtages der Monarchie,

was folgt:

Artifel 1.

Behufs Gewährung von widerruflichen Beihülfen an leistungsunfähige katholische Pfarrgemeinden zur Ausbesserung des Diensteinkommens ihrer Pfarrer wird ein Betrag von 3 438 400 Mark jährlich aus Staatsmitteln bereit gestellt, welcher nach Maßgabe der nachfolgenden Bestimmungen zu verwenden ist.

Artifel 2.

Jeder für ein dauernd errichtetes Pfarramt bestellte katholische Pfarrer erhält ein Stelleneinkommen von mindestens 1500 Mark jährlich neben freier Dienstwohnung oder angemessener Miethsentschädigung.

Artifel 3.

Mit Genehmigung der bischöflichen Behörde kann zur Erhöhung des Stelleneinkommens einer Pfarrstelle eine Ortszulage dauernd bewilligt, auch dem Stelleninhaber eine Ortszulage auf die Dauer oder auf Zeit gewährt werden.

Artifel 4.

Bei Pfarrstellen, für welche das Stelleneinkommen nach den örtlichen Verhältnissen als unauskömmlich oder wegen der befonders schwierigen oder ansstrengenden Verwaltung nicht als angemessen zu erachten ist, kann die bischöfliche Behörde anordnen, daß das Stelleneinkommen bis auf den Vetrag von 2 100 Mark jährlich durch eine Ortszulage auf die Oauer oder auf Zeit erhöht werde.

Artifel 5.

Die seit ihrer Ordination bereits fünf Jahre in einem kirchlichen Amte befindlichen Stelleninhaber erhalten Alterszulagen, welche das Stelleneinkommen in fünfjährigen, nach dem Dienstalter bemessenen Abschnitten ergänzen, dergestalt, daß sie, unbeschadet der nach den Artikeln 3 und 4 gewährten Ortszulagen, ein Jahreseinkommen zu beziehen haben:

nou	vollendeten	5.	Dienstjahre	ab	pon			1900	Mart,
=	=	10.	=	= .	=			2300	=
=	=	15.	=	=	=			2600	=
=	=	20.	=	=	=		•	2900	=
=	=	25.	=	=	=			3 200	= .

Die von den Stelleninhabern vor oder nach ihrer Ordination als fest angestellten Lehrern in einem öffentlichen Schulamte in Preußen zugebrachte Zeit ist der Dienstzeit im kirchlichen Umte gleich zu achten.

Artifel 6.

Die Pfarrgemeinde ist verpflichtet, den durch die Erträge des Stellenvermögens oder durch anderweitige kirchliche Einnahmen des Stelleninhabers nicht gedeckten Betrag des Mindest-Stelleneinkommens (Artikel 2) sowie der Orts-(Artikel 3 und 4) und Alterszulagen (Artikel 5) zu gewähren. Auf besonderen Rechtstiteln oder auf öffentlichem Rechte beruhende Verpflichtungen Oritter gegenüber der Pfarrstelle bleiben bestehen.

Einnahmen aus Nebenämtern (z. B. Militärseelforge, Religionsunterricht, Anstaltsseelsorge) bleiben außer Betracht.

Artikel 7.

Die Beihülfen werden widerruflich an leistungsunfähige katholische Pfarrsgemeinden gewährt, welche zur Aufbringung von Zuschüssen zur Erreichung des (Nr. 10013.)

Mindest-Stelleneinkommens und von Alters- oder Ortszulagen für die beim Inkrafttreten dieses Gesehes bestehenden, mit einem Stelleneinkommen von weniger als 3200 Mark jährlich verbundenen Pfarrstellen Umlagen ausschreiben müssen. Der jährliche Antheil an dem in Artikel 1 bereitgestellten Betrage, über welchen in jeder Diözese verfügt werden kann, wird unter Berücksichtigung der Höhe des ausbessehrügen Stelleneinkommens und der Ordinationsaltersverhältnisse der Pfarrer der verschiedenen Diözesen durch eine Matrikel bestimmt.

Die nähere Feststellung der Grundsätze für die Bestimmung der jährlichen Theilbeträge und die Festsetzung der Matritel erfolgt nach Anhörung der bischöfslichen Behörden durch den Finanzminister und den Minister der geistlichen Angelegenheiten.

Die jährlichen Ersparnisse an den Theilbeträgen werden behufs Verwendung zu gleichen Zwecken in den betreffenden Diözesen in das nächste Jahr ohne Unzechnung auf die für die betreffende Diözese entfallende Jahresquote übertragen.

Dem Finanzminister und dem Minister der geistlichen Angelegenheiten ist alljährlich eine Nachweisung über die Verwendung der Theilbeträge und der Ersparnisse vorzulegen.

Artifel 8.

Ueber die Bewilligung, die Versagung, den Widerruf und die Kürzung von Beihülfen beschließt die bischöfliche Behörde auf Grund eingehender Prüfung der Leistungsfähigkeit. Bei dieser Prüfung sind neben der Steuerkraft auch die vorhandene Belastung zu öffentlichen Zwecken und die gesammte wirthschaftliche und kirchliche Lage der Gemeinde zu berücksichtigen.

Die bewilligten Beihülfen werden an die Pfarrer unmittelbar gezahlt und auf die von den bedachten Pfarrgemeinden gemäß Artikel 6 zu gewährenden Zuschüffe und Zulagen in Anrechnung gebracht.

Artifel 9.

Behufs Gewährung von Beihülfen an neu zu errichtende leistungsunfähige katholische Pfarrgemeinden, welche zur Aufbringung von Zuschüssen zur Erreichung des Mindest-Stelleneinkommens und von Alters- oder Ortszulagen für die neu zu gründende Pfarrstelle Umlagen ausschreiben müssen, wird ein Betrag von 200 000 Mark jährlich aus Staatsmitteln bereit gestellt.

Die Bewilligung der Beihülfen hat zur Voraussehung, daß die bischöfliche Behörde auch ihrerseits Mittel für diesen Zweck zur Verfügung stellt und die Pfarrgemeinde nach Maßgabe ihrer Leistungsfähigkeit zu den Lasten der Neugründung beiträgt. Die Bewilligung erfolgt durch den Minister der geistlichen Angelegenheiten und den Finanzminister.

Die jährlichen Ersparnisse an dem nach Absatz 1 bereit gestellten Betrage

fließen in die allgemeinen Staatsfonds zurück.

Artifel 10.

Die allgemeinen Grundsätze über die Berechnung der Erträge des Stellenvermögens und der anderweitigen firchlichen Cinnahmen des Stelleninhabers werden von dem Minister der geiftlichen Angelegenheiten nach Anhörung der

bischöflichen Behörden festgestellt.

Der Betrag des Stelleneinkommens wird bei den vorhandenen Pfarrstellen nach dem Zeitpunkte des Inkrafttretens dieses Gesetzs, bei neu zu gründenden Pfarrstellen nach dem Zeitpunkte der Errichtung bestimmt. Die bischösliche Behörde beschließt über die Höhe des mit der Pfarrstelle verbundenen Stelleneinkommens und trägt die mit einem Stelleneinkommen von weniger als 3 200 Mark jährlich verbundenen Pfarrstellen und den Betrag des festgestellten Stelleneinkommens derselben in das Kataster der ausbesserungsbedürftigen Pfarrstellen der Diözese ein.

Die bischöfliche Behörde nimmt nach Ablauf von zwölf Jahren nach dem Inkraftkreten dieses Gesetzes und fernerhin in zwölfjährigen Perioden eine all-

gemeine Revision des Katasters vor.

Artifel 11.

Die Zuschüsse der Pfarrgemeinde zum Mindest-Stelleneinkommen sowie die Orts- und Alterszulagen können im Wege des Verwaltungszwangsversahrens beigetrieben werden.

Die bischöfliche Behörde stellt die Höhe der fälligen Beträge fest.

Artifel 12.

Die Beschlüsse der bischöflichen Behörde bedürfen in den Fällen der Artikel 4, 8, 10 Absatz 2 und 3 und des Artikels 11 Absatz 2 der Zustimmung des Regierungspräsidenten beziehungsweise des Polizeipräsidenten in Berlin.

Bei erhobenem Widerspruch oder auf Beschwerde entscheidet der Minister

der geistlichen Angelegenheiten.

Artifel 13.

Der ordentliche Rechtsweg ist gegen die in diesem Gesetze vorgesehenen Beschlüsse (Anordnungen, Entscheidungen 2c.) der Kirchen- oder Staatsbehörden

ausgeschlossen.

Wegen der Ansprüche der Stelleninhaber auf Zuschüsse zur Erreichung des Mindest-Stelleneinkommens, auf Alters- und Ortszulagen sinden die Bestimmungen des ersten Abschnitts des Gesetze, betreffend die Erweiterung des Rechtsweges, vom 24. Mai 1861 (Gesetz-Samml. S. 241) entsprechende Answendung.

Artifel 14.

Die Vorschriften dieses Gesetzes sinden auf die Pfarrstellen in Dom-, Militär- und Anstaltsgemeinden keine Anwendung.

Artifel 15.

Mit der Ausführung dieses Gesetzes werden der Finanzminister und der Minister der geistlichen Angelegenheiten beauftragt.

Artifel 16.

Dieses Gesetz tritt am 1. April 1899 in Kraft.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichen Insiegel.

Gegeben Travemunde an Bord M. D. ,, Hohenzollern", den 2. Juli 1898.

(L. S.) Wilhelm.

Fürst zu Hohenlohe. v. Miquel. Thielen. Bosse. Frhr. v. Hammerstein. Schönstedt. Frhr. v. d. Recke. Brefeld. v. Goßler. Gr. v. Posadowsky. v. Bülow. Tirpit.